

## 50

**Runderlaß des Staatssekretärs Lahr, z.Z. Luxemburg****St.S. 187/69 VS-NfD****Aufgabe: 7. Februar 1969<sup>1</sup>****Fernschreiben Nr. 548 Plurex****Cito**

Betr.: WEU-Ministerratstagung Luxemburg 6.–7.2.1969

hier: Politische Konsultationen; Thema „Verbesserung der  
WEU-Konsultationen“

I. Ratstagung begann im allgemeinen Einvernehmen mit Erörterung des Themas „Verbesserung der WEU-Konsultationen“, ohne daß noch formliche Tagesordnung festgelegt wurde. Diskussion, die zunächst in recht konzilianter Atmosphäre verlief, sich gegen Ende aber in Auseinandersetzungen verstrickte, nahm gesamten ersten Tag in Anspruch. Ergebnis wurde vom Vorsitzenden<sup>2</sup> wie folgt zusammengefaßt: Übereinstimmung, daß außenpolitische Konsultationen in der WEU verstärkt und verbessert werden sollten; Übereinstimmung bezüglich Einberufung Rats zu Sondersitzungen in Krisenfällen und bezüglich Ratssitzungen in kleinerem Kreis, um Vertraulichkeit zu sichern.

Benelux-Staaten erklärten sich bereit, vor einer Entscheidung bestimmte Fragen nach festzulegender Liste in WEU zu konsultieren. Briten, Italiener und deutsche Delegation pflichteten diesem Vorschlag bei. Franzosen behalten sich Stellungnahme dazu in jeder Weise vor. Ständige Vertreter sollen alle vorhandenen und etwaigen weiteren Vorschläge zur Verbesserung der Konsultation überprüfen und bei nächster Ministerratstagung<sup>3</sup> berichten.

**II. Verlauf der Sitzung:**

Nenni legte ausführlich Notwendigkeit engerer politischer Zusammenarbeit in Europa mit Endziel einer politischen Union mit supranationaler Gewalt dar. Vorschläge italienischen Papiers<sup>4</sup> seien vorsichtiger erster Schritt. Von den einzelnen Vorschlägen stellte er nur obligatorische Konsultationen heraus. Stewart stimmte Nennis Ausführungen und italienischem Papier zu. Briten hielten an EWG-Beitrittsantrag<sup>5</sup> fest und sind sofort bereit, sich obligatorischer Information und Konsultation in WEU zu unterwerfen. Als erster praktischer Schritt Angebot, sich vor Teilnahme an Viererbesprechung im Sicherheitsrat über Nahen Osten mit Ständigen WEU-Vertretern in London zu konsultieren.<sup>6</sup> Jahn setzte sich für enge politische Konsultation ein und begrüßte Stewarts Vorschlag zu Nahost-Konsultationen. Er trug bekannten deutschen Stand-

<sup>1</sup> Runderlaß an die Botschaften in Brüssel, Den Haag, London, Paris, Rom und Luxemburg sowie an die Ständigen Vertretungen bei den Europäischen Gemeinschaften und der NATO in Brüssel.

<sup>2</sup> Gaston Thorn.

<sup>3</sup> Die WEU-Ministerratstagung fand am 5./6. Juni 1969 in Den Haag statt. Vgl. dazu Dok. 194.

<sup>4</sup> Zum italienischen Memorandum vom 9. Januar 1969 vgl. Dok. 15, Anm. 18.

<sup>5</sup> Großbritannien stellte zuletzt am 11. Mai 1967 einen Antrag auf Aufnahme in die EWG, die EURATOM und die EGKS.

<sup>6</sup> Die Tagung des Ständigen WEU-Rats fand am 14. Februar 1969 statt. Vgl. dazu Dok. 60, besonders Anm. 10.

punkt zu italienischem Papier vor.<sup>7</sup> Lipkowski forderte – wie er beteuerte, ohne Hintergedanken – Verstärkung politischer Konsultation durch kleine Schritte und praktische Lösungen. Italienisches Papier sei zu ambitionös. Er unterstrich kapitale Bedeutung der Zusammenarbeit in der Sechsergemeinschaft, die Schaden erleiden könnte, wenn man versuche, Entwicklung in WEU zu schnell voranzutreiben. Kritik am Vorschlag obligatorischer Konsultation und Frage, ob wirklich alle Länder solche Verpflichtung in die Tat umsetzen würden. (In diesem Zusammenhang auch kritische Randbemerkung über begrenzten Wert bilateraler Konsultationen, die offensichtlich auf deutsch-französischen Vertrag gemünzt war.) Franzosen bereit zu freien Konsultationen; Zustimmung zu entsprechendem deutschen Vorschlag in der Hoffnung, so wirklichen Dialog statt bisheriger Monologe zustande zu bringen. Ausarbeitung schriftlicher Unterlagen wäre zweckmäßig, wenn ein Staat besonderen Wert auf Behandlung einer Frage lege (hier positive Beurteilung der Ausarbeitung StS Lahr über Lateinamerika<sup>8</sup>). Er bemängelte Stewarts Angebot von Nahost-Konsultationen mit dem Hinweis, daß Konsultationen ja im Ministerrat stattfinden könnten. Als konkreten Beitrag unterbreitete er zwei Verfahrensvorschläge: Einberufung von Sondersitzungen im Fall von Krisen (offenbar nicht nur für Fälle einer Friedensbedrohung gemäß Artikel VIII WEU-Vertrag<sup>9</sup>); Sitzungen im beschränkten Kreis, um Vertraulichkeit sicherzustellen. Harmel entdeckte einen „Frühlingswind“ in Übereinstimmung über Notwendigkeit der Verbesserung außenpolitischer Konsultationen. Man müsse mit zweckmäßigen kleinen Schritten beginnen und den Versuch mit obligatorischen Vorab-Konsultationen machen; diese würden Souveränität der Mitgliedsstaaten nicht beeinträchtigen. Luns stimmte Nennis Ausführungen und italienischem Papier voll zu. Es seien Minimalvorschläge, mit denen man beginnen müsse; umfassender Benelux-Plan<sup>10</sup> bleibe aber weiter in Reserve. Auch Thorn stimmte Nenni und italienischem Papier uneingeschränkt zu. Auf Stewarts Anregung, sich über Liste von Konsultationsgegenständen schon heute zu einigen, entgegnete Lipkowski, feste Themenliste stelle mögliche außenpolitische Belastung dar und erschwere das Verfahren. Bisher habe jedes Mitglied über jedes Thema sprechen können, auf das es ihm angekommen sei.

<sup>7</sup> Ministerialdirigent von Staden wies am 17. Januar 1969 die Botschaft in Rom an, gegenüber dem italienischen Außenministerium auszuführen, daß das italienische Memorandum vom 9. Januar 1969 der Stellungnahme der Bundesregierung vom 13. Dezember 1968 „überwiegend nicht Rechnung“ trage. Dies betreffe u. a. die Anregung, „zunächst mit der Forderung anzusetzen, daß jede Regierung frei sein müsse, jedes Thema ungehindert zur Diskussion zu stellen“. Dennoch sei die Bundesregierung bereit, „das italienische Papier als einen nützlichen Beitrag und eine der Diskussionsgrundlagen für die Fortsetzungen der Beratungen anzusehen“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 222; Referat I A 1, Bd. 738.

<sup>8</sup> Für das WEU-Dokument C (68) 156 vom 18. Dezember 1968, in dem Staatssekretär Lahr die Intensivierung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit der WEU-Mitgliedstaaten mit den lateinamerikanischen Staaten, eine Ausweitung der Technischen Hilfe sowie Handels erleichterungen für Importe aus Lateinamerika anregte, vgl. Referat I A 1, Bd. 677.

<sup>9</sup> Vgl. dazu Artikel VIII Absatz 3 des WEU-Vertrags vom 23. Oktober 1954: „At the request of any of the High Contracting Parties the Council shall be immediately convened in order to permit Them to consult with regard to any situation which may constitute a threat to peace, in whatever area this threat should arise, or a danger to economic stability.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 286 f.

<sup>10</sup> Zu den Vorschlägen des belgischen Außenministers Harmel vom 21. Oktober 1968 für eine Verstärkung der europäischen politischen Zusammenarbeit vgl. Dok. 11, Anm. 2.

Nach der Mittagspause erklärte Luns Bereitschaft der Benelux-Länder, in für Europa wesentlichen Fragen, die in Liste niederzulegen wäre, keine Entscheidung ohne vorherige Konsultation zu fällen, um Harmonisierung der Außenpolitik zu fördern. Stewart und Nenni schlossen sich dem Benelux-Vorschlag an. Thorn versuchte zum ersten Mal, bisherige Ergebnisse zusammenzufassen und stellte Benelux-Verpflichtung als gutes Beispiel heraus, das aber keinem anderen Mitglied Haltung vorschreibe. Deutsche Delegation pflichtete Benelux-Vorschlag bei unter Betonung freiwilliger Basis (freiwillige Vorab-Konsultationen zu bejahen; etwaige obligatorische Konsultationen aber eng mit Gegenständen verbunden – hierzu keine Äußerung möglich, solange Liste nicht bekannt). Lipkowski präzisierte, daß er lediglich über „Aufwertung“ des Verfahrens außenpolitischer Konsultationen im Rahmen der WEU sprechen könne. Benelux-Vorschlag bereite französischer Seite Schwierigkeiten; Frage stelle sich, ob Konsultation bestimmter Themen nicht Automatismus bedeute, was eine Novation darstellen würde; er könne daher nicht zustimmen. Nach ständiger französischer Ansicht müsse jeder Themenvorschlag für Tagesordnung auf seine Opportunität unter den gegebenen Umständen geprüft werden. Frankreich könne sich nicht an Diskussionen beteiligen, wenn dem in seinen Augen grundsätzliche Hindernisse entgegenstünden. Konsultation ohne französische Beteiligung sei denkbar, fände dann aber nicht mehr im Rahmen der WEU statt. Er ging damit über Harmels Feststellung hinweg, der betonte, daß selbstverständlich kein Staat zur Zustimmung zu einem Thema gezwungen werden könne, dessen Behandlung seinen eigenen vitalen Interessen zuwiderliege.

Nennis Bitte um sofortige schriftliche Fixierung der Zusammenfassung des Vorsitzenden führte zu längerer Diskussion über den Charakter eines solchen Papiers. Franzosen verlangten Zusatz, indem bestätigt werde, daß das Verfahren über die Aufstellung der Tagesordnung nicht verändert werde.

Man einigte sich schließlich, generellen französischen Vorbehalt gegenüber dem Benelux-Angebot in die Zusammenfassung des Vorsitzenden aufzunehmen.

III. Eine Würdigung des Konferenzergebnisses folgt.<sup>11</sup>

[gez.] Lahr

#### Referat I A 1, Bd. 674

<sup>11</sup> Ministerialdirektor Frank, z. Z. Luxemburg, teilte am 13. Februar 1969 mit: „Realistische Beurteilung der Gegebenheiten und Möglichkeiten bestimmten in der Hauptsache Haltung der Delegationen (grundsätzliche Übereinstimmung, daß außenpolitische Konsultationen in der WEU verstärkt und verbessert werden sollten). Auch Franzosen haben hierzu beigetragen. Die in den vergangenen Monaten zeitweise nicht auszuschließende Möglichkeit, daß es in Luxemburg zu Konfrontationen kommen könnte, ist also nicht eingetreten. Dies ist sicher nicht zuletzt auf unsere konsequente Bemühungen zurückzuführen. [...] Zu echter Konsultation soll auch Benelux-Bereitschaft zu Vorab-Konsultationen in noch zu bestimmenden Fragen bringen, die als Geste guten Beispiels gedacht ist; wie Briten und Italiener haben ja auch wir beigeplichtet. Harmel hat im übrigen Möglichkeit erwähnt, derartige Versuche zunächst für bestimmte Zeit zu unternehmen. Liste der Fragen wird sicherlich recht kurz sein müssen, kürzer jedenfalls als die im italienischen Papier. Daß in gewissen Fällen schon der Eilbedürftigkeit wegen keine Vorab-Konsultation möglich sein wird, ist allgemein anerkannt worden. Vorsicht gebietet jedoch Tatsache, daß Franzosen sich Stellungnahme in jeder Beziehung vorbehalten haben. Haltung de Lipkowskis in der Ministerratstagung gibt Anlaß zu zweifeln, ob Franzosen teilnehmen werden; es ist sogar noch ganz offen, ob sie Handhabung der Konsultationen durch die Übrigen im Sinn des Benelux-Vorschlags zumindest tolerieren werden. Hier kann nur angekündigte französische Stellungnahme abgewartet werden. Falls Franzosen nicht

51

**Botschafter Pauls, Washington, an Bundeskanzler Kiesinger**

**8. Februar 1969<sup>1</sup>**

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler,

im Auftrag von Präsident Nixon hat mich Professor Kissinger gebeten, Ihnen folgende nur für Sie bestimmte, vertrauliche Information des Präsidenten zu kommen zu lassen.

Er, Nixon, beurteile den NV-Vertrag skeptisch. Er selbst hätte den Vertrag nie so angestrebt und so verhandelt und geschlossen. Aber er müsse sich mit dem Erbe abfinden und im Interesse der Fortführung der amerikanischen Außenpolitik damit leben. Er sei überzeugt, daß es im deutschen Interesse liege dem Vertrag beizutreten, da die bei einem Nichteintritt zu erwartenden außenpolitischen Nachteile die möglichen Vorteile um ein Vielfaches zu überwiegen drohten. Er werde Sie nie zur Unterschrift drängen<sup>2</sup>, aber wolle Ihnen seine Auffassung offen darlegen. Mit Vertrauen und Zuversicht sehe er Ihrer Zusammenarbeit entgegen und freue sich sehr, Sie bald zu treffen.

Mit den besten Wünschen für Ihr persönliches Wohlergehen und Ihr schweres Amt bin ich, sehr verehrter Herr Bundeskanzler,

Ihr ganz ergebener  
Rolf Pauls

**Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Nachlaß Kiesinger, I-226-A007**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 167*

wenigstens zur Tolerierung bereit, besteht Gefahr erneuter Schwierigkeiten bei nächster Ministerratstagung und einer Strapazierung des Zusammenhalts der WEU. Zur Vorsicht mahnt außerdem französischer Widerstand gegen von Stewart angebotene Nahost-Konsultation der sich in letzten Tagen zunehmend geltend macht. Wir sind also noch keineswegs „über dem Berg“. Vgl. den Rundellaß Nr. 642; Referat I A 1, Bd. 674.

1 Privatdienstschriften.

Abschrift eines Handschreibens.

2 Am 14. Februar 1969 berichtete Botschafter Pauls, Washington: „Aus völlig zuverlässiger, dem Weißen Haus nahestehender Quelle hörte ich in New York, daß Premierminister Wilson in den vergangenen beiden Wochen zweimal auf Präsident Nixon eingewirkt hat, bei seinem Besuch in Bonn Druck auf die deutsche Regierung wegen Unterzeichnung des NPT auszuüben. Nixon habe dies beide Male abgewiesen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 364; VS-Bd. 4349 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1969.

**Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger  
mit dem jugoslawischen Außenhandelsminister Granfil**

**Z A 5-15.A/69 VS-vertraulich**

**10. Februar 1969<sup>1</sup>**

Der Herr Bundeskanzler empfing am 10. Februar 1969 den jugoslawischen Außenhandelsminister Granfil zu einem Gespräch, an dem der jugoslawische Botschafter, Herr Čačinović, und VLR Dr. Lang teilnahmen.

Der Herr *Bundeskanzler* betonte einleitend, wie sehr ihm daran gelegen sei, daß sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern fortschreitend günstig entwickelten. Das unterzeichnete Abkommen<sup>2</sup> sei ein Schritt auf diesem Weg. Er sei überzeugt, daß die Beziehungen sich bei gegenseitigem guten Willen weiterentwickeln ließen zum Nutzen beider Länder sowie zum Nutzen Europas und des Friedens.

Der *Minister* übermittelte Grüße des jugoslawischen Regierungschefs<sup>3</sup>. Seine Regierung teile die Meinung des Herrn Bundeskanzlers über die Entwicklung der Beziehungen. Man wisse auch, daß dies sehr weitgehend unmittelbar auf den Herrn Bundeskanzler zurückzuführen sei. Was die einzelnen Abkommen angehe, so würde man es begrüßen, wenn sie bald in Kraft treten könnten, was im Hinblick auf die bevorstehende Fremdenverkehrssaison besonders für die Aufhebung des Sichtvermerkzwanges gelte. Eine Ratifizierung im März wäre wünschenswert.<sup>4</sup> Sollte es länger dauern, könnten sich Schwierigkeiten ergeben.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er wolle sich der Angelegenheit annehmen.

Wie der *Minister* weiter ausführte, gelte dies auch für das Abkommen über die soziale Sicherung<sup>5</sup> und Stellung der jugoslawischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik.<sup>6</sup> Auch hier würde eine baldige Ratifizierung oder ein Modus begrüßt werden, der das Abkommen in Kraft treten lassen könnte. Dies würde auch von der jugoslawischen Öffentlichkeit gut aufgenommen werden.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Weber am 19. Februar 1969 gefertigt.

<sup>2</sup> Am 10. Februar 1969 unterzeichneten Bundesminister Schiller und der jugoslawische Außenhandelsminister Granfil ein Abkommen über die wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit. Für den Wortlaut vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 145 vom 9. August 1969, S. 1.

<sup>3</sup> Mika Špijik.

<sup>4</sup> Die durch Notenwechsel am 17. bzw. 23. Oktober 1968 geschlossene Vereinbarung über die Aufhebung des Sichtvermerkzwangs im Reiseverkehr zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien für Aufenthalte bis zu drei Monaten trat am 20. März 1969 in Kraft. Für den Wortlaut vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 59 vom 26. März 1969, S. 1 f.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des am 12. Oktober 1968 unterzeichneten und am 1. September 1969 in Kraft getretenen Abkommens zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien über soziale Sicherheit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1969, Teil II, S. 1437.

<sup>6</sup> Am 21. April 1969 gab die Bundesregierung bekannt, daß die am 12. Oktober 1968 unterzeichnete Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien über die Regelung der Vermittlung jugoslawischer Arbeitnehmer und ihrer Beschäftigung in der Bundesrepublik rückwirkend zum 4. Februar 1969 in Kraft getreten sei. Für den Wortlaut der Vereinbarung vgl. BUNDESGESETZBLATT 1969, Teil II, S. 1107–1115.

Was den weiteren Ausbau der Beziehungen zwischen beiden Ländern betreffe, so sei man hierzu auf jugoslawischer Seite bereit. Die Situation sei heute ruhiger als im August 1968.<sup>7</sup> Zwar glaube man, daß Jugoslawien keine unmittelbare Gefahr drohe, doch bestehe sie potentiell weiter und könne jeden Tag akut werden. Die Sowjetunion sei gegen eine politische, wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Entwicklung, wie sie sich in Jugoslawien vollziehe. Wenn man auch wünsche, daß die Beziehungen möglichst normal bleiben, müsse man doch für die Verteidigung bereit sein und auch weiterhin mit dem Gefährlichsten rechnen. Die jugoslawische Industrie könne die für einen Verteidigungskrieg erforderlichen Waffen bereitstellen. Im August 1968 sei man auf sich selbst angewiesen gewesen. Die Unabhängigkeit und Blockfreiheit Jugoslawiens liege im Interesse Europas und des Weltfriedens. Die Festigung der wirtschaftlichen und politischen Lage sei der beste Beitrag, den Jugoslawien in diesem Teil Europas leisten könne.

Der Herr *Bundeskanzler* dankte für die übermittelten Grüße und bat, sie zu erwidern. Das Sichtvermerksabkommen werde bis März in Ordnung sein. Da es sich um eine Rechtsverordnung handle, müsse nur der Bundesrat zustimmen. Dieser befasse sich Anfang März mit dieser Frage, und es sei mit Sicherheit eine Zustimmung zu erwarten, so daß spätestens Ende März die Regelung in Kraft sein werde. Schwieriger sei es bei den anderen Abkommen, da ein Ratifikationszwang seitens der gesetzgebenden Körperschaften bestehe. Mitte der Woche werde die Frage auf der Tagesordnung des Haushaltsausschusses stehen. Wenn jugoslawische Arbeitnehmer schon vorher in den Genuß des Kindergeldes kommen sollten, so könne auch an eine Rechtsverordnung gedacht werden. Auf diese Weise könnte das Verfahren ab Anfang Mai bereits praktiziert werden, vorausgesetzt, der Haushaltsausschuß habe keine Bedenken dagegen. Dies geschehe aber unter der Voraussetzung, daß deutsche Arbeitnehmer in Jugoslawien die gleiche Behandlung erfahren. Wie bei dem Arbeitslosenabkommen prozediert werden solle, könne er nicht sagen, doch wolle er gerne versuchen, die Prozedur möglichst zu beschleunigen.

Der Herr *Bundeskanzler* führte sodann aus, daß die Wiederherstellung normaler Beziehungen zu Jugoslawien für ihn selbst von Anfang an zu seinem Regierungsprogramm gehört habe. In seiner eigenen Partei hätten zunächst Bedenken bestanden, nicht wegen Ressentiments gegen Jugoslawien, sondern wegen der möglichen Auswirkungen. Im vergangenen August sei man in großer Sorge gewesen, ob die Sowjetunion und die sie unterstützenden Staaten über den Bereich der ČSSR hinausgingen. Er habe es zwar nicht recht geglaubt, doch sei es nicht auszuschließen gewesen, was auch für die Zukunft gelte. Über die Ereignisse in der ČSSR sei man sehr unglücklich. Er begreife sehr wohl den Willen der jugoslawischen Regierung und Bevölkerung, die Unabhängigkeit gegen eine Intervention zu verteidigen, und man könne nichts Besseres wünschen, als daß sich Jugoslawien als ein gesunder und stabiler Staat und damit ein Ordungsfaktor weiterentwickele und behaupte. Es sei das deutsche Interesse, daß die jugoslawische Wirtschaft blühe und das Land den eingeschlagenen Weg weitergehe. Die Bundesregierung wolle gerne das Ihre tun, um vor allem die

<sup>7</sup> Am 20./21. August 1968 kam es zu einer Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR.

wirtschaftliche Entwicklung Jugoslawiens zu fördern. Man sei bereit, die eigenen Möglichkeiten mit einer gewissen Präferenz für Jugoslawien einzusetzen. Dazu seien auch die Abkommen ein Beitrag. Er freue sich, daß deutsche Touristen in Jugoslawien hierzu ebenfalls beisteuerten. Darüber hinaus gebe es sicher noch viele Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit, nicht nur zwischen den Regierungen, sondern auch unmittelbar zwischen interessierten Wirtschaftskreisen. Er wisse, daß die Handelsbilanz für uns aktiv sei, doch sei es nicht unsere Absicht, dies so zu lassen. Vielmehr wolle man auf eine ausgewogene Bilanz hinarbeiten, was für ein Land mit einem Wirtschaftssystem, wie es Deutschland habe, natürlich etwas schwierig sei.

Der Herr Bundeskanzler erläuterte sodann kurz die deutsche Ostpolitik. Man führe gegen niemanden etwas im Schilde und habe nicht den Versuch gemacht, Unfrieden in das östliche Lager zu tragen. Jugoslawien habe man immer als einen Fall eigener Art angesehen. In der Tschechoslowakei habe sich ein von niemandem vorausgesehener Erdrutsch ereignet. Deutscherseits habe man sich größter Zurückhaltung befleißigt, doch sei dennoch der Vorwurf erhoben worden, wir hätten Öl ins Feuer gegossen und den Brand geschürt. Der Herr Bundeskanzler erinnerte an ein Wort Bismarcks über die strategische Bedeutung Böhmens, die auch heute noch bedeutsam sei. Keinen Augenblick sei zu erwarten gewesen, daß sich die Tschechoslowakei aus dem östlichen Block löse. Nunmehr seien die Dinge aber sehr viel schwerer geworden.

Es sei einmal daran gedacht worden, Ostpolitik zusammen mit Frankreich und mit französischer Unterstützung zu verfolgen, wobei Frankreich gleichzeitig auch als Bürge dafür aufgetreten wäre, daß keine abenteuerliche Politik verfolgt werde. Der Gedanke als solcher sei gut, und vielleicht könne man ihn trotz der gegenwärtig etwas ungeklärten Lage mit Frankreich wieder aufnehmen. Wie er wisse, stimme die jugoslawische Regierung mit Frankreich in dieser Hinsicht überein.

Die Bundesregierung werde fortfahren, eine Politik des Friedens zu treiben, was zwar nicht heiße, daß nationale Ansprüche preisgegeben würden, doch werde man sich auf keine den Frieden gefährdende oder revanchistische Politik einlassen. Dies sei auch der Sowjetunion gesagt worden. Man bemühe sich, einer Lösung Schritt für Schritt näherzukommen. Ob dies möglich sei, werde die Zukunft zeigen. Das Gespräch mit der Sowjetunion komme zwar nicht voran, doch dürfe man es nicht abreißen lassen. Jugoslawien gegenüber befindet man sich in einer glücklicheren Position als beispielsweise Ungarn und anderen Ländern gegenüber, weil Jugoslawien seine eigene Position durchgesetzt habe. Man werde sich nicht davon abhalten lassen, das nach Auffassung beider Regierungen Nötige zu tun.

Der *Minister* dankte für diese Erklärungen, die er als sehr interessant bezeichnete. Bezüglich der Tschechoslowakei seien sich die Politik und die Interessen beider Länder sehr ähnlich. Vielleicht trügen die Schwierigkeiten, denen sich jetzt die Sowjets in einem besetzten Lande gegenübersehen, dazu bei, ihren Appetit etwas zu mindern. Der Versuch, Jugoslawien von seinen Nachbarn zu isolieren, sei fehlgeschlagen. Die jüngsten Kontakte mit den Rumänen hätten gezeigt, daß die Rumänen engen Kontakt mit Jugoslawien pflegen wollten. Eben-

so habe man in Ungarn Interesse an möglichst normalen Beziehungen. Im Osten sei ein Prozeß entstanden, der seinen Abschluß noch nicht erreicht habe.

Was die bilateralen Beziehungen angehe, so gebe es noch das Problem der Wiedergutmachung.<sup>8</sup> Man wisse in Jugoslawien, daß die Bundesrepublik diese Frage im Verhältnis mit anderen Ländern geregelt habe, und würde es begrüßen, wenn Fortschritte erzielt werden könnten. Man wisse, es handle sich um ein delikates Problem, doch stelle es eine gewisse Belastung der Beziehungen dar.

Der Herr *Bundeskanzler* kam noch einmal auf die deutsche Ostpolitik zurück und betonte, man könne nichts mehr wünschen als eine Entwicklung, bei welcher sich in einer Evolution der Wille der Völker in einer Weise durchsetze, wie diese Völker es wollten. Nach den Ereignissen in der Tschechoslowakei werde man sich so verhalten, daß die Sowjets uns nicht den Vorwurf machen könnten, wir wollten Unfrieden in ihr Lager tragen. Damit glaube man, den Interessen aller Völker, auch Jugoslawiens, am besten dienen zu können. Es komme darauf an, bei der Sowjetunion keinen Argwohn und Verdacht aufkommen zu lassen. Gewiß gebe es Dinge, die vielleicht unvermeidlich geworden seien wie die Abhaltung der Bundesversammlung in Berlin. Er könne sich denken, daß man sich darüber in anderen Ländern Sorge mache, nicht aus prinzipiellen Gründen, sondern aus der Befürchtung, daß sich daraus Komplikationen entwickeln könnten. Er bitte den Minister, überzeugt zu sein, daß jeder Schritt, den die Bundesregierung tue, unter dem Gesichtspunkt erfolge, den östlichen Nachbarn das Leben nicht schwer zu machen.

Was die Wiedergutmachung angehe, so habe der Außenminister ihm darüber berichtet.<sup>9</sup> Die Bundesregierung sehe sich im Augenblick nicht in der Lage, eine Zusage zu machen. Wie der Außenminister angedeutet habe, sollten wir zunächst versuchen, durch eine stärkere Förderung wirtschaftlicher Maßnahmen einen materiellen Beitrag zu leisten. Er müsse den Minister bitten, an die Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zurückzudenken, bei welcher Gelegenheit die Bundesregierung ihren Standpunkt dargelegt und die jugoslawische Seite sich ihre Position vorbehalten habe.<sup>10</sup> Er nehme die Erklärung des Ministers mit dem Ernst zur Kenntnis, den sie verdiene, doch

<sup>8</sup> Vgl. dazu Dok. 57.

<sup>9</sup> Am 6. Februar 1969 erinnerte Bundesminister Brandt Bundeskanzler Kiesinger daran, daß das Kabinett am 13. Dezember 1967 entschieden habe, „Wiedergutmachungszahlungen an Jugoslawien seien weiterhin abzulehnen“. Während seines Besuchs in Jugoslawien vom 12. bis 14. Juni 1968 habe er die jugoslawische Regierung „an die rechtlichen und politischen Schwierigkeiten erinnert, die Wiedergutmachungszahlungen an Staaten entgegenstehen, deren Regierungen einerseits diplomatische Beziehungen zu zwei deutschen Regierungen haben, andererseits aber die Bundesregierung allein in Anspruch nehmen wollen. Ich empfahl, diese Streitfragen ruhen zu lassen und uns statt dessen Regelungen zuzuwenden, die in die Zukunft weisenden Nutzen haben könnten. Wir erwarteten, daß sich die jugoslawische Regierung im gleichen Geiste auf die Zukunft konzentriere. Unter dieser Voraussetzung deute ich die Bereitschaft der Bundesregierung an, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten auf die Dauer energisch zu verstärken.“ Mit Blick auf das Gespräch von Kiesinger mit dem jugoslawischen Außenminister Granfil empfahl Brandt, sich rezeptiv zu verhalten: „Dabei ist es für uns von großer Wichtigkeit, daß alle Vertreter der Bundesregierung gegenüber dem jugoslawischen Gesprächspartner eine einheitliche Sprache sprechen. Wir sollten eine gründliche Prüfung der etwaigen jugoslawischen Vorstellungen zusagen, jedoch an die fortbestehenden rechtlichen und politischen Schwierigkeiten erinnern. Eine Lösung werde auf die Dauer nur in der Weise gefunden werden können, wie sie der Bundesminister des Auswärtigen bei seinem Gespräch in Belgrad im Juni 1968 entwickelt hat.“ Vgl. Referat II A 5, Bd. 1351.

<sup>10</sup> Vgl. dazu AAPD 1968, I, Dok. 29.

schlage er vor, daß man die Angelegenheit noch ein wenig von sich weghalte. Im Augenblick und während der derzeitigen Legislaturperiode könne sie nicht aktualisiert werden. Es gebe Dinge, die über die Möglichkeiten hinausgingen.

Wie der *Minister* ausführte, sei seine Regierung bei der Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen davon ausgegangen, daß keine Seite der anderen Bedingungen stelle. Dabei bleibe die jugoslawische Regierung auch weiterhin. Nichtsdestoweniger bedaure er die Antwort des Herrn Bundeskanzlers, denn auch diese Frage sehe man unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung der Beziehungen. Obschon es klar sei, müsse man immer wieder betonen, daß Jugoslawien niemals ein Mitglied des Warschauer Paktes gewesen sei und [sein] werde.

Der Herr *Bundeskanzler* unterstrich, daß man Jugoslawien stets als einen Fall eigener Art angesehen habe. Jugoslawien sei ein völlig souveräner Staat, von dem man nicht annehmen wolle, daß Moskau ihn in die Formel der beschränkten Souveränität<sup>11</sup> einbeziehen möge. Er habe mit Interesse gelesen, daß dieser Anspruch auch in Bukarest zurückgewiesen worden sei, obschon Rumänien dem Warschauer Pakt angehöre.<sup>12</sup> Daß Jugoslawien dem Warschauer Pakt nicht angehöre, mache für uns einen großen Unterschied in den politischen Beziehungen aus. Bei Jugoslawien habe man deutscherseits keine Hemmungen, ganz normale Beziehungen zu entwickeln, wogegen man bei den Ländern des Warschauer Paktes darauf achten müsse, daß Moskau die deutsche Politik nicht zum Vorwand für eine neue Intervention nehme. Was die Frage der Wiedergutmachung angehe, so sollte man sich ein wenig Zeit gönnen.

Der *Minister* bemerkte, man wolle sich auch weiterhin um den Ausbau der Beziehungen bemühen. Auf dem wirtschaftlichen Bereich bestünden viele Möglichkeiten. Der Minister dankte für die Haltung der Bundesregierung in der EWG.<sup>13</sup> Auf die Wiedergutmachungsfrage eingehend hob der Minister die positive politische und wirtschaftliche Auswirkung hervor, die eine Lösung hätte.

Der Herr *Bundeskanzler* unterstrich noch einmal, daß vor den Wahlen in dieser Angelegenheit nichts zu erwarten sei. Man müsse abwarten, was die neue Regierung dazu sagen könne.

Das Gespräch endete kurz nach 18.00 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 30**

11 Zum sowjetischen Begriff eines „sozialistischen Commonwealth“, vgl. Dok. 15, Anm. 3.

12 Botschaftsrat Drutschmann, Bukarest, berichtete, der rumänische Staatsratsvorsitzende Ceaușescu habe am 29. November 1968 auf einer Feierstunde in Bukarest zum 50. Jahrestag der Vereinigung Transsylvaniens mit Rumänien ausgeführt, „die These, die man in letzter Zeit glaubwürdig zu machen versuche, wonach die Verteidigung der sozialistischen Länder gegen einen imperialistischen Angriff Begrenzung oder den Verzicht auf Souveränität voraussetze, entspreche nicht den Prinzipien der Beziehungen der sozialistischen Länder und könne unter keiner Form akzeptiert werden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2106 vom 2. Dezember 1968; Referat II A 5, Bd. 1026.

13 Der EG-Ministerrat befaßte sich am 9./10. Dezember 1968 in Brüssel mit dem Stand der Verhandlungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Jugoslawien über den Abschluß eines Handelsabkommens und „stellte fest, daß rasch eine Regelung für diese Fragen gefunden werden sollte“. Vgl. BULLETIN DER EG 2/1969, S. 82f.

## 53

**Botschafter Pauls, Washington, an das Auswärtige Amt****Z B 6-1-10782/69 geheim****Fernschreiben Nr. 336****Citissime****Aufgabe: 11. Februar 1969, 20.10 Uhr****Ankunft: 12. Februar 1969, 03.28 Uhr**Betr.: Nixon-Besuch<sup>1</sup>

Die heutige Unterredung mit Kissinger ergab, daß das Weiße Haus vor allem bei dem Berlin-Besuch keine Wiederholung des Kennedy-Programms<sup>2</sup> wünscht. So ist die erste Bitte, daß der Weg, den Präsident Nixon nimmt, nicht derselbe ist wie der, den Präsident Kennedy seinerzeit genommen hat. Ich sagte Kissinger, da meines Wissens Kennedy seinerzeit in Tempelhof angekommen sei und Nixon ja wohl in Tegel ankommen werde, ergebe sich dies von alleine.

Der Gedanke, Nixon die Mauer vom Reichstag aus ansehen zu lassen, fand aus politischen Gründen wenig Beifall. Ebensowenig die Plattformen am Brandenburger Tor oder Potsdamer Platz. Vielmehr schlug Kissinger vor, daß der Präsident auf dem Wege vom Flugplatz zum Schöneberger Rathaus oder auf dem Wege vom Schöneberger Rathaus zu der Fabrik, in der er in einer Halle (nicht auf einem offenen Platz wie Kennedy) spricht<sup>3</sup>, in der Nähe der Mauer einen Halt einlegt (vielleicht Bernauer Straße), aussteigt und ihm dort die Mauer gezeigt und erklärt wird. Ich habe dann erneut den Gedanken angeregt, daß der Präsident für einige Minuten des Gedenkens nach Plötzensee fährt, um die Toten des Widerstandes gegen Hitler zu ehren. Ich habe darauf hingewiesen, daß noch kein ausländischer Besucher von Weltgeltung dies getan habe und daß der deutsche Widerstand gegen Hitler in der öffentlichen Achtung der Welt immer wieder heruntergespielt werde. In diesem Augenblick kam Präsident Nixon in Kissingers Office und setzte sich zu uns und bat mich, ihm die Widerstandsbewegung und was Plötzensee bedeute und was da geschehen sei, zu erklären. Ich habe das ausführlich getan und ihm gesagt, daß es in der deutschen Geschichte der dreißiger und vierziger Jahre wenige Elemente gebe, deren wir uns voller Stolz erinnern könnten. Der Opfergang der Männer und Frauen des Widerstandes gegen Hitler sei eines und das Größte von ihnen. Wenn er diese Ehrung in Plötzensee vollziehe, werde das einen ungeheuren und dankbaren Widerhall in der deutschen Öffentlichkeit finden, um so mehr, als noch kein bedeutender ausländischer Staatsmann vor ihm das getan habe. Der Präsident ging sehr verständnisvoll darauf ein und beauftragte Kissinger, den Programm-Punkt positiv weiterzuverfolgen.<sup>4</sup> Er fragte mich dann über etwaige Studentenunruhen. Ich habe ihm die Lage in Berlin erläutert, auch daß man nicht die

<sup>1</sup> Präsident Nixon hielt sich am 26./27. Februar 1969 in der Bundesrepublik und Berlin (West) auf. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Kiesinger vgl. Dok. 79–81.

<sup>2</sup> Präsident Kennedy besuchte vom 23. bis 26. Juni 1963 die Bundesrepublik und Berlin (West).

<sup>3</sup> Am 27. Februar 1969 hielt Präsident Nixon eine Rede vor der Belegschaft der Siemens-Werke in Berlin (West). Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, NIXON 1969, S. 156–158. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1969, S. 219 f.

<sup>4</sup> Ein Besuch des Präsidenten Nixon in der Gedenkstätte Plötzensee kam nicht zustande.

Studentenschaft als solche mit den sogenannten Studentenunruhen allgemein identifizieren könne. Es seien Studenten dabei, es seien berufsmäßige Unruhestifter dabei, es handele sich um eine stark anarchistisch-radikale Bewegung, wie er sie aus den Großstädten Amerikas auch kenne. Was uns beunruhige, sei die besonders neuralgische Lage Berlins, die dadurch zusätzlich belastet werde; aber das werde bei seinem Besuch unter Kontrolle gehalten werden können. Er erwiderte darauf, daß er diese Dinge nicht scheue und fragte mich dann, was ich über seinen Berlin-Besuch dächte. Worauf ich ihm erwiderte, daß ich diesen Besuch – von der großen Bedeutung seiner Gespräche mit den deutschen Staatsmännern abgesehen – als das wichtigste Element der Stärkung des deutsch-amerikanischen Bündnisses und der Zuversicht meiner Landsleute in dieses Bündnis und in die Zukunft Deutschlands und Berlins seit langer Zeit ansehe. Für Berlin sei sein Besuch von vitaler Bedeutung. Es habe sich in den letzten Tagen nichts in der Stadt oder in der Lage um die Stadt ereignet, was seinen Entschluß, Berlin zu besuchen, irgendwie beeinflussen könne.

Kissinger sagt mir dann, er habe aus Bonn, offenbar geht das auf die amerikanische Botschaft zurück, gehört, daß für das Treffen mit der Gruppe prominenter Persönlichkeiten des deutschen geistigen, politischen und gesellschaftlichen Lebens der „Königsteiner Kreis“<sup>5</sup> herangezogen werden solle. Das scheine ihm keine sehr erleuchtende Idee. Im Weißen Haus glaube man, es sei besser, einen solchen Kreis ad hoc zusammenzustellen. Er erwähnte nochmals dabei Namen wie Weizsäcker, Rosenberg, Dönhoff.

[gez.] Pauls

**VS-Bd. 2749 (I A 5)**

## 54

### **Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Premierminister Wilson**

**Z A 5-13.A/69 VS-vertraulich**

**12. Februar 1969<sup>1</sup>**

Der Herr Bundeskanzler traf am 12. Februar 1969 um 9.45 Uhr mit dem britischen Premierminister Wilson zu einem Gespräch zusammen, an dem Staatssekretär Professor Carstens und Mr. Palliser teilnahmen.

Der Herr *Bundeskanzler* gab einleitend seiner Freude über den Besuch des Premierministers Ausdruck und fragte, welche Themen er im kleineren Kreise zu erörtern wünsche.

<sup>5</sup> Der Königsteiner Kreis mit Sitz in Frankfurt/Main war eine im Dezember 1949 gegründete Vereinigung von Beamten, Juristen und Volkswirten, die die SBZ bzw. die DDR verlassen hatten.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Weber am 14. Februar 1969 gefertigt.

Der *Premierminister* schlug vor, daß man zunächst die Themen festlege. Wenn sie auf der Tagesordnung auch als Einzelpunkte erschienen, so seien sie doch untereinander aufs engste verbunden. Vielleicht sollte man anfangen mit den Ereignissen in der Tschechoslowakei und der anschließenden Entwicklung sowie deren Bedeutung für den Westen und die NATO, sodann sollte man über Berlin sprechen, und schließlich wäre er dankbar, etwas Näheres über die jüngsten Kontakte mit den Russen zu erfahren.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, daß seine Regierung von Anfang an versucht habe, eine bessere Atmosphäre zwischen Deutschland und den osteuropäischen Ländern zu schaffen. Es sei nicht darum gegangen, diese Länder untereinander zu spalten oder sie von der Sowjetunion zu trennen. Als sich die Krise abgezeichnet habe, sei bald zu erkennen gewesen, in welche gefährliche Richtung die Entwicklung gehe. Er habe Brandt gebeten zu verhindern, daß SPD-Politiker in die Tschechoslowakei führen, und auch von der CDU sei niemand dorthin gegangen. Es sei nicht zu verhindern gewesen, daß Scheel dorthin gereist sei, was ein Fehler gewesen sei.<sup>2</sup> Er habe auch Blessing gebeten, nicht hinzugehen, doch seien die Dinge schon zu weit entwickelt gewesen.<sup>3</sup> Die Russen hätten uns Vorwürfe gemacht, daß unser Verhalten zu der Krise beigetragen habe, und selbst de Gaulle habe gewisse Andeutungen in dieser Richtung gemacht.<sup>4</sup> Daraufhin habe er de Gaulle unverhohlen gesagt, daß nicht er (Bundeskanzler) es gewesen sei, der in Zoppot die Polen an ihre ruhmreiche Vergangenheit erinnert und zu ihnen von einer ebenso ruhmreichen Zukunft gesprochen und seine Rede mit den Worten „Vous m'avez compris“ beendet habe.<sup>5</sup> Er hätte es nie gewagt, eine solche Rede zu halten. Er sei deshalb auch mehr als überrascht gewesen, solche Andeutungen zu hören. Es sei nicht richtig, daß wir versucht hätten, in den Osten einzudringen. Niemand habe voraussehen können, was dann wirklich in der Tschechoslowakei eingetreten sei. Für uns seien die Ereignisse ebenso ein Schock gewesen wie für andere Länder. Die Lage habe sich nunmehr durch die Stationierung sowjetischer Truppen in der Tschechoslowakei verschlechtert. Sodann hätten die Sowjets ihre neue Theorie vom sozialistischen Commonwealth<sup>6</sup> entwickelt, in die auch Ostdeutschland eingeschlossen werde. Die Russen hätten es sehr deutlich gemacht, daß eine Wiedervereinigung nicht möglich sei, es sei denn, daß das wiedervereinigte Deutschland Mitglied dieses sozialistischen Commonwealth werde. Dies könne man natürlich nicht akzeptieren.

Der *Premierminister* fragte, ob der Herr Bundeskanzler auch in der Nacht des Einmarsches<sup>7</sup> vom sowjetischen Botschafter unterrichtet worden sei. Er selbst

2 Der Vorsitzende der FDP, Scheel, und der stellvertretende Vorsitzende der FDP, Genscher, besuchten vom 12. bis 17. Juli 1968 die ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 223.

3 Bundesbankpräsident Blessing hielt sich vom 11. bis 13. Juli 1968 zu Gesprächen in der ČSSR auf.

4 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Staatspräsident de Gaulle am 28. September 1968; AAPD 1968, II, Dok. 318.

5 Am 10. September 1967 erklärte Staatspräsident de Gaulle während einer Tischrede in Sopot (Zoppot): „Je salue Gdańsk, symbole de la victoire, de la grandeur et de l'avenir de la Pologne.“ Vgl. die Aufzeichnung des Referats I A 3 vom 14. September 1967; Referat I A 3, Bd. 610. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 319.

6 Vgl. dazu Dok. 15, Ann. 3.

7 Am 20./21. August 1968 kam es zu einer Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR.

sei damals nicht in London gewesen und habe deswegen Lord Chalfont benannt, den der russische Botschafter<sup>8</sup> nachts um 1.30 Uhr aufgesucht habe.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er sei später unterrichtet worden.<sup>9</sup> Auf die deutsche Ostpolitik eingehend, erklärte der Herr Bundeskanzler, man habe sich vorgestellt, mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien<sup>10</sup> und Jugoslawien<sup>11</sup>, mit der Errichtung einer Handelsmission in Prag<sup>12</sup> und durch die Verbesserung der Beziehungen zu anderen osteuropäischen Ländern zu einer Evolution beitragen zu können, die zu einer Besserung des Klimas führe, ohne daß damit eine Spalte gegen Moskau geplant gewesen sei. Diese Bemühungen seien durch die Vorgänge in der Tschechoslowakei gründlich blockiert worden. Die Kontakte mit der Sowjetunion hätten keinerlei Aussichten auf Erfolg gebracht. Auch die beiden Gespräche, die der Außenminister mit Zarapkin<sup>13</sup> geführt habe, hätten uns nicht weitergebracht. Die Sowjetunion bestehe auf ihren wohlbekannten Forderungen. In Berlin seien die Sowjets sogar noch einen Schritt weiter gegangen und versuchten, den Spielraum, den wir in und um Berlin hätten, noch weiter einzuschränken. Was die Einberufung der Bundesversammlung nach Berlin betreffe, so sei er persönlich zunächst der Auffassung gewesen, daß sie nicht in Berlin stattfinden solle, nicht etwa aus Furcht, sondern aus einer Reihe anderer Überlegungen, unter anderem auch der, daß hierdurch die internationale Lage nicht verschärft werden sollte. Nachdem die Entscheidung aber gefallen sei<sup>14</sup> und man sich nunmehr massivem Druck seitens der Sowjetunion und Pankows ausgesetzt sehe, sei es unmöglich, zurückzuweichen und Schwäche zu zeigen. Darüber bestehe unter den Koalitionsparteien und auch mit der FDP Übereinstimmung.

Der *Premierminister* erinnerte daran, daß es auch die britische Regierung nicht für weise gehalten habe, nach Berlin zu gehen, und daß sie vertraulich, nicht öffentlich, dies gesagt habe. Die Entscheidung sei aber nun getroffen, und nachdem die andere Seite nunmehr solchen Druck ausübe, gebe es kein Zurück, weil dies nach Unentschlossenheit aussehen würde.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte sodann, er wolle die Gelegenheit benutzen, dem Premierminister und der britischen Regierung für die klare und feste Haltung zu danken, mit der sie unsere Interessen vertreten hätten. Auch der briti-

8 Michail Nikolajewitsch Smirnowskij.

9 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin am 21. August 1968; AAPD 1968, II, Dok. 263.

10 Am 31. Januar 1967 nahm die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen zu Rumänien auf.

11 Am 31. Januar 1968 stellte die Bundesrepublik die diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien wieder her.

12 Am 3. August 1967 vereinbarten die Bundesrepublik und die ČSSR die Errichtung von Handelsvertretungen.

13 Für die Gespräche des Bundesministers Brandt mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin am 10. Januar bzw. 6. Februar 1969 vgl. Dok. 8 und Dok. 46.

14 Am 12. Februar 1969 gab Bundestagspräsident von Hassel nach Gesprächen mit Bundeskanzler Kiesinger, Bundesminister Brandt, den Fraktionsvorsitzenden Barzel (CDU/CSU), Mischnick (FDP) und Schmidt (SPD) sowie dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Schütz, offiziell den Beschuß bekannt, die Bundesversammlung für den 5. März 1969 nach Berlin (West) einzuberufen. Vgl. dazu BULLETIN 1969, S. 164.

sche Beitrag zur gemeinsamen Erklärung der drei Schutzmächte<sup>15</sup> sei bei der Bevölkerung dankbar vermerkt worden. Die Bundesregierung wünsche die Entspannung und sei bereit, das Ihre zu tun. Die Frage der Abrüstung interessiere sie auch, wenngleich sie keine Illusionen darüber habe. Er selbst habe folgende Sorge: Rusk habe im vergangenen Sommer, vor den Ereignissen in der Tschechoslowakei, in Bonn gesagt, die Sowjetunion werde auf die Dauer die Koexistenz nicht aushalten können. Er selbst neige zu der gleichen Auffassung. Man habe sich immer wieder gefragt, wie sich die Koexistenz sowohl auf den Westen wie auf den Osten auswirken werde. Es gebe viele Leute, die vor allem den Aufweichungsprozeß im Westen sähen, die allmähliche Aushöhlung der NATO, und Luns habe gesagt, die Russen seien dumm gewesen, denn hätten sie nur zwei Jahre gewartet, dann wäre von der NATO nicht mehr viel übrig gewesen. Es habe also die Furcht bestanden, daß das westliche Lager aufgelockert würde. Dies habe er auch gesehen, dennoch habe er sich gefragt, ob nicht im Osten die Wirkungen der Koexistenz stärker seien. Die Ereignisse in der Tschechoslowakei hätten gezeigt, daß im Osten ein Land den Weg mindestens in den Vorraum der Demokratie gewagt habe, denn wer die Pressefreiheit einführe, habe einen entscheidenden Schritt in Richtung auf die Demokratie getan. Er glaube nun, daß dieser Prozeß auf die Dauer weitergehen werde, denn wenngleich Moskau mit aller Brutalität in der Tschechoslowakei eingegriffen habe, werde es auf die Dauer den Prozeß nicht aufhalten können. Die Sowjetunion sei nicht in der Lage, sich an die Spitze dieser Evolution zu stellen und sie kontrolliert zu führen. Daraus ergebe sich, daß in den kommenden Jahren vielleicht mit einer Serie von schwierigen und gefährlichen Entwicklungen im Osten gerechnet werden müsse. Nach den Vorgängen in der Tschechoslowakei könne man nicht wissen, wie desperat die sowjetischen Führer möglicherweise reagieren würden und ob diese Reaktion nicht auch einmal über die Grenzen des sozialistischen Commonwealth hinausschlagen würde. Rusk habe hinzugefügt, wenn es in fünfzig Jahren noch eine kommunistische Macht gebe, so seien dies die Chinesen, da sie die Situation erkannt hätten. Er selbst sei in Sorge, weil er nicht glaube, daß die sowjetischen Führer die Entwicklung kontrollieren könnten. Als Ergebnis dieser Ereignisse sei die NATO heute viel stärker als zuvor, da sich die Regierungen und Länder des Westens der Gefahr bewußt geworden und bereit seien, mehr zu tun – pourvu que ça dure.

Der *Premierminister* sagte, die Ereignisse in der Tschechoslowakei hätten zweierlei gelehrt: Einmal müsse die NATO gestärkt, die Wachsamkeit erhöht und der Zusammenhalt gefestigt werden, zum andern sei die Notwendigkeit

<sup>15</sup> Am 10. Februar 1969 betonten die Drei Mächte in einer Gemeinsamen Erklärung, daß die Bundesversammlung „schon zu drei früheren Zeitpunkten in Berlin stattgefunden hat, ohne irgendwelche Schwierigkeiten hervorzurufen. Die deutsche Entscheidung, die diesjährige Bundesversammlung in Berlin abzuhalten, wurde nach gebührender Konsultation mit den drei Mächten im Rahmen von deren Verantwortung für Berlin getroffen. Die drei Regierungen sind infolgedessen der Ansicht, daß es für die ostdeutsche Bekanntmachung vom 8. Februar keine Rechtfertigung gibt. Diese Bekanntmachung ist im übrigen unvereinbar mit der Tatsache, daß die Sowjetunion, nicht Ostdeutschland, für den freien und ungehinderten Zugang von Personen und Gütern nach Berlin verantwortlich ist. Die drei Regierungen haben schon in der Vergangenheit die Sowjetunion an diese Verantwortlichkeit erinnert. Ihr Standpunkt hat sich nicht geändert.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 192.

der europäischen Einigung unterstrichen worden. Was die NATO angehe, so sei von den meisten Mitgliedern des Bündnisses diese Lektion verstanden und zu Herzen genommen worden, denn die Tendenz, die eigenen Anstrengungen abzubauen, sei nicht nur nicht aufgehalten, sondern das Gegenteil bewirkt worden. Jedes Land sei sich der Pflicht bewußt, den Geist des Bündnisses und die Loyalität gegenüber der NATO zu stärken. Vor dem Sommer 1968 wurde kaum mehr von der NATO gesprochen, heute sei sie wieder in viel stärkerem Maße eine Realität geworden. Die Gefahr sei aber nicht gebannt, denn die Amerikaner stünden immer noch unter dem Druck des Senats, sich ganz von Europa zurückzuziehen. Es sei deshalb außerordentlich wichtig, daß Nixon bei seinem bevorstehenden Besuch<sup>16</sup> an Ort und Stelle sehe, daß die Mitglieder des Bündnisses bereit seien, das Ihre zu tun, denn nur so könne er diesem Druck widerstehen. Deswegen komme dem Besuch Nixons so große Bedeutung für das Bündnis zu. Sicher werde er von Frankreich keine große Ermutigung erfahren, doch brauchten sich die übrigen Verbündeten hierfür nicht zu entschuldigen. Man könne in aller Offenheit sagen, daß ein Mitglied des Bündnisses zwar anderer Meinung sei, dies den Rest aber nicht davon abhalten werde, das Seine zu tun. Als anlässlich der Commonwealth-Konferenz<sup>17</sup> der kanadische Ministerpräsident Trudeau in London gewesen sei, habe er die Gelegenheit benutzt, ihm die Bedeutung der NATO vor Augen zu führen und für ihn geradezu ein „teach in“ veranstaltet. Dies sei bei Nixon sicher nicht nötig, denn im Gegensatz zu seinem Vorgänger<sup>18</sup> hätten bei Nixon die europäischen Dinge stets breiteren Raum eingenommen als die asiatischen. Entscheidend werde aber sein, in welchem Maße es gelingen werde, Nixon von der eigenen Entschlossenheit und Anstrengung zu überzeugen.

Das Gespräch endete um 10.15 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 30**

<sup>16</sup> Präsident Nixon besuchte vom 23. Februar bis 2. März 1969 Belgien, Großbritannien, die Bundesrepublik, Italien, Frankreich und den Vatikan. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Kiesinger am 26. Februar 1968 vgl. Dok. 79-81.

<sup>17</sup> Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Commonwealth fand vom 7. bis 15. Januar 1969 in London statt.

<sup>18</sup> Lyndon B. Johnson.

**Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger  
mit Premierminister Wilson**

**Z A 5-14.A/69 VS-vertraulich**

**12. Februar 1969<sup>1</sup>**

Der Herr Bundeskanzler setzte am 12. Februar 1969 um 10.20 Uhr sein Gespräch mit dem britischen Premierminister in erweitertem Kreise fort. Von deutscher Seite nahmen teil die Herren Staatssekretäre Professor Carstens, Duckwitz und Diehl, Botschafter Blankenhorn, MD Dr. Osterheld und MDg Neusel, auf britischer Seite Sir Burke Trend, Sir Denis Greenhill, Botschafter Sir Roger Jackling und Mr. Palliser.

Der *Premierminister* gab zunächst einen Überblick über das vorangegangene Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler<sup>2</sup>, in dem zunächst über die Lage nach den Ereignissen in der Tschechoslowakei gesprochen worden sei. Der Herr Bundeskanzler habe ferner die deutsche Politik gegenüber den osteuropäischen Staaten dargelegt und sei kurz auf die jüngsten Gespräche mit Botschafter Zapakin eingegangen und habe ferner kurz über Berlin im Zusammenhang mit der Bundesversammlung gesprochen. Man habe übereingestimmt hinsichtlich der Schlußfolgerungen, die für die NATO zu ziehen seien, wobei der Herr Bundeskanzler von der gestärkten NATO-Solidarität gesprochen habe, vorausgesetzt, daß sie anhalte. Er selbst habe darauf hingewiesen, wie wichtig in diesem Zusammenhang der Besuch Nixons in Europa sei.<sup>3</sup> Es komme darauf an, Nixon die fundamentale Notwendigkeit der NATO vor Augen zu führen und ihm zu zeigen, daß die europäischen Partner ihre Anstrengungen sehr ernst nähmen. Er habe in diesem Zusammenhang erwähnt, daß man sich in London bemüht habe, dem kanadischen Ministerpräsidenten<sup>4</sup> die britischen Auffassungen sehr deutlich darzulegen.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß er seinerseits dem Premierminister und der britischen Regierung nicht nur namens der Bundesregierung, sondern des deutschen Volkes seinen Dank für die klare Haltung ausgesprochen habe, die die britische Regierung in unseren nationalen Fragen eingenommen habe. Es habe nie ein Schwanken, nie ein Abgehen vom geraden Weg gegeben. Der Premierminister dürfe davon überzeugt sein, daß diese Beständigkeit und Kontinuität einen tiefen Eindruck beim deutschen Volk hinterlassen habe. In diesem Zusammenhang sehe man auch den Besuch des Premierministers in Berlin.<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Weber am 14. Februar 1969 gefertigt.

<sup>2</sup> Vgl. Dok. 54.

<sup>3</sup> Präsident Nixon besuchte vom 23. Februar bis 2. März 1969 Belgien, Großbritannien, die Bundesrepublik, Italien, Frankreich und den Vatikan. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Kiesinger am 26. Februar 1968 vgl. Dok. 79–81.

<sup>4</sup> Pierre Elliott Trudeau.

<sup>5</sup> Premierminister Wilson besuchte Berlin (West) am 14. Februar 1969.

Man wolle über Berlin keine internationale Krise entstehen lassen und habe sich deshalb auch wohl überlegt, ob die Bundesversammlung in Berlin zusammenetreten solle oder nicht. Er selbst hätte es vorgezogen, wenn die Wahl in Bonn stattgefunden hätte, doch nachdem nun die Entscheidung getroffen sei<sup>6</sup> und man sich gewaltigem Druck seitens der Sowjetunion und der DDR ausgesetzt sehe, könne man nicht nachgeben, weil dies eine Schwäche wäre, die ganz gefährliche Konsequenzen haben könnte. Deswegen müsse es jetzt bei der Entscheidung bleiben.

Der Premierminister sagte, auch die britische Regierung hätte es für vernünftiger gehalten, wenn die Wahl des Bundespräsidenten nicht in Berlin stattfinden würde, und habe dies auch im vertraulichen Gespräch, nicht in der Öffentlichkeit, zum Ausdruck gebracht. Nachdem die Entscheidung nun aber gefallen sei, brauche nicht mehr darüber gesprochen zu werden. Die Tatsache, daß sich die Bundesregierung nun Druck und Drohungen ausgesetzt sehe, mache es für sie unmöglich, in dieser Frage zurückzuweichen. Er werde seinen Aufenthalt in Berlin benutzen, den britischen Standpunkt unmißverständlich darzulegen.

Der Premierminister fragte sodann, ob die Begegnung mit Zarapkin irgendwelche Hinweise auf konstruktivere Ideen für eine Entspannung des Verhältnisses zwischen Deutschland und der Sowjetunion erbracht hätten.

Der Herr Bundeskanzler erwiderte, hierüber sei nichts Neues zu berichten. Es seien nur die alten Forderungen auf den Tisch gebracht worden. Die Sowjets seien bereit, Gespräche mit demselben alten Ziel zu führen, daß die Bundesrepublik die Realitäten anerkennen solle. Er habe auch nicht den Eindruck, daß die Gespräche, die der Außenminister auf Bühnerhöhe und in Bonn mit Zarapkin geführt habe<sup>7</sup>, neue Elemente erbracht hätten. Vielleicht könne Staatssekretär Duckwitz darüber noch etwas berichten. Vielleicht sei im Zusammenhang mit dem NV-Vertrag ein gewisser Fortschritt zu verzeichnen, insoweit als die Sowjets klargemacht hätten, daß die Bundesrepublik nicht diskriminieren und im Verhältnis zu ihr die Resolution 255 des Sicherheitsrats<sup>8</sup> anwenden würden. Dies räume nicht ganz die deutschen Bedenken wegen des beanspruchten Interventionsrechts aus.

Staatssekretär Duckwitz bemerkte ergänzend, das von Zarapkin auf der Bühnerhöhe überreichte Papier<sup>9</sup> habe eine Zusage enthalten, wonach die Bundesrepublik mit dem Beitritt zum NV-Vertrag alle Rechte und Pflichten dieses Vertrags erhalten würde. Dies sei aber so selbstverständlich, daß es nicht erwähnt zu werden brauche. In einem weiteren Satz habe es geheißen, daß die Bundesrepublik auch in den Genuß der Bestimmungen der Entschließung 255 des Sicherheitsrates kommen werde. Die Begegnung zwischen dem Außenminister und Zarapkin am Vortage<sup>10</sup> sei eine private Einladung gewesen, die weit zu-

<sup>6</sup> Vgl. dazu Dok. 54, Anm. 14.

<sup>7</sup> Für die Gespräche des Bundesministers Brandt mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin am 10. Januar bzw. 6. Februar 1969 vgl. Dok. 8 und Dok. 46.

<sup>8</sup> Zur Resolution vom 19. Juni 1968 vgl. Dok. 14, Anm. 6.

<sup>9</sup> Zu dem vom sowjetischen Botschafter Zarapkin Bundesminister Brandt am 6. Februar 1969 übergebenen Aide-mémoire vgl. Dok. 46, Anm. 4.

<sup>10</sup> Am 11. Februar 1969 notierte Bundesminister Brandt, daß er am Nachmittag auf Einladung des sowjetischen Botschafters Zarapkin an einem privaten Essen teilgenommen habe. Dabei habe er Zarapkin angekündigt, daß sich Staatssekretär Duckwitz mit dem Botschafter in Verbindung setzen

rückgehe, und deutscherseits habe man geglaubt, sie sei durch den Besuch auf Bühlerhöhe überholt. Es habe sich um einen gesellschaftlichen Anlaß gehandelt, bei dem auch Damen anwesend gewesen seien. Schon die Anwesenheit der Damen habe es nicht zugelassen, daß ein tieferes politisches Gespräch geführt worden sei.

Der *Premierminister* bemerkte, daß nach den Darlegungen des Herrn Bundeskanzlers ein kleiner Schritt vorwärts im Zusammenhang mit dem NV-Vertrag erzielt worden sei, obgleich er die russischen Erklärungen über die Feindstaaten-Klauseln<sup>11</sup> nur als Säbelrasseln im Zusammenhang mit der Tschechoslowakei angesehen habe. Die Russen schienen in Sorge, daß sich die Infektion auch auf andere Teile ihres Bereichs ausbreiten könnte, besonders auf den am stärksten verwundbaren Bereich, die DDR. So sei seiner Ansicht nach der Hinweis auf die Feindstaaten-Klauseln nur eine Warnung gewesen, jenen Rasen nicht zu betreten, den sie als ihren eigenen betrachteten. Er sei der Auffassung, daß die Feindstaaten-Klauseln keinerlei Relevanz für die deutsche Unterschrift unter den NV-Vertrag hätten. Was die Entschließung 255 angehe, so sagten jetzt selbst die Russen, daß ihre Bestimmungen in gleicher Weise auf alle Staaten anwendbar seien. Die Antwort auf die russischen Behauptungen liege schlicht und einfach in der NATO, in der NATO-Garantie, in der amerikanischen Garantie gegen jede Bedrohung der Integrität der Mitglieder des Bündnisses. Die Tatsache, daß russische Juristen die Feindstaaten-Klauseln ausgegraben hätten, berühre in keiner Weise die einzige reale Garantie: die der NATO. Er sehe keine Wahrscheinlichkeit, daß die Russen etwas gegen die NATO unternähmen, hätten sie doch verstanden, daß das einzige konkrete Ergebnis des Sommers 1968 darin bestanden habe, den Schwächungsprozeß der NATO aufzuhalten und sie statt dessen zu stärken. Daher sei das legalistische Säbelgerassel völlig irrelevant. Man verstehe, daß es für die deutsche Seite auch noch andere Probleme im Zusammenhang mit dem NV-Vertrag gebe, über die man im Verlauf der Gespräche noch miteinander reden wolle.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er stimme nicht ganz mit dem Premierminister überein. Er gebe zu, daß der eigentliche Schutz gegen eine russische Intervention in der NATO liege. Der NATO-Vertrag sei aber zeitlich begrenzt<sup>12</sup>, der NV-Vertrag jedoch nicht. Dies sei ein Gesichtspunkt, der nicht übersehen werden dürfe. Er bat den Premierminister, sich vorzustellen, daß sich Großbritannien in einer Lage befinde, wo eine der Supermächte Wert darauf lege, daß sie Groß-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 181*

werde, um über die sowjetische Erklärung zum Nichtverbreitungsabkommen zu sprechen. Brandt fuhr fort: „Zu Berlin bezog sich Zarapkin auf ein längeres Gespräch, das er am Vorabend des Diplomatenballs mit Staatssekretär Duckwitz geführt hatte. Ich bestätigte den Eindruck, der ihm dort vermittelt worden war, daß nämlich das Thema Bundesversammlung durch die DDR-Maßnahmen fast hoffnungslos verfahren sei. Er replizierte, die DDR habe nur auf Grund westdeutscher Ankündigung gehandelt. Er meinte auch, die DDR könne sich zu Recht auf ihre ‚Souveränität‘ berufen. Wir müßten doch einsehen, daß das Abhalten der Bundesversammlung das Verhältnis zwischen unseren beiden Staaten nur erschweren würde. Wenn wir uns entschließen könnten, nicht nach Berlin zu gehen, würden wir Ihnen helfen.“ Vgl. VS-Bd. 10090 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1969.

11 Für den Wortlaut der Artikel 53 und 107 der UNO-Charta vom 26. Juni 1945, vgl. Dok. 14, Anm. 4.

12 Vgl. dazu Artikel 13 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949: „Nach zwanzigjähriger Geltungsdauer des Vertrags kann jede Partei aus dem Vertrag ausscheiden, und zwar ein Jahr, nachdem sie der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika ihre Kündigung mitgeteilt hat.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 291 f.

britannien ihr gegenüber im Sinne des NV-Vertrages verpflichtet, im gleichen Augenblick aber ihre Interventionsrechte bekräftigte, die sie nie ganz aufgegeben habe. Für die Russen wäre es von Wert, wenn sie im Falle einer Intervention den Schein des Rechts für sich hätten, wobei er nicht wisse, wie weit sie gehen würden, wenn sie eine Intervention tatsächlich vorhätten und wie weit dadurch der Widerstand des Bündnisses provoziert würde. Im Zusammenhang mit dem Projekt der Ultragaszentrifuge<sup>13</sup> sei beispielsweise in England von Herrn Beaton<sup>14</sup> und anderen die von den Russen begierig aufgegriffene Meinung vertreten worden, daß eine deutsche Teilnahme an diesem Projekt eine Umgehung des NV-Vertrags darstellen würde. Genau dies sei es, wovor er Sorge habe. Nehme man einmal an, der NV-Vertrag wäre von deutscher Seite bereits unterzeichnet, dann würden die Russen eine Teilnahme an dem Zentrifugenprojekt sofort als Umgehung oder Bruch des Vertrages interpretieren und in irgendeiner Form mit Intervention drohen, sei es durch politischen Druck, sei es militärisch durch eine Drohung mit konventionellen Kräften. Sie könnten dies mit dem formalen Schein des Rechtes tun. Deswegen lege man Wert darauf, daß diese Möglichkeit aus der Welt geschafft werde. Am besten wäre es, wenn die Sowjetunion selbst darüber Klarheit schaffen würde, und er habe vor ein paar Tagen den Außenminister gefragt, ob er das für möglich halte. Er sei zwar nicht sehr optimistisch gewesen, habe er aber auch nicht für ganz ausgeschlossen gehalten, daß auch hier vielleicht eine erleichternde Erklärung von den Russen gewonnen werden könnte.

Der Premierminister wies darauf hin, daß sich seine Regierung in juristischen Dingen vom Attorney General<sup>15</sup> und nicht von Mr. Beaton beraten lasse. Beaton sei zwar ein guter Mann, in dieser Angelegenheit aber absolut unzuständig. Die wirkliche Garantie liege, wie er bereits gesagt habe, in der NATO, und wenn es auch richtig sei, daß der NATO-Vertrag zeitlich begrenzt sei, so sei es doch undenkbar, daß die NATO aufgelöst würde, solange die Gefahr weiter bestehe. Damit würde man nicht nur das Todesurteil Deutschlands, sondern auch das eigene Todesurteil unterzeichnen. Mit dem Argument, eine deutsche Teilnahme an dem Projekt der Gaszentrifuge verstöße gegen den NV-Vertrag, sei er vertraut. Er habe es sehr nachdrücklich im Unterhaus zurückgewiesen und auf die bei verschiedenen Gelegenheiten von der Bundesregierung abgegebenen Erklärungen verwiesen.<sup>16</sup> Über die russischen Äußerungen sei er nicht so sehr besorgt, denn was die Russen über ihn selbst und seine Regierung gesagt hätten, hätte dazu beigetragen, daß er eine ziemlich dicke Haut bekommen habe. Nichtsdestoweniger glaube er, daß die Russen sehr viel ruhiger bei einer deutschen Beteiligung an dem Projekt wären, wenn sie den Vertrag unterzeichneten.

13 Zum deutsch-britisch-niederländischen Projekt einer Gasultrazentrifuge vgl. Dok. 41.

14 In einem Presseartikel wies der Mitarbeiter des Instituts für strategische Studien in London, Beaton, darauf hin, daß das Projekt der Gasultrazentrifuge der Bundesrepublik die Grundlage für eine spätere Kernwaffenproduktion schaffen könnte. Dies könne als Umgehung des Nichtverbreitungsbommens gewertet werden. Vgl. dazu den Artikel „Centrifuge“, THE TIMES vom 23. Januar 1969, S. 8.

15 Elwyn Jones.

16 Am 6. Februar 1969 erklärte Premierminister Wilson im britischen Unterhaus: „The fact that we are proposing a nuclear-sharing agreement does not make German nuclear rearmament more likely. Germany is fully committed under every relevant international treaty against any form of nuclear weapons by acquisition or by production and nothing in the centrifuge process will in any way change that.“ Vgl. HANSARD, Bd. 777, Sp. 585.

hätten. Wenn es die deutsche Hoffnung sei, die Atmosphäre mit den Ländern auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs zu verbessern und zu einer Entspannung zu gelangen, so halte er den NV-Vertrag für eines der wichtigsten Elemente in dieser Richtung. Er glaube nicht, daß Hoffnung auf eine solche Entspannung bestehe, solange die Bundesrepublik nicht unterzeichne. Die deutsche Unterschrift wäre der beste Beitrag zu dieser Bemühung. Er gebe zu, daß sich dafür nichts einhandeln lasse, doch würden die Beziehungen erheblich verbessert werden. Was die Ultragaszentrifuge betreffe, so glaube man britischerseits, daß es in vollem Maße vereinbar sei mit den vertraglichen Verpflichtungen, die Deutschland, Großbritannien und andere Länder übernommen hätten. Er selbst kenne das Argument, daß man mit diesem Projekt nicht weitermachen sollte, bis Deutschland den NV-Vertrag unterzeichnet habe. Es werde von durchaus ernstzunehmenden Leuten gebraucht.

Der Premierminister fragte sodann, an welche Rolle die Sowjets für de Gaulle im Zusammenhang mit dem deutsch-russischen Verhältnis dächten, und ob sie in ihm möglicherweise einen guten Vermittler oder Kontaktmann erblickten.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiederte, er sei weithin auf Vermutungen und unsichere Meldungen angewiesen. Er habe den Eindruck, der Sowjetunion sei es sehr willkommen, daß die französischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und zur NATO etwas distanziert seien, und sie rechneten auf eine gewisse Entfremdung zwischen Deutschland und Frankreich. Er glaube aber nicht, daß die Russen eine konstruktive französische Rolle in dem Sinne sähen, daß Frankreich zur Verbesserung des deutsch-russischen Verhältnisses beitragen könne. Sie schienen zu versuchen, wie in der Vergangenheit gegenüber Amerika und Großbritannien, Frankreich gegen uns auszuspielen. Dies sei keine sehr ermutigende Feststellung, doch entspreche sie den Tatsachen. Zu Beginn der neuen Ostpolitik habe man geglaubt, zusammen mit dem kontinentalen Nachbarn Frankreich die Beziehungen zu Osteuropa verbessern zu können. Frankreich hätte dabei auch die Rolle eines Bürgen dafür übernehmen können, daß wir nichts Gefährliches im Osten unternähmen, besonders gegenüber Polen und der Tschechoslowakei. Er glaube, dies sei eine Zeitlang auch die Vorstellung de Gaulles gewesen, doch hätten sich seit der Tschechoslowakei gewisse Änderungen ergeben. Er erinnerte an de Gaulles Rede in Zoppot<sup>17</sup> und betonte, daß die Bundesregierung niemals versucht habe, den Osten aufzuspalten. Ihr sei es nur darum gegangen, die Beziehungen mit dem Osten zu verbessern. Die Ereignisse in der Tschechoslowakei hätten auch ihn schockiert, doch scheine er nun dabei zu sein, seine Beziehungen mit der Sowjetunion neu zu festigen. Es werde interessant sein, was er bei der nächsten Begegnung im März<sup>18</sup> zu sagen haben werde.

Der Premierminister sagte, de Gaulle habe ein sehr langes Gedächtnis und vergesse nicht leicht. Auf der anderen Seite scheine er aber völlig vergessen zu haben, was in der Tschechoslowakei passiert sei.

<sup>17</sup> Zu den Ausführungen des Staatspräsidenten de Gaulle vom 10. September 1967 vgl. Dok. 54, Anm. 5.  
<sup>18</sup> Für die deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen am 13./14. März 1969 in Paris vgl. Dok. 99–103.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß de Gaulle sehr dagegen gewesen sei, als er unmittelbar nach den Ereignissen des letzten August für eine Stärkung der NATO eingetreten sei. Es sei nicht sehr einfach, die Motive seiner Politik zu erkennen. In allen seinen Gesprächen mit de Gaulle habe er den Eindruck gewonnen, daß seine Hauptzorge der internen Konsolidierung Frankreichs gelte. Unter diesem Gesichtspunkt müsse auch seine Außenpolitik geschehen werden. Wenn er sage, Frankreich benötige Frieden und Unabhängigkeit, so meine er es ernst, weil er nur so die von ihm für erforderlich gehaltenen Institutionen aufbauen könne. Er wolle sicher sein, daß Frankreich dereinst, wenn er selbst abtreten werde, so konsolidiert sei, daß es nicht mehr in die schwierigen und unruhigen Zeiten wie früher zurückfalle. Das andere sei der Versuch, auf weltpolitischer Bühne noch eine Rolle zu spielen oder zumindest den Anschein zu geben, als ob Frankreich noch über Einfluß verfüge. Er glaube aber, daß de Gaulle seine Grenzen sehe und sein Handeln von der Absicht bestimmt sei, seine eigene Autorität innerhalb Frankreichs zu stärken.

Der *Premierminister* teilte die Auffassung, daß es außerordentlich schwierig sei, de Gaulles Gedanken zu lesen. Dies gelte auch für seine Äußerungen im Ausland, wie beispielsweise die Kanadier erfahren hätten, denen es einige Schwierigkeiten bereitet habe zu verstehen, was er wirklich gemeint habe.<sup>19</sup> Dennoch handle es sich bei dem Bemühen, de Gaulle zu interpretieren, nicht um ein akademisches Unterrfangen. In diesem Zusammenhang wolle er später über ein Gespräch zwischen de Gaulle und dem britischen Botschafter in Paris<sup>20</sup> berichten und hierzu gerne die Ansichten des Herrn Bundeskanzlers erfahren.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er sei auf diese Dinge nur eingegangen, weil er glaube, daß sie etwas verständlicher würden, wenn man sie gegen diesen Hintergrund sehe. Er sei davon überzeugt, daß de Gaulle sich für den einzigen Mann halte, der den Untergang Frankreichs aufhalten könne.

Der *Premierminister* bemerkte, man müsse anerkennen, daß er für Frankreich sehr viel getan habe und den Franzosen sehr viel mehr Selbstvertrauen und Richtung gegeben habe als in der Vierten Republik, wenn man vielleicht von der kurzen Zeit von Mendes-France absche.<sup>21</sup> Auch die Art und Weise, wie er mit der Krise im vergangenen Frühjahr fertig geworden sei, nötige Respekt ab. Er befürchte aber, daß das Frankreich, das de Gaulle zurücklassen werde, außenpolitisch labiler sein werde. Im Schatten einer großen Eiche wachse nur sehr wenig. Vielleicht aber werde die Geschichte ihr Urteil nicht nur danach fällen, was einer getan habe, sondern auch danach, was nach ihm geschehen sei.

Das Gespräch endete um 11.00 Uhr.

**VS-Bd. 10090 (Ministerbüro)**

<sup>19</sup> Staatspräsident de Gaulle hielt sich vom 23. bis 27. Juli 1967 in Kanada auf. Vgl. dazu AAPD 1967, III, Dok. 328.

<sup>20</sup> Zum Gespräch des Staatspräsidenten de Gaulle mit dem britischen Botschafter in Paris, Soames, am 4. Februar 1969 vgl. Dok. 56.

<sup>21</sup> Pierre Mendès-France war von Juni 1954 bis Februar 1955 französischer Ministerpräsident.

## 56

**Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger  
mit Premierminister Wilson**

**Z A 5-11.A/69 VS-vertraulich**

**12. Februar 1969<sup>1</sup>**

Der Herr Bundeskanzler empfing am 12. Februar 1969 um 16.00 Uhr den britischen Premierminister Wilson zu einem Gespräch in erweitertem Kreis. Auf deutscher Seite nahmen teil die Herren Staatssekretäre Carstens, von Guttenberg, Duckwitz und Diehl, Botschafter Blankenhorn und MR Neusel, auf britischer Seite Sir Burke Trend, Sir Denis Greenhill, Mr. Halls, Mr. Palliser sowie der britische Botschafter Sir Roger Jackling.

Der *Premierminister* kam zunächst auf das bereits in der Vormittagssitzung erwähnte Gespräch zwischen de Gaulle und dem britischen Botschafter in Paris zurück und bat den Herrn Bundeskanzler um seine Meinung hierzu.<sup>2</sup> Er halte es für richtig, daß man sich über Themen dieser Art informiere und konsultiere, wie dies in der vergangenen Woche in Luxemburg beschlossen worden sei.<sup>3</sup> In dem Gespräch habe de Gaulle seine Ansichten über die weltpolitische Lage dargelegt, die aber nichts Neues enthielten. Was Europa angehe, so habe er die bekannte Auffassung vertreten, daß keiner der europäischen Staaten wirklich unabhängig sei, sondern unter dem Einfluß der Amerikaner stehe. Er habe daraus die Schlußfolgerung gezogen, daß, wenn Europa im Sinne einer nichtgebundenen dritten Kraft erst einmal unabhängig sei, keine Notwendigkeit für die NATO und damit eine amerikanische Dominierung bestehe. Was den Gemeinsamen Markt angehe, so habe er ihn nicht geschaffen, sondern nur vorgefunden, als er die Regierungsgeschäfte übernommen habe. Wenn Großbritannien und die übrigen Länder ihm beitreten, könne er nicht bleiben, was er jetzt sei, sondern werde sich unvermeidlicherweise ändern. Dies brauche an sich nichts Schlechtes zu sein. Darüber wolle er mit den Engländern sprechen. Der Hauptzweck des Gespräches, das übrigens in einer außerordentlich freundlichen Atmosphäre stattgefunden habe, sei der gewesen, bilaterale Gespräche mit Großbritannien über alle diese Fragen vorzuschlagen. Die englische Regierung müsse sich nun entscheiden, ob sie dem zustimmen wolle oder nicht. Neh-

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Weber am 13. Februar 1969 gefertigt.

Hat den Staatssekretären Duckwitz und Lahr am 22. bzw. am 23. Februar 1969 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zu den Diskussionen innerhalb der britischen Regierung, ob die Bundesregierung über das Gespräch des Staatspräsidenten de Gaulle mit dem britischen Botschafter in Paris, Soames, am 4. Februar 1969 informiert werden sollte, schrieb Harold Wilson im Rückblick: „It seemed to me that the Foreign Office were going beyond natural and justified caution. The way they wanted me to handle it in Bonn seemed designed to discredit the French with their EEC partners, and at the same time present ourselves as a rather priggish little Lord Fauntleroy who had resisted the General's anti-EEC blandishments. [...] But it was strongly pressed on me that if I went to Bonn and did not mention it General de Gaulle might make capital out of that, and succeed in convincing Dr. Kiesinger that we were flirting with anti-EEC moves in Paris while supporting EEC legitimacy in Bonn.“ Vgl. WILSON, The Labour Government, S. 610f.

Zum Gespräch zwischen de Gaulle und Soames vgl. auch Dok. 90.

<sup>3</sup> Zur WEU-Ministerratstagung am 6./7. Februar 1969 vgl. Dok. 50.

me sie den Vorschlag an, so könnten sich daraus Gefahren ergeben, das gleiche gelte aber auch für eine Ablehnung der Vorschläge. Erkläre man sich bereit, auf der von ihm vorgeschlagenen Grundlage zu verhandeln, so entstünde daraus sowohl für Großbritannien wie für seine Partner ein gewisses Risiko, sage man aber nein, so werde de Gaulle später sicher nicht verfehlten, darauf hinzuweisen, daß er Gespräche angeboten habe, worauf aber die britische Seite nicht eingegangen sei. Wie de Gaulle die Dinge sehe, sollten die Gespräche von zwei Annahmen ausgehen, daß sowohl die NATO wie auch die EWG allmählich auslaufen sollten. Diese beiden Überlegungen stünden den eigenen britischen Überlegungen diametral entgegen. Es sei der Wunsch der britischen Regierung, dem Gemeinsamen Markt beizutreten und ihn zu stärken und nicht zu begraben. Ebenso wolle man die NATO stärken und nicht begraben. Der Premierminister fragte, wie sich der Herr Bundeskanzler in einer solchen Situation verhalten würde. Da de Gaulle die NATO als ein Instrument der amerikanischen Beherrschung Europas betrachte, könnte es nur der Zweck solcher Verhandlungen sein, möglichst bald zu einer Auflösung der NATO zu gelangen. Dieser Vorschlag wird in einem Augenblick gemacht, in dem in Amerika eine neue Regierung die Geschäfte übernommen habe und Nixons Besuch in Europa<sup>4</sup> bevorstehe, bei dem es vor allem um die Frage gehe, was getan werden könne, um die NATO zu stärken. Gerade in diesem Augenblick wäre es falsch, wenn die Verbündeten Zweifel am Zusammenhalt und der Festigkeit des Bündnisses aufkommen ließen. Was das Auslaufen der EWG angehe, so schwebe de Gaulle eine lockere Organisation im Sinne einer Freihandelszone vor. Er selbst (Wilson) vermute hinter de Gaules Äußerungen die Absicht, daß in Zukunft die politischen und wirtschaftlichen Geschicke Europas von einer Führungsgruppe bestehend aus Frankreich, Deutschland, Italien und Großbritannien bestimmt werden sollten und sich die übrigen Länder ihnen zu fügen hätten. Dies sei mit den britischen Vorstellungen unvereinbar. Der britische Botschafter in Paris habe Weisung erhalten, noch am gleichen Tag (12.2.) die französische Regierung wissen zu lassen, daß man die Vorschläge für bedeutsam und weitreichend halte und die Partner davon informiert habe. Es wäre nicht aufrichtig, würde die britische Regierung ihre Partner über diese Gespräche nicht informieren, denn wenn etwas davon bekannt würde, könnte es in der Öffentlichkeit nur allzu leicht zu Mißverständnissen kommen. Weiter werde der französischen Regierung gesagt, daß man die französischen Vorstellungen über die Zukunft der NATO ablehne und daß es weiterhin der britische Wunsch sei, dem Gemeinsamen Markt beizutreten. Wenn de Gaulle dies verstehe und ihm klar sei, daß man britischerseits von diesen Voraussetzungen ausgehe und gleichzeitig in Kontakt mit den Partnern bleibe, sei man zu Gesprächen bereit.

Der Herr Bundeskanzler sagte, er würde nie von Gesprächen mit den Franzosen abraten, da Gespräche immer nützlich seien, nicht nur bilateral, sondern auch multilateral wie beispielsweise in der WEU. Was die britische Haltung zu den beiden Fragen angehe, so bestehe hier volle Übereinstimmung. Man habe mit de Gaulle seit mehreren Jahren über diese Dinge gesprochen, und die Gespräche

<sup>4</sup> Präsident Nixon besuchte vom 23. Februar bis 2. März 1969 Belgien, Großbritannien, die Bundesrepublik, Italien, Frankreich und den Vatikan. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Kiesinger am 26. Februar 1968 vgl. Dok. 79–81.

hätten sich stets im selben Kreis bewegt. Er habe immer wieder erklärt, die Amerikaner seien die Vormacht und die Europäer seien nur Satelliten. Die eigentliche Gefahr komme nicht von Moskau, sondern von Washington. Er (Bundeskanzler) habe daraufhin gesagt, dies sei ein starkes Wort, und ihn gefragt, ob er denn nicht die gewaltige militärische Macht im Osten sehe. Daraufhin habe de Gaulle ihn unterbrochen und gesagt, man sei nicht so infantil und sehe dies gewiß auch, und deshalb müsse auch eine starke militärische Gegenmacht da sein, deshalb verstehe er auch den deutschen Wunsch, weiterhin im integrierten System der NATO zu bleiben und amerikanische und britische Streitkräfte auf deutschem Gebiet zu belassen. Nach de Gaulles Auffassung bestehe aber, von dieser militärischen Gefahr abgesehen, keinerlei Bedrohung aus dem Osten, auch nicht auf ideologischem Gebiet. Auf seinen (Bundeskanzler) schüchternen Hinweis auf die starke kommunistische Partei in Frankreich sei er nicht eingegangen. Vielmehr habe er auf den Einfluß dieses ungeheuren Phänomens Amerika hingewiesen, der auf allen Gebieten, politisch, wirtschaftlich und kulturell, erschreckend sei. Ihn zurückzudämmen sei nötig. Dies habe sich bei jedem Gespräch wiederholt. Die Bundesregierung habe an ihrem Standpunkt festgehalten. Daß auch sie die Möglichkeit eines dominierenden Einflusses sehe, sei nicht zu leugnen, doch könne man die eigene Sicherheit und Freiheit ohne ein enges Bündnis mit den Amerikanern nicht verteidigen und nicht gewährleisten. Er habe de Gaulle gesagt, daß die Bundesrepublik weiter im integrierten System bleiben werde und es für wichtig halte, daß Frankreich zumindest in der Allianz bleibe. Bei verschiedenen Gelegenheiten habe er gesagt, wenn nicht etwas ganz Unvorhergesehenes geschehe, werde Frankreich das Bündnis nicht verlassen. Er habe de Gaulle ferner darauf hingewiesen, daß seine antiamerikanischen Äußerungen seinem Ansehen in der Bundesrepublik sehr abträglich gewesen seien, wie sich aus Meinungsumfragen ergeben habe. Darauf habe de Gaulle erwidert, es handle sich nicht um ein antiamerikanisches Resentiment, das ihn zu dieser kategorischen Sprache veran lasse, vielmehr sei sie an die Adresse einer Gruppe Franzosen gerichtet, die bereit wären, die französische Identität aufzugeben, um in einer atlantischen Gemeinschaft ein bequemes Leben zu leben.

Bezüglich des Gemeinsamen Marktes habe de Gaulle immer dieselbe Formel benutzt, wonach Großbritannien noch nicht fähig sei, Mitglied zu werden, und habe dabei auf die Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten hingewiesen. Man müsse unabhängig von Amerika werden, und da Großbritannien das nicht könne oder wolle, könne es auch nicht Mitglied werden. Er selbst habe dies immer bestritten und de Gaulle gebeten, seine Auffassung zu belegen. Gelegentlich habe de Gaulle auf Nassau verwiesen.<sup>5</sup> Wenn Großbritannien beitrete, werde sich der Gemeinsame Markt ändern, doch könne man, wie de Gaulle aus-

<sup>5</sup> Vom 18. bis 21. Dezember 1962 trafen in Nassau (Bahamas) der amerikanische Präsident und der britische Premierminister zusammen und vereinbarten, daß Großbritannien amerikanische Polaris-Raketen zur Ausrüstung von U-Booten erhalten sollte. Kennedy und Macmillan stellten in Aussicht, diese britischen Einheiten zusammen mit gleichwertigen amerikanischen Verbänden in eine multilaterale NATO-Atomstreitmacht (MLF) einzubringen. Für den Wortlaut des Communiqués und der Gemeinsamen Erklärung von Kennedy und Macmillan („Nassau-Abkommen“) vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 48, 1963, S. 43–45. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 30–32.

drücklich gesagt habe, darüber reden. Dies seien die Formeln gewesen, die er seit Jahren immer wieder gebraucht habe. Was dann aus dem Gemeinsamen Markt würde, entspräche nicht mehr der deutschen und französischen Vorstellung einer Gemeinschaft und würde die beiden Länder voneinander trennen und entfernen.

Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, daß ihm neu sei, wie stark de Gaulle dem britischen Botschafter gegenüber betont habe, daß die NATO überflüssig werde. Deutscherseits habe man immer auf die Notwendigkeit der NATO hingewiesen, selbst wenn die Franzosen diese Auffassung nicht geteilt hätten. Ebenso neu sei, wie nachdrücklich er sich für die Auflösung des Gemeinsamen Marktes eingesetzt habe. Damit müsse er erheblich weiter gegangen sein, als in einem Gespräch mit dem deutschen Botschafter am 14. Januar<sup>6</sup>, das ebenfalls in einer sehr herzlichen Atmosphäre stattgefunden habe und in dem die alten Argumente bezüglich Großbritanniens vorgekommen seien. Der deutsche Botschafter habe darauf hingewiesen, daß man deutscherseits den britischen Beitritt wünsche, doch habe de Gaulle erwideret, Frankreich glaube immer noch, daß das England von heute nicht in der Lage sei, die Mitgliedschaft zu erwerben. Vielleicht könne sich dies später ändern. Dies sei zu hoffen, doch sei im Augenblick kein Anzeichen dafür zu erkennen. Dies nun sei das frustrierende Ergebnis unserer Gespräche, seit diese Themen überhaupt behandelt würden. Jedes Gespräch habe man klar, fast pedantisch festgehalten, um zu wissen, wo man stehe.

Es sei sicher begrüßenswert, wenn Gespräche zwischen der britischen und französischen Regierung stattfänden und wenn Übereinstimmung darüber bestehe, daß man an der NATO, am Gemeinsamen Markt und am britischen Beitritt festhalte. Darin sei man deutscherseits mit der britischen Regierung einig. Was die gegenseitige Unterrichtung betreffe, so gelte sie auch für die deutsche Seite hinsichtlich der eigenen Gespräche mit de Gaulle.

Der Premierminister dankte für die Darlegungen und betonte die Unerlässlichkeit, die Mitteilung über das Gespräch mit der Gaulle als absolut geheim zu behandeln, denn wenn davon etwas in die Presse gelange, habe de Gaulle wirklich Anlaß zur Verstimmung. Der Premierminister stellte dann klar, daß die Formulierung vom „Auslaufen“ der NATO und der EWG seine eigene Beschreibung dessen gewesen sei, was de Gaulle dem Botschafter gesagt habe. De Gaulles Worte seien gewesen, daß, wenn es einmal ein wirklich unabhängiges Europa gebe, keine Notwendigkeit mehr für die NATO als solche bestehe, die ein Instrument amerikanischer Beherrschung sei. Hinsichtlich des Gemeinsamen Marktes habe de Gaulle von einer veränderten EWG gesprochen. Ihm schwebe eine Änderung der Art vor, daß die Struktur aufgelockert würde und eher einer Freihandelszone entspräche mit Vorkehrungen für den freien Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Dies sei für die britische Regierung neu gewesen, denn sie sei davon ausgegangen, daß nach der bisherigen Haltung die EWG ihren Zusammenhalt und integrierten Charakter beibehalten müsse und in dieser Eigenschaft dann mit Großbritannien und anderen beitrittswilligen Ländern Abmachungen in weniger fester Form treffen würde. De Gaulle

<sup>6</sup> Für das Gespräch des Staatspräsidenten de Gaulle mit Botschafter Freiherr von Braun, Paris, vgl. Dok. 13.

habe ausdrücklich gesagt, daß der Beitritt den Charakter der bisherigen EWG verändern würde, doch habe er die Möglichkeit einer solchen Änderung nicht ausgeschlossen. Damit werde eine neue Lage geschaffen, die man britischerseits nicht akzeptieren könne. Sollte es zu Gesprächen kommen, so müsse klar gestellt sein, daß de Gaulle den britischen Standpunkt richtig verstehe.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, was die NATO angehe, so bestehe kein Unterschied zwischen dem, was de Gaulle dem britischen und dem deutschen Botschafter gesagt habe. Hinsichtlich des Gemeinsamen Marktes sei de Gaulle dieses Mal aber einen Schritt über seine letzten Äußerungen hinausgegangen. Er habe dem deutschen Botschafter gesagt, wenn England beitreten sollte, könne es nur geschehen, wenn eine Freihandelszone gebildet werde. Immer wieder habe er betont, daß er und wir niemals eine Freihandelszone, sondern eine Gemeinschaft gewünscht hätten. Wenn Großbritannien beitrete, sei es mit dem aus, was Deutschland und Frankreich gewollt hätten. Der Herr Bundeskanzler sagte, er wisse nicht, ob de Gaulle auf dem Wege sei, eine neue europäische Konzeption zu entwickeln, die zu einer Art Zusammenarbeit oder Hegemonie der vier größeren europäischen Länder führen würde. Vielleicht tue er es, weil er mit seiner Vorstellung einer europäischen Politik in eine Sackgasse geraten sei und niemand seinen Ideen zustimme. Niemand habe ihm dies klarer gesagt als er. Der Herr Bundeskanzler unterstrich, daß er es für eine schreckliche Gefahr halten würde, wenn die Gemeinschaft aufgelockert würde. Wenn wir die Geduld aufbrächten, die vor uns liegende Durststrecke zu durchstehen, bis Großbritannien Mitglied der Gemeinschaft werde, dann sei mehr für Europa gewonnen, als wenn wir jetzt aufgaben, nur um in den Vorteil engerer Beziehungen zwischen Großbritannien und den europäischen Ländern zu gelangen. Hiervor müsse er sehr nachdrücklich warnen.

Der *Premierminister* sagte ergänzend, wenn er vorher bemerkt habe, die Äußerung de Gaulles sei für die britische Regierung neu gewesen, so in dem Sinne, daß man etwas Ähnliches von ihm nicht gehört habe, seit der britische Antrag gestellt worden sei.<sup>7</sup> Er erinnere sich aber andererseits, daß Ende Januar 1967 anlässlich seines Besuchs in den sechs Hauptstädten de Gaulle ihm in einem Gespräch, das sehr freundschaftlich verlaufen sei, gesagt habe, was man in Europa brauche, sei etwas Neues und etwas anderes.<sup>8</sup> In der Zwischenzeit sei der Vorschlag des Handelsarrangements<sup>9</sup> gemacht worden, in dem der Gemeinsame Markt ein integraler Bestandteil sei. Vielleicht knüpften de Gaulles Äußerungen an jene Bemerkung vom Januar 1967 an, denn in seiner Gedankenwelt sei eine gewisse historische Kontinuität festzustellen.

Der Premierminister fuhr fort, daß er es nicht für nötig halte noch einmal darzulegen, wie die britische Haltung in der Beitrittsfrage sei. Man halte den Antrag in vollem Maße aufrecht. Dies habe er auch im Unterhaus erklärt, das heute in dieser Angelegenheit genauso entschlossen sei wie im Mai 1967, als die

<sup>7</sup> Großbritannien stellte zuletzt am 11. Mai 1967 einen Antrag auf Aufnahme in die EWG, die EURATOM und die EGKS.

<sup>8</sup> Premierminister Wilson hielt sich am 24./25. Januar 1967 zu Gesprächen mit Staatspräsident de Gaulle in Paris auf.

<sup>9</sup> Zum Vorschlag der Bundesregierung für ein Handelsarrangement zwischen den EG-Mitgliedstaaten und Großbritannien vgl. Dok. 24, Anm. 6.

Entscheidung gefallen sei.<sup>10</sup> Der Antrag liege nach wie vor auf dem Tisch, und man werde sich weiterhin bemühen, ihn zu aktivieren. Auf beiden Seiten des Unterhauses gebe es eine Minderheit, die für eine Zurücknahme des Antrages eintrete, weil man sich durch de Gaulle vor den Kopf gestoßen fühle. Ein Argument, das von diesen Kritikern häufig vorgebracht werde, sei, daß es seitens der übrigen Partner an Unterstützung für Großbritannien fehle. Bei der entscheidenden Frage, ob das Handelsarrangement als Selbstzweck oder nur als ein Schritt zur Mitgliedschaft angesehen werden solle, habe Deutschland mit Frankreich und nicht mit den übrigen Vier gestimmt. Dieses Argument werde von den Kritikern ebenso benutzt wie der Hinweis auf die deutsche Haltung zu Vorschlägen der britischen Regierung sowie der Benelux-Staaten über eine Zusammenarbeit auf Gebieten, die nicht unter den Römischen Vertrag fielen, wobei er vor allem an den technologischen Sektor sowie an den politischen Bereich denke. Auch hier habe Deutschland mit Frankreich gegen die Vorschläge gestimmt.

Die in der vergangenen Woche in Luxemburg<sup>11</sup> getroffene Vereinbarung über politische Konsultationen bezeichnete der Premierminister als einen außerordentlich nützlichen Schritt in der richtigen Richtung. Das gleiche gelte für die vorgesehene Konsultation über den Nahen Osten. Die Franzosen machten Großbritannien und den anderen Ländern den Vorwurf, sie hätten keine europäische Politik, doch müsse er sagen, daß die Franzosen selbst zu den bisherigen Bemühungen wenig beigetragen hätten. Auf die Lage in Großbritannien zurückkommend bemerkte der Premierminister, daß die Kritiker zwar noch eine Minderheit darstellten, die jedoch zunehme. Die Kritiker befürworteten die Zurücknahme des Antrages und die Schaffung einer nordatlantischen Freihandelszone, doch sehe er darin keinen Ersatz für die Mitgliedschaft in der Gemeinschaft. Eine quantitativ und qualitativ verstärkte Gemeinschaft wäre am ehesten geeignet, bessere Bedingungen für den freien Handel in einem größeren Bereich zu schaffen.

Der Herr *Bundeskanzler* stimmte zu, daß weite Gebiete nicht unter die Bestimmungen des Römischen Vertrags fielen und deshalb die Möglichkeit einer Zusammenarbeit außerhalb des Vertrags von Rom bestehe. Im Dezember sei man auch zu einer entsprechenden Einigung gekommen.<sup>12</sup>

Was das Handelsarrangement angehe, so habe sich die Bundesregierung nicht an die Seite Frankreichs gestellt, vielmehr sei ihr Bemühen gewesen, das Handelsarrangement überhaupt durchzusetzen. Hätte sich die Bundesregierung mit den vier übrigen Ländern solidarisch erklärt, wäre dies nicht möglich gewesen. Es habe sich um den taktischen Versuch gehandelt durchzusetzen, was sonst nicht durchsetzbar gewesen wäre. Uns wäre es lieber gewesen, wenn das Handelsarrangement als ein Schritt in Richtung auf die Mitgliedschaft hätte durchgesetzt werden können, doch habe man nur zu gut gewußt, daß dann die

<sup>10</sup> Das britische Unterhaus stimmte am 10. Mai 1967 dem Beschuß der Regierung zu, einen Antrag auf Aufnahme in die EWG, die EURATOM und die EGKS zu stellen.

<sup>11</sup> Zur Tagung des WEU-Ministerrats am 6./7. Februar 1969 vgl. Dok. 50.

<sup>12</sup> Am 10. Dezember 1968 beschloß der EG-Ministerrat eine verbesserte Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen und technischen Forschung. Für den Wortlaut der Entschließung vgl. BULLETIN DER EG 2/1969, S. 81.

Franzosen nicht mitgemacht hätten. Um ein Zusammengehen mit Frankreich gegen Großbritannien habe es sich aber keinesfalls gehandelt.

Hinsichtlich der Organisation der Zusammenarbeit auf Gebieten außerhalb des Vertrags von Rom gebe es gewisse Differenzen, da man deutscherseits die Sorge habe, daß feste neue Institutionen neben der Gemeinschaft dieser Schaden zufügen könnten. Man wolle, was bisher geschaffen worden sei, möglichst bewahren, bis Großbritannien daran teilnehmen könne.

Der *Premierminister* erklärte, wenn er von den beiden Fällen sprach, so um die Kritik zu erläutern, der er sich ausgesetzt sehe seitens der Gegner eines Beitrags zum Gemeinsamen Markt. Diese beiden Fälle würden als Argument benutzt, um Unterstützung für den Gedanken einer Zurücknahme des Antrags – sei es endgültig, sei es vorübergehend – zu gewinnen. Es sei wichtig, eine Antwort auf diese Argumente geben zu können. Er wolle nicht verheimlichen, daß von gewissen Kreisen in Großbritannien Argumente dieser Art nicht nur gegen den Gemeinsamen Markt, sondern auch gegen Deutschland vorgebracht würden. Es handle sich um eine relativ geringe Minderheit, die antideutsch sei. Er sei sicher, daß Botschafter Blankenhorn über diese Dinge ausführlich berichtet habe.

Was nun die Frage der Taktik angehe, so wolle Großbritannien auf einen Weg kommen, dessen Wegweiser auf den Gemeinsamen Markt wiesen. Dies sei Großbritannien bisher verweigert worden. Statt nun überhaupt keinen Fortschritt zu erzielen, wäre er auch bereit, einen Umweg und eine weniger schnelle Strecke zu wählen, wenn er zu der Auffassung gelange, daß zum Ende des Tages das Ziel ebenfalls erreicht werden könnte. Er wolle aber nicht auf einen Feldweg geraten, der nicht zum Ziele führe und auf dem er steckenbleibe.

Man sei bereit, auch über das Handelsarrangement zu sprechen, sobald unter den Sechs Einigung darüber bestehe, wenngleich keine allzu große Begeisterung dafür bestehe. Wenn man aber aufgefordert werde, den ganzen Eintrittspreis zu zahlen, ohne eine Gegenleistung zu erhalten, fehle es ganz gewiß an Bereitschaft hierzu. Was die Landwirtschaft angehe, so sei man bereit, die gemeinsame Landwirtschaftspolitik anzunehmen und sich in vollem Umfang an ihrer Verwirklichung zu beteiligen und das eigene System darauf abzustimmen, doch nicht ohne Gegenleistung, was die Beitrittsfrage angehe. Der Beitritt sei nicht nur finanziell für Großbritannien eine teure Angelegenheit; wie er aber anlässlich seines Besuchs zur Beisetzung Dr. Adenauers dargelegt habe<sup>13</sup>, sei man bereit, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Kauf zu nehmen, da man die politischen Gesichtspunkte für ausschlaggebend halte. Ein Vorschlag, den halben wirtschaftlichen Preis zu zahlen und die halben wirtschaftlichen Vorteile oder sogar weniger dafür zu erlangen, ohne daß damit auch Gegenleistungen auf politischem oder technologischem Gebiet verknüpft wären, sei nicht attraktiv.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte abschließend, er verstehe die Haltung des Premierministers. Man sei etwas schockiert gewesen, daß der Eindruck entstanden sei, die Bundesregierung nehme eine solche Haltung ein, wo sie doch

<sup>13</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Premierminister Wilson am 25. April 1967 vgl. AAPD 1967, II, Dok. 143.

ausdrücklich erklärt habe, sie wolle durch die Einbeziehung weiterer Länder die Gemeinschaft ausweiten.

Das Gespräch endete gegen 17.15 Uhr.

**VS-Bd. 10090 (Ministerbüro)**

**57**

### **Bundesminister Brandt an Bundeskanzler Kiesinger**

**12. Februar 1969**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Der jugoslawische Minister Granfil hat das Wiedergutmachungsproblem, wie angekündigt, in seinem Gespräch mit mir am 11. Februar 1969<sup>1</sup> ausführlich behandelt. Ich nehme an, daß er sich derselben Argumente bedient hat wie in seinem Gespräch mit Ihnen am 10. Februar 1969.<sup>2</sup>

Ich habe das Gespräch im Sinne der Gedankengänge geführt, die ich Ihnen in meinem Schreiben vom 6. Februar 1969<sup>3</sup> entwickelt hatte. Ich machte deutlich, daß für uns eine Lösung des Problems unter dem Rubrum Wiedergutmachung aus politischen und rechtlichen Gründen sehr schwer sein würde, dagegen eine pragmatische Lösung etwa auf wirtschaftlich-technologischer Grundlage eher denkbar sei.

Minister Granfil hat diese Gedanken als diskutabel bezeichnet. Er hat vorschlagen, zur Erörterung des weiteren Verfahrens alsbald hochrangige Experten zusammengetreten zu lassen. Er bat, ihm auf diesen Vorschlag bis zu seiner Abreise die Stellungnahme der Bundesregierung zukommen zu lassen.

Herr Granfil erklärte mit großem Nachdruck, daß es sich auf die deutsch-jugoslawischen Beziehungen außerordentlich nachteilig auswirken würde, wenn er von seiner Reise in die Bundesrepublik Deutschland ohne Ansatzmöglichkeiten zur Weiterbehandlung des Wiedergutmachungsproblems zurückkehren müsse. Ich fürchte, daß seine Zusicherung, Jugoslawien werde die Wiedergutmachungsfrage ohne öffentliche Polemik weiter behandeln, nur dann eingehalten werden wird, wenn wir die Erwartung der jugoslawischen Regierung aufrecht erhalten, daß wir überhaupt bereit sind, den Dialog fortzusetzen.

Ich habe deshalb vor, Herrn Granfil folgendes mitteilen zu lassen:

Die Bundesregierung habe mit Genugtuung davon Kenntnis genommen, daß die jugoslawische Regierung eine pragmatische Lösung der mit ihren Entschädigungsfordernungen zusammenhängenden Fragen nicht ausschließt. Der Vor-

<sup>1</sup> Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kastl vom 12. Februar 1969; Ministerbüro, Bd. 353.

<sup>2</sup> Vgl. Dok. 52.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok 52, Anm. 9.

schlag, über diesen Komplex Expertengespräche einzuleiten, verdiene verständnisvolle, aber auch gründliche Prüfung durch die Bundesregierung. Die Bundesregierung behalte sich vor, der jugoslawischen Regierung zu gegebener Zeit Anregungen zu übermitteln, die eine vertiefende Erörterung der jugoslawischen Vorstellungen bei dem Besuch des künftigen jugoslawischen Außenministers im Frühsommer des Jahres<sup>4</sup> ermöglichen könnten.

Minister Granfil tritt am 14. Februar 1969 seinen Rückflug an. Wenn ich bis dahin von Ihnen eine entgegenstehende Antwort nicht erhalten habe, möchte ich davon ausgehen, daß Sie mit diesen Überlegungen zur weiteren Behandlung der Angelegenheit übereinstimmen.<sup>5</sup>

Durchdruck dieses Schreibens habe ich an die Herren Bundesminister der Finanzen<sup>6</sup> und der Wirtschaft<sup>7</sup> übersandt.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Willy Brandt

Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Nachlaß Kiesinger, I-226-A001

<sup>4</sup> Der jugoslawische Außenminister besuchte vom 27. bis 29. Juli 1969 die Bundesrepublik. In einem Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Tepavac am 29. Juli 1969 wurde die Situation der jugoslawischen Gastarbeiter, die jugoslawischen Emigranten in der Bundesrepublik sowie allgemeine außenpolitische Themen behandelt. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 32; B 150, Aktenkopien 1969.

<sup>5</sup> Am 14. Februar wurde dem jugoslawischen Außenhandelsminister Granfil die Antwort der Bundesregierung übergeben. Darin wurden Expertengespräche „ohne Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit“ vorgeschlagen. Botschafter Čačinović solle sich mit Ministerialdirektor Ruete in dieser Angelegenheit in Verbindung setzen. Vgl. den Drahterlaß des Ministerialdirigenten Sahm an die Botschaft in Belgrad vom 14. Februar 1969; Referat II A 5, Bd. 1346.

Am 3. Juli 1969 führte Ministerialdirektor Ruete aus, daß es nicht möglich sei, vor Bildung einer neuen Bundesregierung sinnvolle Gespräche über jugoslawische Wiedergutmachungsforderungen zu führen. Dies gelte auch für die ursprünglich in Aussicht genommenen Sachverständigengespräche, durch die der Standpunkt der Bundesrepublik präjudiziert würde. Vgl. VS-Bd. 4456 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1969.

<sup>6</sup> Franz Josef Strauß.

<sup>7</sup> Karl Schiller.

**Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger  
mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin**

**Z A 5-12.A/69 VS-vertraulich**

**13. Februar 1969<sup>1</sup>**

Der Herr Bundeskanzler empfing am 13. Februar 1969 den sowjetischen Botschafter Zarapkin zu einer Unterredung, um die der Botschafter nachgesucht hatte. Deutscherseits nahmen an der Unterredung Herr Staatssekretär Prof. Dr. Carstens und Ministerialdirigent Dr. Boss, sowjetischerseits der Presseattaché der Botschaft, Bogomolow, teil.

Botschafter *Zarapkin* sagte, er sei von seiner Regierung beauftragt worden, möglichst umgehend der Bundesregierung eine Erklärung der sowjetischen Regierung zu übergeben. Die Erklärung betreffe die in Westberlin geplante Wahl des Bundespräsidenten.<sup>2</sup>

Anmerkung des Dolmetschers: Es folgte die Verlesung der Erklärung in russischer Sprache und anschließend die Übersetzung derselben. Die schriftliche Übersetzung wurde dem Bundeskanzleramt bereits zugeleitet.<sup>3</sup>

Nach der Verlesung sagte Botschafter Zarapkin, der sowjetischen Seite gehe es bei dieser Erklärung um den Frieden in Europa und um die Verhinderung verstärkter Spannungen in diesem Raum. Sie hoffe, diese Erklärung werde die Bundesregierung veranlassen, ihre Entscheidung über den Ort der Wahl noch einmal zu überprüfen, um unerwünschte Komplikationen zu vermeiden.

Die sowjetische Seite beabsichtigte vorerst nicht, den Wortlaut der Erklärung zu veröffentlichen, damit durch eine Polemik in der Öffentlichkeit eine konstruktive Entscheidung der Bundesregierung nicht erschwert werde. Sollte jedoch die Bundesregierung bei ihrer Entscheidung in bezug auf Westberlin als Ort der Wahl bleiben, so werde man sowjetischerseits den Wortlaut dieser Erklärung veröffentlichen. Ein Verzicht der Bundesrepublik auf Westberlin als Ort der Präsidentenwahl könnte sich günstig auf die Gestaltung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der BRD auswirken, falls der Bundesregierung an einer Verbesserung des Verhältnisses gelegen sei.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, er nehme diese Erklärung zu Kenntnis. Sie enthalte eine Fülle von gegen die BRD gerichteten Anschuldigungen, die er mit Entschiedenheit zurückweisen müsse. Dies gelte insbesondere für die Anschuldigung des Revanchismus und der Aggressivität sowie für die der Bundesregierung unterstellten Absicht, den Status Westberlins ändern zu wollen. Im übrigen wolle er darauf hinweisen, daß der Standpunkt der Bundesregierung in

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Buring gefertigt.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Dok. 54, Anm. 14.

<sup>3</sup> In der Erklärung drohte die sowjetische Regierung für den Fall der Einberufung der Bundesversammlung in Berlin (West) „äußerst unerwünschte Folgen für die Situation in diesem Gebiet und dementsprechend für die Interessen der Westberliner Bevölkerung“ an. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 192.

Vgl. dazu ferner Dok. 62 und Dok. 86.

der umstrittenen Frage von den drei westlichen Schutzmächten geteilt werde, die eine entsprechende Erklärung dazu abgegeben hätten.<sup>4</sup>

Der Botschafter werde gewiß nicht erwarten, daß er, der Bundeskanzler, jetzt im einzelnen zu diesem Dokument Stellung nehmen werde.

Botschafter Zarapkin antwortete, es handele sich hierbei um eine Erklärung von sehr ernstem Charakter und tiefgreifendem Inhalt. Dieses Dokument verdiene eine sehr genaue Prüfung – Zeile für Zeile. Er hoffe, daß ein genaues Studium der Erklärung es den verantwortlichen Stellen in der Bundesrepublik erlauben werde, ihren Beschuß bezüglich des Orts der Präsidentenwahl zu revidieren, um die in der Erklärung erwähnten unerwünschten Folgen zu vermeiden.

Das Gespräch dauerte von 18.30 bis 19.00 Uhr.

**VS-Bd. 10062 (Ministerbüro)**

## 59

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bahr

**Pl 82.43-11/69 Streng geheim**

**13. Februar 1969**

Betr.: Erstes Konsultationsgespräch mit dem Planungsstab des japanischen Außenministeriums<sup>1</sup>

Nachstehend werden einige Informationen und Erkenntnisse zusammengefaßt, die sich aus dem ersten Konsultationsgespräch mit dem Planungsstab des japanischen Außenministeriums und aus persönlichen Unterhaltungen bei diesem Anlaß ergeben. Sie sind in ihrer Bedeutung so weitreichend, daß sie einen besonderen Vertraulichkeitsschutz rechtfertigen; sie werden deshalb nicht in den allgemeinen Bericht<sup>2</sup> aufgenommen.

Bei der Vorbereitung der Konsultationsgespräche hatte der japanische Planungsstab die Behandlung des Verhältnisses der Mittelmächte, wie Japan und die Bundesrepublik Deutschland, zu den Supermächten als wichtigstes Thema herausgestellt und zugleich eine besondere Vertraulichkeit für die Aussprache darüber gefordert.

Nachdem die bei uns bestehenden Überlegungen zu diesem Verhältnis zum Vortrag gekommen waren, fühlten sich die japanischen Gesprächspartner herausgefordert, ihre Gedanken in einer Deutlichkeit<sup>3</sup> darzulegen, die einen grundsätzlichen Unterschied in der Betrachtungsweise offenbarte. In japani-

<sup>4</sup> Zur Gemeinsamen Erklärung der Drei Mächte vom 10. Februar 1969 vgl. Dok. 54, Anm. 15.

<sup>1</sup> Die Gespräche fanden vom 3. bis 6. Februar 1969 in Tokio statt.

<sup>2</sup> Vgl. Dok. 68.

<sup>3</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Duckwitz hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Erstaunlicher Gegensatz zu japanischen Gebräuchen“.

schen Augen stellte dieser Meinungsaustausch offensichtlich den Versuch dar zu erkunden, wie weit die Bundesrepublik Deutschland Vorstellungen unterstützen könnte, die, jedenfalls soweit sie Japan betreffen, auf Ebenbürtigkeit als Supermacht hinauslaufen.

Trotz anderer Begründung wird es ein Ausdruck dieses Strebens sein, wenn Japan demnächst die Forderung nach Einräumung eines Ständigen Sitzes im VN-Sicherheitsrat erheben wird.<sup>4</sup>

Nach Unterzeichnung des NV-Vertrages rechnet der japanische Planungsstab damit, daß sich innerhalb der kommenden 10–15 Jahre „außergewöhnliche Ereignisse“ ergeben würden, die es Japan ermöglichen, sich den Verpflichtungen des Vertrages wieder zu entziehen: entweder durch einen Beschuß zur nuklearen Aufrüstung seitens anderer Schwellenmächte, insbesondere Indiens, oder – als wahrscheinlichere Möglichkeit – durch den amerikanischen Versuch, eine nukleare Absprache mit der VR China zu treffen, was in japanischer Sicht einer „Bedrohung der lebenswichtigen Interessen des Landes“ im Sinne des Artikels 10 des NV-Vertrages<sup>5</sup> gleichkommen könnte. Die jüngeren Mitarbeiter des Planungsstabes deuteten an, daß auch die sorgfältigste internationale Kontrolle nicht verhindern könne, daß etwa 5% des spaltbaren Materials entzogen würden, womit ein Grundstock für die Herstellung nuklearer Sprengköpfe gelegt sei. (Aus seinem Raumprogramm besitzt Japan Raketen, die zweifellos zu Trägerwaffen umgebaut werden könnten.)

Gegenüber der VR China geht der Planungsstab davon aus, daß der etwa fünfzehn- bis zwanzigjährige Zeitraum, den China zur Transformation seines Potentials in weltpolitisch verwendbare Machtfaktoren benötigt, ausreichend sein wird, um Japan einen entscheidenden Vorsprung und damit das Übergewicht in Asien zu sichern. Eine Koexistenz auf gleichberechtigter Grundlage mit China wird auf lange Sicht ausgeschlossen, selbst wenn die amtliche japanische Politik heute diese Ansicht vertritt. Die Ablehnung jeder Verbindungsaufnahme mit Peking bis zum Tode General Tschiang Kai-scheks<sup>6</sup> wurde in den Gesprächen mit dem Schutzbedürfnis der erheblichen japanischen Kapitalinvestitionen in Taiwan begründet; darüber hinaus dürfte diese Haltung auch auf eine bewußte „Pflege“ der für später erkannten Gegnerschaft zu China hindeuten.

Zum Aufbau der Position Japans als erster Ordnungsmacht in Asien könnte auch die Tatsache gehören, daß der Leiter des Planungsstabs<sup>7</sup> für eine nicht allzu entfernte Zukunft japanische Waffenlieferungen in Länder Südostasiens ankündigte.

<sup>4</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Duckwitz hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Der Sitz Chinas?“

<sup>5</sup> Artikel X des Nichtverbreitungsabkommens vom 1. Juli 1968: „1) Each Party shall in exercising its national sovereignty have the right to withdraw from the Treaty if it decides that extraordinary events, related to the subject matter of this Treaty, have jeopardized the supreme interests of its country. [...] 2) Twenty-five years after the entry into force of the Treaty, a Conference shall be convened to decide whether the Treaty shall continue in force indefinitely, or shall be extended for an additional fixed period or periods. This decision shall be taken by the majority of the Parties to the Treaty.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 328.

<sup>6</sup> Der Präsident der Republik China (Taiwan) starb am 5. April 1975.

<sup>7</sup> Takashi Suzuki.

In den Beziehungen zu Amerika wollen die Japaner weiterhin den nach Kriegsende auf amerikanischen Druck in der Verfassung niedergelegten Artikel 9 mit dem Verbot des Aufbaus von Land-, See- oder Luftstreitkräften voll ausspielen, womit der Preis für allfällige amerikanische Wünsche auf militärische Beiträge zur eigenen Sicherheit sowie zur Auffüllung eines kommenden Machtvakums in Südostasien hochgetrieben werden kann. Der Leiter des Planungsstabes ließ jedoch keinen Zweifel daran, daß dieser Artikel zur gegebenen Zeit fallen müsse.

In der Bewertung dieser Angaben gehe ich davon aus, daß die zum Teil schockierende Offenheit der japanischen Gesprächspartner mit Wissen der Leitung des Außenministeriums gewählt worden war. Offensichtlich handelt es sich um Tendenzen, die heute im Stillen wirksam sind und deren Stärkung im Laufe der kommenden Jahre auf Grund der in der japanischen Öffentlichkeit sich abzeichnenden Strömungen erwartet wird. (Ziffern über das Anwachsen national-konservativer Anschauungen aus unveröffentlichten Meinungsumfragen stützen diese Hypothese.) Diesem Kalkül kommt um so größere Bedeutung zu, als die japanischen Oppositionsbewegungen ebenfalls eine selbständige, also unbundene, Position für das Land fordern.

Wenn der japanische Planungsstab davon ausgeht, Japan und die Bundesrepublik Deutschland sollten zunehmend eine selbständige Rolle spielen, und zwar in einer abgestimmten, fast „konspirativen“ Art, so verkennt er offensichtlich die objektiven Gegebenheiten. Ich habe mich zu diesen Eröffnungen zunächst rezeptiv verhalten. Unsere zukünftige Verhaltenslinie sollte wie folgt sein:

- es entspricht nicht nur deutschem, sondern auch allgemeinem Interesse, den Kontakt mit den Japanern zu halten und die weitere Entwicklung ihrer Überlegungen zu verfolgen;
- das Drängen des Leiters des Planungsstabes auf ein neues Konsultationsgespräch bereits für den Herbst dieses Jahres habe ich mit Hinweis auf die Wahlen abgewiesen, aber März 1970 als neuen Termin akzeptiert;
- die von den Japanern in uns gesetzten Erwartungen können selbstverständlich nicht erfüllt werden; ohne die Japaner zu enttäuschen, sollten die Gespräche mit ihnen jedoch fortgesetzt werden in der Erwartung, daß gewisse japanische Hoffnungen unter dem Druck der Gegebenheiten sich den Realitäten anpassen.

Botschafter Krapf ist unterrichtet, ich habe mit ihm verabredet, daß er zum Schutz der Vertraulichkeit keinen Durchdruck dieser Aufzeichnung erhält.

Hiermit in einem Exemplar über den Herrn Staatssekretär<sup>8</sup> dem Herrn Minister<sup>9</sup> vorgelegt. Es ist vorgesehen, den Herrn Bundeskanzler mündlich vor Amtseintritt seiner Japanreise<sup>10</sup> über den Inhalt zu unterrichten.

Bahr

**Friedrich-Ebert-Stiftung, Depositum Bahr, Box 399**

<sup>8</sup> Hat Staatssekretär Duckwitz am 13. Februar 1969 vorgelegen.

<sup>9</sup> Hat Bundesminister Brandt am 14. Februar 1969 vorgelegen.

<sup>10</sup> Bundeskanzler Kiesinger hielt sich vom 17. bis 21. Mai 1969 in Japan auf.

**Gespräch des Bundesministers Brandt  
mit dem italienischen Außenminister Nenni in Rom**

**Z A 5-18.A/69 VS-vertraulich**

**14. Februar 1969<sup>1</sup>**

Aufzeichnung über Gespräche zwischen dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen und dem italienischen Außenminister, Präsident Pietro Nenni, zunächst unter vier Augen (in Anwesenheit von Kabinettschef Gesandten Borin) und anschließend während eines Mittagessens in erweitertem Kreis (Botschafter von Herwarth, Generalsekretär Caruso, Botschafter Lucioli und Gaja, Gesandter Borin) am Freitag, den 14. Februar 1969 von 13.15 bis 15.00 Uhr im italienischen Außenministerium.

Außenminister *Nenni* sprach nach der Begrüßung den Wunsch aus, mit dem Herrn Minister über die folgenden Punkte zu sprechen:

- 1) Berlin-Frage
- 2) WEU-Ministerratssitzung in Luxemburg und Zusammenkunft der Ständigen Vertreter in London
- 3) Genfer Abrüstungskonferenz und NV-Vertrag.
- 1) Außenminister Nenni fragte den Herrn Minister nach dem derzeitigen Stand der Berlin-Frage. Er selbst habe mit Interesse von den jüngsten Äußerungen von Vizepräsident Wehner Kenntnis genommen, wenn er sich auch im klaren darüber sei, daß es schwierig sei, von der einmal getroffenen Entscheidung<sup>2</sup> jetzt wieder abzugehen.

Der Herr *Minister* antwortete, man könne natürlich nicht mit Sicherheit voraussagen, wie sich die Dinge weiter entwickeln würden. In der vergangenen Woche sei in Bonn in engstem Kreis mit dem Bundeskanzler überlegt worden, ob der Beschuß, mit der Bundesversammlung nach Berlin zu gehen, geändert werden könnte. Der russische Botschafter Zarapkin, der ihn in der vergangenen Woche aufgesucht habe<sup>3</sup>, habe ihm erneut den sowjetischen Standpunkt dargelegt; bevor jedoch die Möglichkeit einer Stillhaltevereinbarung habe geprüft werden können, seien von Ostberliner Seite die bekannten Maßnahmen<sup>4</sup> getroffen worden, durch die die ganze Angelegenheit zu einer Prestigefrage geworden sei. Daraufhin hätten sich am 10. Februar 1969 alle Partei- und Fraktionsvorsitzenden<sup>5</sup> erst recht für Berlin ausgesprochen. Am 11. Februar 1969 habe er (der Herr Minister) dies Botschafter Zarapkin mitgeteilt, der am 13. Februar 1969 dem Bundeskanzler eine ziemlich ernste Erklärung seiner Regie-

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Bouverat am 17. Februar 1969 gefertigt.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Dok. 54, Anm. 14.

<sup>3</sup> Für das Gespräch vom 6. Februar 1969 auf Bühlerhöhe vgl. Dok. 46.

<sup>4</sup> Am 8. Februar 1969 untersagte der Innenminister der DDR, Dickel, bis auf weiteres allen Mitgliedern und Mitarbeitern der geplanten Bundesversammlung, allen Angehörigen der Bundeswehr und den Mitgliedern des Verteidigungsausschusses des Bundestags die Durchreise durch die DDR nach Berlin (West). Für den Wortlaut der Anordnung vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 191.

<sup>5</sup> Rainer Barzel (CDU/CSU), Wolfgang Mischnick (FDP) und Helmut Schmidt (SPD).

rung übermittelt habe.<sup>6</sup> Er selbst (der Herr Minister) glaube, daß es außer den bereits angekündigten noch zusätzliche Komplikationen geben könnte, jedoch nicht zu einer ernsten Krise kommen werde, weil das Interesse der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten, miteinander ins Gespräch zu kommen, zu stark sei.

Außenminister *Nenni* antwortete, dies entspreche den Informationen, über die die italienische Seite verfüge. Man halte auch in Italien eine erhebliche Verschärfung der Lage nicht für wahrscheinlich. Im Zusammenhang mit dem in diesen Tagen stattfindenden Kongreß der KPI<sup>7</sup> habe man aber aus Äußerungen einiger ausländischer Delegierter den Eindruck gewonnen, daß in der Sowjetunion eine gewisse Tendenz zu der Annahme bestehe, daß eine Berlin-Krise es ermöglichen könnte, die Ereignisse in der Tschechoslowakei in den Hintergrund zu schieben und die Einheit der kommunistischen Welt wieder herzustellen. Er, *Nenni*, bitte den deutschen Vizekanzler, auch diese etwas besorgniserregende Möglichkeit berücksichtigen zu wollen.

Der Herr *Minister* kündigte die Absicht der Bundesregierung an, die Sowjetregierung in den nächsten Tagen in einer Note erneut deutlich darauf aufmerksam zu machen, daß die zum vierten Mal in Berlin stattfindende Bundespräsidentenwahl nichts Provokatorisches enthalte und nicht gegen die Entspannung gerichtet sei. Es werde betont werden, daß man auf deutscher Seite auch in diesen Wochen weiterhin an einer Normalisierung der Lage in Berlin interessiert sei.<sup>8</sup>

2) Zur Luxemburger WEU-Konferenz<sup>9</sup> führte Herr *Nenni* aus, die Haltung der deutschen Delegation dort sei sehr positiv gewesen, abgesehen von einigen Vorbehalten gegen die Entwicklung einer politischen Linie, die zu einer offenen Polemik oder zu einem Bruch mit Frankreich führen könnte. Inzwischen sei diese Möglichkeit im Zusammenhang mit der Londoner Sitzung der Ständigen Vertreter mit Außenminister Stewart zutage getreten: Frankreich habe erklärt, diese Sitzung im Foreign Office sei keine ordentliche WEU-Zusammenkunft. Die französische Regierung habe dagegen protestiert und sogar mit dem Austritt aus der WEU gedroht.<sup>10</sup>

Seiner, *Nennis*, Auffassung nach sei diese Interpretation nicht richtig. Es treffe zwar zu, daß in Luxemburg beschlossen worden sei, den italienischen Vorschlag<sup>11</sup> auf der nächsten Ministerratstagung der WEU im Mai im Haag<sup>12</sup> zu besprechen, jedoch habe Stewart in Luxemburg ebenfalls den Vorschlag ge-

<sup>6</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin vgl. Dok. 58.

<sup>7</sup> Der 12. Parteitag der Kommunistischen Partei Italiens fand vom 8. bis 15. Februar 1969 in Bologna statt.

<sup>8</sup> Zum Aide-mémoire der Bundesregierung, das am 22. Februar 1969 dem sowjetischen Botschafter Zarapkin übergeben wurde, vgl. Dok. 62.

<sup>9</sup> Zur WEU-Ministerratstagung am 6./7. Februar 1969 vgl. Dok. 50.

<sup>10</sup> Am 14. Februar 1969 traten die Botschafter der WEU-Mitgliedstaaten in London als Ständiger WEU-Rat unter dem Vorsitz des britischen Außenministers Stewart zu Konsultationen über die Lage im Nahen Osten zusammen. Die französische Regierung nahm daran nicht teil mit der Begründung, in den Gesprächen keinen Sinn zu sehen. Vgl. dazu LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1969, I, S. 97f.

<sup>11</sup> Zum italienischen Memorandum vom 9. Januar 1969, vgl. Dok. 15, Anm. 18.

<sup>12</sup> Die WEU-Ministerratstagung fand am 5./6. Juni 1969 statt. Vgl. dazu Dok. 194.

macht, die Ständigen Vertreter der WEU in London zu einer Besprechung über die Nahost-Krise im Zusammenhang mit der geplanten Viermächtekonferenz<sup>13</sup> zu sich zu bitten. Diese Ankündigung habe die volle Unterstützung Italiens und der Beneluxstaaten gefunden. Staatssekretär Jahn habe sich ebenfalls damit einverstanden erklärt, vorbehaltlich einer endgültigen Entscheidung durch die Bundesregierung. Man müsse die Berichte über den Ablauf des Londoner Treffens abwarten, sich jedoch für den Fall vorbereiten, daß Frankreich seine Drohung aufrechterhalte oder in die Tat umsetze.

Der Herr *Minister* begrüßte die italienische Initiative und die Art, wie Außenminister Nenni sie in Luxemburg vertreten habe. Auf deutscher Seite sei man weiterhin davon überzeugt, daß ein ernsthafter Versuch unternommen werden sollte, um die WEU zu einem Instrument für eine engere politische Kooperation und Konsultation zu machen. Ein Auszug Frankreichs aus dieser Organisation wäre „eine sehr einfache Sache“. Politisch gesehen könnten zwar die übrigen Sechs mit ihrer Zusammenarbeit fortfahren, aber die WEU spiele besonders für die deutschen Dinge eine besondere Rolle im Zusammenhang mit den Abmachungen von 1954/55<sup>14</sup>, durch die die Bundesrepublik Deutschland vertraglich in den Westen eingegliedert worden sei. Falls Frankreich ernsthaft seine Absicht, aus der WEU auszutreten, erklären sollte, sollte man sehr rasch zusammenkommen, um über die möglichen Konsequenzen zu beraten. Im übrigen habe de Gaulle noch schwerwiegender Drohungen gemacht.

*Nenni* sagte, er habe von diesen Drohungen gehört. Sie hätten ihn um so mehr überrascht, als Staatssekretär de Lipkowski in einem Privatgespräch in Luxemburg ihm noch das absolute Gegenteil angekündigt habe: Im Hinblick auf die ursprünglich für den 27. Februar 1969 geplante und wegen des Nixon-Besuchs<sup>15</sup> auf den 17. März 1969 verschobene Reise von Außenminister Debré nach Rom<sup>16</sup> habe de Lipkowski ihm gesagt, de Gaulle wäre sogar bereit, England in die EWG aufzunehmen. Er wäre jedoch besorgt, falls die skandinavischen Länder ebenfalls einträten, weil diese seiner Auffassung nach keinen Gemeinsamen Markt im eigentlichen Sinne anstrebten, sondern eher eine größere Freihandelszone. Dies wäre insbesondere für Frankreich, das überwiegend landwirtschaftliche Interessen habe, recht gefährlich.

Der Herr *Minister* bemerkte, daß in den Äußerungen von Politikern manchmal Widersprüche zutage träten. Er werde am 10. März Debré in Bonn sehen<sup>17</sup> und den Bundeskanzler am 13. und 14. März nach Paris<sup>18</sup> begleiten. Man müsse zunächst abwarten, was sich aus diesen Begegnungen ergebe, und gegebenenfalls

<sup>13</sup> Am 17. Januar 1969 gab die französische Regierung bekannt, daß sie den drei anderen Ständigen Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrats vorgeschlagen habe, Gespräche über eine Lösung des Nahost-Konflikts aufzunehmen. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1969, I, S. 67. Die Gespräche begannen am 3. April 1969 in New York.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut der Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 213–576.

<sup>15</sup> Der amerikanische Präsident hielt sich während einer Europareise am 27./28. Februar 1969 in Italien auf.

<sup>16</sup> Der Besuch des französischen Außenministers in Rom fand erst am 18./19. April 1969 statt.

<sup>17</sup> Vgl. Dok. 94.

<sup>18</sup> Für die deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen in Paris vgl. Dok. 99–103.

anschließend in dem jeweils dafür geeigneten Kreis die Lage erörtern. Dies sollte gemeinsam geschehen und nicht in Form von Einzelberatungen.

Der Herr Minister berichtete anschließend über den Wilson-Besuch in Bonn. Dieser sei sehr gut verlaufen, was auch in der Gemeinsamen Erklärung zum Ausdruck komme.<sup>19</sup>

*Nenni* bestätigte diesen Eindruck. Im Falle einer möglichen WEU-Krise sei die einzige Haltung, die seiner Auffassung nach zu einem positiven Ergebnis führen könnte, der Widerstand gegen den französischen Standpunkt. Er erkenne an, daß dies für Deutschland infolge seines Verhältnisses zu Frankreich und seiner europäischen Position schwieriger sei als für Italien. Er hoffe aber, daß man sich doch einig werde über eine gemeinsame Haltung.

3) Außenminister Nenni kündigte an, daß Italien auf der Genfer Abrüstungskonferenz sehr entschlossen für Abrüstungsmaßnahmen eintreten werde, auch im Zusammenhang mit der Tatsache, daß Italien inzwischen den NV-Vertrag unterzeichnet habe<sup>20</sup>, in dem die zwei Supermächte sich verpflichtet hätten, das Thema der Abrüstung auf nuklearem und konventionellem Gebiet bald zu behandeln. In bezug auf die Unterzeichnung des NV-Vertrages sei man in Italien auf keine der Schwierigkeiten gestoßen, die man in der Bundesrepublik Deutschland habe. Es habe eine völlige Einigkeit zwischen den Sozialisten und der Democrazia Cristiana geherrscht. Nach den Wahlen<sup>21</sup> sei dies natürlich viel leichter als vorher.

Die italienische Regierung werde die Anwesenheit Nixons im Rom benutzen, um die Ost-West-Entspannungspolitik auf eine realistischere Grundlage zu bringen: Es sei bisher das Privileg Washingtons und Moskaus gewesen, unter sich nach vernünftigen Kompromissen zur Aufrechterhaltung des Friedens zu suchen, ein Ziel, das man nur begrüßen könne. Es sollte seiner, Nennis, Auffassung nach jedoch auch die Möglichkeit zu einer Annäherung und Gesprächen zwischen den europäischen NATO-Staaten und den europäischen Ländern des Warschauer Pakts geschaffen werden, damit es in Europa zu tatsächlichen Fortschritten in der Entspannungspolitik kommen könne. Dies entspreche wohl den Absichten der Ostpolitik des deutschen Vizekanzlers.

Der Herr Minister antwortete, er begrüße die italienische Initiative in der Abrüstungsfrage sehr. Im Zusammenhang mit dem NV-Vertrag habe sein italienischer Kollege bereits darauf hingewiesen, daß es in Deutschland noch einige innerpolitische Schwierigkeiten gebe. Er glaube aber sagen zu können, daß diese bereinigt würden und die Bundesregierung unterschreiben werde. Eine entsprechende Erklärung werde wahrscheinlich in den kommenden Wochen abgegeben werden. Ein besonderes Problem ergebe sich für Deutschland aus der Tatsache, daß die Beziehungen zur Sowjetunion noch schwierig seien: Er verweise z.B. auf den Interventionsanspruch, den die Sowjetregierung aus drei Artikeln

<sup>19</sup> Premierminister Wilson hielt sich vom 11. bis 14. Februar 1969 in der Bundesrepublik auf. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Kiesinger vgl. Dok. 54–56.  
Für den Wortlaut der deutsch-britischen Erklärung vom 13. Februar 1969 vgl. BULLETIN 1969, S. 164.

<sup>20</sup> Italien unterzeichnete das Nichtverbreitungsabkommen am 28. Januar 1969.

<sup>21</sup> Die Wahlen zur Abgeordnetenkammer und zum Senat in Italien fanden am 19./20. Mai 1968 statt.

der Charta der Vereinten Nationen<sup>22</sup> ableite. Er habe die Frage mit den Russen erörtert, die in einem ersten Papier bereits ein gewisses Entgegenkommen, das allerdings nicht ausreichend sei, gezeigt hätten<sup>23</sup>: erstens habe sich die Sowjetunion bereit erklärt zu bestätigen, daß die Bundesrepublik Deutschland im Falle der Unterzeichnung aus sowjetischer Sicht die gleichen Rechte und Pflichten erhalten würde wie alle anderen Nichtnuklearmächte. Ferner würde die Resolution Nr. 255 des Sicherheitsrates<sup>24</sup> auch auf das Bundesgebiet angewandt werden. Dies sei bereits ein wichtiger Schritt. Die Fragen würden weiter behandelt.

Anlässlich des Nixon-Besuchs<sup>25</sup> beabsichtigte man auf deutscher Seite zwei Punkte zu unterstreichen:

- 1) Eine prozedurale Frage. Es werde angestrebt, die Konsultationen in der Atlantischen Allianz so lebendig wie möglich zu gestalten und zu einer echten Form der politischen Zusammenarbeit zu gelangen.
- 2) Man werde von deutscher Seite darauf hinwirken, daß die Erörterung der großen Sicherheitsfragen über das Raketenabwehrsystem (SALT) mit dem Versuch gekoppelt werde, Teilfortschritte in der europäischen Ost-West-Situation zu erzielen. Man habe nicht die Absicht, die deutsche Frage besonders in das Gespräch zu bringen, aber eine Verbesserung der Lage in Europa würde auch die Möglichkeit einer Normalisierung etwa in Berlin in sich bergen. Eine Sondierung bei Nixon und seinen Mitarbeitern habe ergeben, daß diese nicht gegen eine solche Behandlungsweise wären. Man müsse sehen, wie weit man auf diesem Wege komme.

Abschließend sagte der Herr Minister, er begrüße es sehr, daß kürzlich eine erste Konsultation zwischen den Leitern der politischen Abteilungen des italienischen Außenministeriums und des Auswärtigen Amts stattgefunden habe.<sup>26</sup> Er glaube, daß es gut wäre, wenn nach dem Nixon-Besuch entweder auf dem regulären Weg über die Botschaften oder durch spezielle Kontakte ein Meinungsaustausch über die Schlußfolgerungen geführt würde.

Während des Mittagessens brachte der Herr Minister die Entwicklung in Griechenland im Zusammenhang mit dem Europarat und der NATO zur Sprache. Er fragte Herrn Nenni nach dessen Meinung zu diesem Problem.

Außenminister Nenni betonte, Italien habe alle Länder des Europarats auf die Bedeutung des Beschlusses der Beratenden Versammlung in bezug auf Griechenland<sup>27</sup> hingewiesen. Falls sich die Lage bis zur Ministerratstagung des

22 Vgl. dazu Artikel 53 und 107 der UNO-Charta vom 26. Juni 1945; Dok. 14, Anm. 4.

23 Zum sowjetischen Aide-mémoire vom 6. Februar 1969 vgl. Dok. 46.

24 Zur Resolution vom 19. Juni 1968 vgl. Dok. 14, Anm. 6.

25 Präsident Nixon hielt sich am 26./27. Februar 1969 in der Bundesrepublik und Berlin (West) auf. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Kiesinger vgl. Dok. 79–81.

26 Am 3. Februar 1969 fanden in Bonn Konsultationsbesprechungen der Ministerialdirektoren Ruete und Frank mit dem Abteilungsleiter im italienischen Außenministerium, Gaja, statt. Im Mittelpunkt standen die am 6./7. Februar stattfindende WEU-Ministerratstagung in Luxemburg, die Lage im Mittelmeerraum sowie aktuelle Fragen der Ost-West-Beziehungen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats I A 4 vom 11. Februar 1969; Referat I A 4, Bd. 405.

27 Vom 27. bis 31. Januar 1969 trat in Straßburg die Beratende Versammlung des Europarats zum Dritten Teil ihrer 20. Session zusammen. Am 30. Januar wurde der Entwurf der Empfehlung Nr. 547 angenommen. Darin wurden die Mitgliedstaaten aufgefordert, Maßnahmen zum Ausschluß Griechenlands aus dem Europarat zu ergründen.

Europarats am 5. Mai nicht verändere oder – was eher zu vermuten sei – sich noch verschlimmere, werde er persönlich im Ministerrat für den Ausschluß Griechenlands stimmen. Das Verhältnis zwischen der Regierung der Obristen und dem gemäßigteren Teil der griechischen öffentlichen Meinung habe sich offensichtlich erheblich verschlechtert. Männer, die keineswegs Sympathien für die Linke und noch weniger für die kommunistische Partei hätten, befürchteten, daß bei einer weiteren Zuspitzung der Situation als einzige Alternative ein kommunistischer Staatsstreich übrigbleibe. Sie hofften – wohl zu Unrecht – auf eine Intervention des Königshauses. Er selbst, Nenni, mache sich keine Illusionen über die Kräfte des Widerstandes. Er und sein deutscher Kollege hätten beide die Erfahrung gemacht, daß Diktaturen nicht von außen gestürzt werden können, sondern nur durch das Eintreten einer neuen historischen Situation, wie das Ende eines Weltkrieges oder eine Revolte im Innern.

Viel schwieriger sei die Behandlung der Griechenland-Frage in der NATO. Der italienische Botschafter in Athen<sup>28</sup> weise immer wieder darauf hin, daß gerade die Sowjetunion und die an Griechenland angrenzenden kommunistischen Staaten, wie Bulgarien und sogar Rumänien, sich am wenigsten gegen das neue Regime in Athen ereiferten. Wenn man die Geschäftsbeziehungen zu Griechenland einstellen würde, würden sich die kommunistischen Länder an die Stelle des Westens setzen. Daher sähen die Dinge aus der Sicht der NATO anders aus und sie müßten eingehender geprüft werden. Er habe aber die Absicht, die Griechenland-Frage auch in der NATO vorzubringen, da man sich dies als Unterzeichner eines Vertrages zwischen „Staaten mit freiheitlicher und demokratischer Regierungsform“ schuldig sei. Allerdings mache er sich in diesem Zusammenhang keine Illusionen.

Der Herr Minister verwies auf die deutsche Beteiligung an der Verteidigungshilfe für Griechenland.<sup>29</sup> Die Bundesrepublik Deutschland habe sich verpflichtet, innerhalb der NATO für die Türkei und Griechenland einen Beitrag zu leisten. Während die Lieferungen an die Türkei fortgesetzt würden, seien sie für Griechenland storniert worden. Es müsse aber in nächster Zeit zu einer Entscheidung kommen. Vor der Luxemburger Ministerratstagung habe er in einem Gespräch mit Außenminister Stewart diese Frage erörtert. Da eine Behandlung des Griechenland-Problems im NATO-Rat in Anwesenheit des griechischen Vertreters schwierig erscheine, habe Stewart eine Besprechung im kleineren Kreis (USA, Großbritannien, Italien und die Bundesrepublik Deutschland) vorgeschlagen.<sup>30</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 203*

chenlands aus dem Europarat einzuleiten, da die griechische Regierung entgegen der Empfehlung des Rats keinerlei Schritte zur Wiederherstellung der Demokratie unternommen habe. Für den Wortlaut der Empfehlung vgl. CONSEIL D'EUROPE. COMPTE RENDU DES DÉBATS 1969, III, 26ème Séance, S. 926.

28 Mario Conti.

29 Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort vom 17. Oktober 1968; AAPD 1968, II, Dok. 344.

30 Am 6. Februar 1969 vermerkte Bundesministers Brandt, z. Z. Bühlerhöhe, über sein Gespräch mit dem britischen Außenminister vom Vortag: „Ich schnitt das Thema Waffenlieferungen nach Griechenland an. Stewart sagte, hierüber sei kürzlich im britischen Kabinett gesprochen worden. Man wolle die Ansicht der neuen amerikanischen Administration kennenlernen und würde sich gern – außerhalb des NATO-Rats – mit den interessierten Verbündeten absprechen. Ich bekundete unser Interesse an einer solchen Aussprache.“ Vgl. VS-Bd. 10090 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1969.

Nachdem *Nenni* seine Absicht bekräftigt hatte, für den Ausschluß Griechenlands am 5. Mai zu stimmen, falls sich die Lage nicht bessere, schlug der Herr *Minister* vor, Griechenland die Möglichkeit zu geben, sich eventuell selbst zurückzuziehen.

Der Herr *Minister* brachte anschließend die Frage des Vorsitzenden der Europäischen Kommission zu Sprache. Nachdem man sich geeinigt habe, alle zwei Jahre einen neuen Vorsitzenden zu wählen, wären nunmehr Italien oder Frankreich an der Reihe. Er wäre der italienischen Regierung dankbar, wenn die Frage einer italienischen Kandidatur relativ bald geprüft werde. Eine Verlängerung des Mandats von Herrn Rey um ein weiteres Jahr wäre zwar möglich, er (der Herr *Minister*) halte es aber nicht für zweckmäßig, bereits beim ersten Mal eine Änderung der Regel vorzunehmen. Falls Italien zu einer Kandidatur noch nicht bereit sei, käme von französischer Seite Kommissar Barre vielleicht in Frage, es sei aber nicht sicher, ob seine Regierung diesen unabhängigen Mann benennen würde.

Außenminister *Nenni* antwortete, Italien sei an dem Vorsitz interessiert. Vor zwei Jahren habe eine Kandidatur Colombos zur Debatte gestanden, der alle erforderlichen Eigenschaften in sehr hohem Maße besitze. Er glaube aber kaum, daß Finanzminister Colombo, der damals schon gezögert habe, heute eher zu einer Kandidatur bereit sein würde. Die italienische Regierung werde die Frage eingehend prüfen.<sup>31</sup>

Als letzten Punkt erwähnte der Herr *Minister* das Farbfernsehen und sprach die Bitte aus, Italien möge sich nicht aus politischen Gründen etwa für das technisch schwächere SECAM-System entscheiden, nachdem es sich von der Überlegenheit des PAL-Systems überzeugt habe.

Generalsekretär *Caruso* erwiderte, die Grundsatzentscheidung zugunsten des PAL-Systems sei bereits gefallen. Der Herr *Minister* erklärte die deutsche Bereitschaft zu einer deutsch-italienischen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet.<sup>32</sup>

Gesprächsweise wurde im Zusammenhang mit dem Aufenthalt der SED-Vertretung auf dem kommunistischen Parteikongreß in Bologna<sup>33</sup> die Frage der Einreise der SED-Delegation nach Italien erwähnt. *Nenni* erklärte, er habe das italienische Generalkonsulat in Berlin anweisen lassen, Einreisesichtvermerke zu erteilen, falls sie von den SED-Leuten beantragt würden. Es habe sich aber niemand gemeldet. Der Herr *Minister* bemerkte daraufhin, offensichtlich seien die SED-Vertreter ohne Einreisesichtvermerke nach Italien gekommen. *Nenni* antwortete, diese Angelegenheit betreffe wohl nun die Drei Mächte.

**VS-Bd. 10090 (Ministerbüro)**

31 Am 12. Mai 1969 wurde auf der Tagung des EG-Ministerrats in Luxemburg beschlossen, die Amtszeit des Präsidenten der Europäischen Kommission, Rey, um ein Jahr zu verlängern.

32 Vgl. dazu weiter Dok. 83.

33 Am 12. Parteitag der Kommunistischen Partei Italiens nahm auch eine Delegation aus der DDR unter Leitung des Mitglieds des Politbüros der SED, Norden, teil.

## 61

**Botschafter Freiherr von Braun, Paris,  
an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-10848/69**

**Fernschreiben Nr. 358**

**Citissime**

**Aufgabe: 14. Februar 1969, 12.50 Uhr**

**Ankunft: 14. Februar 1969, 14.52 Uhr**

Alphand bat mich zusammen mit den Botschaftern der Niederlande<sup>1</sup>, Belgiens<sup>2</sup> und Luxemburgs<sup>3</sup> (Italiener<sup>4</sup> kam zu spät) soeben kurzfristig zu sich, erklärte uns, er habe uns nicht als Vertreter der EWG- oder WEU-Länder, sondern ad personas gebeten, und machte uns folgende Eröffnung:

In der Luxemburger WEU-Sitzung sei die britische Absicht deutlich geworden, die sechs WEU-Länder zur Erörterung von Nahostfragen nach London zusammenzurufen.<sup>5</sup> Diese Fragen seien auf französischen Antrag in Luxemburg aber bereits diskutiert worden.<sup>6</sup> Die Einladung der britischen Regierung habe inzwischen eine neue Form angenommen: Nicht der britische Außenminister habe die Botschafter zu sich gebeten, sondern auf Wunsch des Foreign Office („demande“), gegründet auf Artikel VIII Absatz 3 des WEU-Vertrages<sup>7</sup>, habe der Generalsekretär<sup>8</sup> eine Sitzung für heute 11 Uhr einberufen mit dem Ziel, die gerade in Luxemburg behandelten Nahostprobleme zu erörtern.

Die französische Regierung habe entschieden, an dieser Sitzung nicht teilzunehmen, da Artikel VIII, Absatz 3, der eine friedensbedrohende Krise voraussetzt, hier nicht anwendbar sei.<sup>9</sup> Frankreich könne nicht glauben, daß in den letzten Tagen seit Luxemburg die Nahostkrise einen neuen, noch nicht erörterten friedensbedrohenden Charakter angenommen habe.

Zur Form der Einladung habe er zu sagen, daß Frankreich politische Diskussionen auf Ministerebene immer zugelassen habe und daß diese seit 1963 auch immer stattgefunden hätten. Unterhalb der Ministerebenen hätten solche Erörterungen bisher jedoch nicht stattgefunden. Die bisherige Praxis ergebe kei-

1 Adolph Bentinck.

2 Robert Rothschild.

3 Georges Heisbourg.

4 Francesco Malfatti di Montetretto.

5 Die WEU-Ministerratstagung fand am 6./7. Februar 1969 statt. Vgl. dazu Dok. 50.

6 Am 7. Februar 1969 berichtete Vortragender Legationsrat I. Klasse Forster, z. Z. Luxemburg, daß wegen der ausführlichen Behandlung des Tagesordnungspunkts „Verbesserung der außenpolitischen Konsultationen in der WEU“ die Themen „Lage im Mittelmeerraum und Nahen Osten“ und „Nigeria/Biafra“ nur noch kurz hätten angesprochen werden können: „Diskussion zeigte Übereinstimmung aller Delegationen in folgenden Punkten: vitales Interesse Europas an friedlicher Entwicklung im Mittelmeerraum und Nahen Osten; Ausgangspunkte einer Lösung für den Nahostkonflikt muß die VN-Resolution vom 22.11.1967 sein und eine Stärkung der Mission Jarrings; Besprechungen der vier permanenten Mitglieder des Sicherheitsrates werden begrüßt; sowjetische Vorschläge bedürfen weiterer Präzisierung; Lösung kann nur ausgehandelt, nicht auferlegt werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 26; Referat I A 1, Bd. 674.

7 Für den Wortlaut vgl. Dok. 50, Anm. 9.

8 Maurice Iweins d'Eeckhoutte.

9 Vgl. dazu die Erklärung der französischen Regierung vom 14. Februar 1969; LA POLITIQUE ETRANGERE, 1969, I, S. 97f.

nen Präzedenzfall für die Einberufung einer solchen Sitzung. Frankreich halte sie für vertragswidrig, außerdem für unzweckmäßig.

Der französische Botschafter in London<sup>10</sup> habe daher den Auftrag erhalten, dem WEU-Generalsekretär mitzuteilen, daß er weder Sitzungsräume noch Personal der WEU für dieses Treffen zur Verfügung stellen dürfe; wenn er selbst daran teilnehme, überschreite er seine Funktionen, die nach dem Vertrag nur koordinierend seien. Wenn er den Fehler begehe, daran teilzunehmen, würde die französische Delegation daraus die Folgerungen ziehen und seine Ersetzung beantragen.

Alphand fügte hinzu, die vorgesuchte Begründung für die Sitzung – nämlich Nahostcrerterung – sei nicht die reelle. Stewart habe laut heutiger „Times“, Seite 4, Spalte 5<sup>11</sup> erklärt, zwar sei der Nahe Osten in Luxemburg erörtert worden, eine schnellere Behandlung sei jedoch vorteilhaft für die bevorstehende Viermächtebesprechung.<sup>12</sup> Eine Dringlichkeit, wie der Vertrag sie erfordert, liege nach französischer Ansicht jedoch nicht vor. Stewarts Begründung sei unzureichend.

Alphand schloß mit folgender Erklärung: Die französische Regierung würde es begrüßen, wenn wir uns nicht an dieser Sitzung beteiligten, da sie dem Vertrage zuwiderlaufe und möglicherweise („était susceptible de provoquer“) eine Krise der Organisation zur Folge habe.

Die anwesenden Botschafter, darunter auch ich, sagten, sie seien zwar ohne Instruktion, würden aber durch die Härte der französischen Entscheidung in eine unangenehme Lage („dans une situation embarrassante“) gebracht. Ich fügte hinzu, die Nahostkrise mache eine Abstimmung der europäischen Ansichten gerade zu diesem Punkte dringend erforderlich. Alphand sagte darauf, nach französischer Ansicht habe die Sitzung nichts oder nur wenig mit dem Nahen Osten zu tun. Es sei einer von den zahlreichen britischen Versuchen, sich auf dem Umwege über die WEU an politischen Erörterungen zu beteiligen. Was in London entschieden werden müsse, sei, ob dieses Treffen eine Sitzung der WEU sei oder nicht. Herr Stewart könne natürlich jederzeit Botschafter einzeln oder in Gruppen zu sich bitten, eine WEU-Sitzung könne jedoch nur nach den einschlägigen Bestimmungen des WEU-Vertrages einberufen werden. Hätte Stewart die Botschafter zu sich ins Foreign Office gebeten, hätte Frankreich allerdings auch daran nicht teilgenommen.

Abschließend sagte er, eine Démarche in unseren Hauptstädten habe bereits gestern stattgefunden.<sup>13</sup> Seit gestern Abend sei als Novum hinzugereten, daß

10 Geoffroy de Courcel.

11 Vgl. dazu die Meldung „No Need for France to Feel Isolated“, THE TIMES vom 14. Februar 1969, S. 4.

12 Zum französischen Vorschlag vom 17. Januar 1969, Viermächtebesprechungen über die Lage im Nahen Osten aufzunehmen, vgl. Dok. 60, Anm. 13.

13 Am 13. Februar 1969 teilte der französische Botschaftsrat Boidevaix Ministerialdirigent von Staden mit, daß die französische Regierung der für den 14. Februar vorgesehenen Tagung des Ständigen WEU-Rats nicht zustimme und erwarte, daß der Generalsekretär der WEU, Iweins d'Eeckhoutte, „an dieser Zusammenkunft, die keine solche der WEU sein könne, nicht teilnehme“. Vgl. die Aufzeichnung von Staden vom 13. Februar 1969; Referat I A 1, Bd. 666.

Am 14. Februar 1969 notierte Ministerialdirektor Frank, daß der französische Botschafter François Seydoux eine Erklärung der französischen Regierung verlesen habe, „in der die Einberufung der Ständigen Vertreter der WEU für den 14. Februar für illegal erklärt wurde und ernste

der WEU-Generalsekretär inzwischen den – gestern in Aussicht stehenden – Brief an die WEU-Botschafter in London tatsächlich geschrieben habe.<sup>14</sup>

[gez.] Braun

**VS-Bd. 2686 (I A 1)**

## 62

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahm

**II A 1-84.31-474 I/69 VS-vertraulich**

**15. Februar 1969<sup>1</sup>**

Betr.: Unsere Antwort auf die sowjetischen Vorstellungen gegen die Abhaltung der Bundesversammlung in Berlin

Weisungsgemäß wurde in einer Sondersitzung der Bonner Vierer-Gruppe am 14.2.1969 der Entwurf einer deutschen Antwort auf das dem Herrn Bundesaußenminister am 10.1.1969 übergebene sowjetische „non-paper“<sup>2</sup> und die dem Herrn Bundeskanzler am 13.2.1969 übergebene Erklärung der sowjetischen Regierung<sup>3</sup> konsultiert. Der anliegende Entwurf eines Aide-mémoires<sup>4</sup> wurde dabei ad referendum beschlossen. In ihm ist unser ursprünglicher Antwortentwurf auf das sowjetische „non-paper“ vom 10.1.1969 mit geringfügigen redaktionellen Änderungen enthalten. Der Absatz über die Erklärung der sowjetischen Regierung vom 13.2.1969 wurde hingegen auf alliierten Wunsch umgearbeitet. Die neue Fassung stellt mehr auf die Zuständigkeit der Drei Mächte für die Auslegung und Anwendung der Vier-Mächte-Vereinbarungen über Ber-

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 207*

Konsequenzen angedroht werden. Die Weisung gipfelte in der Aufforderung, wir sollten nicht teilnehmen. Ich habe dem Botschafter erklärt, daß die Entscheidung zur Teilnahme bereits in Luxemburg gefallen“ sei: „Im übrigen bate ich den Botschafter, nach Paris zu berichten, daß wir uns seit Monaten dafür exponiert hätten, die Bemühungen um stärkere Konsultationen im Rahmen der WEU zu halten und jede Sonderbündelei zu verhindern. Die harmonische Ratstagung in Luxemburg sei eine Bestätigung unserer Auffassung gewesen. Wir hätten es daher begrüßt, wenn die französische Regierung sich damit begnügt haben würde, als stiller Partner an der heutigen Konsultation teilzunehmen.“ Vgl. Referat I A 1, Bd. 666.

<sup>14</sup> Am 14. Februar 1969 informierte Ministerialdirektor Frank Bundesminister Brandt, Bundeskanzler Kiesinger habe entschieden, „daß wir bei der Annahme der Einladung durch den Generalsekretär zur Sitzung des Ständigen Rats am 14.2., 11 h, bleiben“. Vgl. VS-Bd. 2686 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1969.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse van Well konzipiert.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Dok. 8.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 192f.

Für die Übergabe vgl. Dok. 58. Vgl. dazu ferner Dok. 86.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 4449 (II A 1).

Für den endgültigen Wortlaut des Aide-mémoires, das Bundeskanzler Kiesinger am 22. Februar 1969 dem sowjetischen Botschafter Zarapkin übergab, vgl. VS-Bd. 4449 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1969. Für das Gespräch vgl. Dok. 74.

lin ab und entspricht voll unseren Interessen. Sie wurde als vorletzter Absatz des Aide-mémoires eingesetzt.<sup>5</sup> Der letzte Absatz nimmt abschließend das Thema einer Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen wieder auf.<sup>6</sup>

Bei der Erörterung dieser Angelegenheit ergab sich eine interessante Übereinstimmung der Vertreter der Drei Mächte hinsichtlich der Bewertung der sowjetischen Erklärung vom 13.2.1969. Sie betrachten diese Erklärung nicht als eine Verschärfung der Situation. Sie sind der Auffassung, daß die Sowjetunion mit dieser Erklärung konsequent die Linie weiterverfolgt, die bereits Vize-Außenminister Semjonow Botschafter Allardt gegenüber Anfang Januar vertreten hatte<sup>7</sup>. Diese Linie besagt, daß es sich bei der Abhaltung der Bundesversammlung in Berlin um eine Angelegenheit in deutscher Verantwortung handelt und daß die Rechte und Verantwortlichkeiten der Drei Mächte durch die notwendigen Gegenmaßnahmen nicht beeinträchtigt werden. Demgemäß, so meinten die Vertreter der Drei Mächte, hätten die Sowjets in dem wichtigsten Satz der Erklärung („Die Bundesregierung muß sich völlig darüber im klaren sein, daß die Sowjetunion einzige und allein solche Verpflichtungen in bezug auf West-Berlin übernommen hat, die in den betreffenden vierseitigen Beschlüssen fixiert sind.“) ihre bisherige Position nochmals hervorgehoben, wonach sie für den zivilen deutschen Verkehr nicht mehr verantwortlich sind und diesen Verkehr als Angelegenheit der beiden deutschen Seiten betrachten. Lediglich der vorhergehende Satz, so meinten sie, könne auf eine aktive Intervention der Sowjetunion hindeuten. Dieser Satz lautet: „Sollten die Versuche der Bundesrepublik Deutschland, nach eigenem Ermessen ihre Machtbefugnisse auf West-Berlin auszudehnen oder das Gebiet dieser Stadt zur Anheizung einer gefährlichen Spannung im Herzen Europas zu benutzen, fortgesetzt werden, so wird sich die sowjetische Regierung vor die Notwendigkeit gestellt sehen, die Frage der genauen und strikten Erfüllung der Bestimmungen der alliierten Beschlüsse zu prüfen, die sich auf West-Berlin beziehen.“ Obwohl sich dieser Satz auf die sowjetische Mitwirkung in der Berliner Luftsicherheitszentrale beziehen könnte, glaubten die Vertreter der Drei Mächte nicht, daß in diesem Bereich ernste Komplikationen zu erwarten sind. Die Verbündeten hielten es für richtig, daß

<sup>5</sup> Der Passus lautet: „Der Botschafter der UdSSR hat am 13. Februar 1969 dem Herrn Bundeskanzler eine Erklärung der sowjetischen Regierung überreicht, in der Vorstellungen gegen die Abhaltung der Bundesversammlung in Berlin erhoben wurden. In diesem Zusammenhang wurde die Bedeutung des Vier-Mächte-Status von Berlin betont. Die Vorwürfe gegen die Politik der Bundesregierung hat der Bundeskanzler bereits bei der Übergabe der Erklärung am 13. Februar 1969 zurückgewiesen. Die Bundesregierung hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß sie den besonderen Status Berlins, die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte, respektiert; sie denkt nicht daran, den Vier-Mächte-Status der Stadt in Frage zu stellen, wie sie ihn auch in der Vergangenheit nicht in Frage gestellt hat.“ Vgl. VS-Bd. 4449 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1969.

<sup>6</sup> Der Passus lautet: „Die Bundesregierung ist mit allen Kräften bemüht, Spannungen in den Beziehungen zur Sowjetunion zu vermeiden. Sie hat in diesem Zusammenhang wiederholt konkrete Vorschläge unterbreitet und sich gegenüber sowjetischen Erwägungen und Schritten in dieser Hinsicht aufgeschlossen und interessiert gezeigt. Sie stellt mit Befriedigung fest, daß inzwischen auf dem Gebiet bilateraler Beziehungen Verhandlungen aufgenommen werden konnten und hofft, daß auch ausstehende Probleme von weltpolitischer Bedeutung einer Klärung nähergebracht werden können. Sie sieht in der beiderseitigen Bereitschaft zu gegenseitiger Verständigung die Grundlage für zukunftsrichtige deutsch-sowjetische Beziehungen.“ Vgl. VS-Bd. 4449 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1969.

<sup>7</sup> Für das Gespräch des Botschafters Allardt, Moskau, mit dem sowjetischen Stellvertretenden Außenminister am 3. Januar 1969 vgl. Dok. 2.

wir die Zurückweisung der sowjetischen Anschuldigungen wegen der Abhaltung der Bundesversammlung in Berlin und den Hinweis auf die Zuständigkeiten der Drei Mächte erneut mit konstruktiven Ausführungen über unsere Verständigungsbereitschaft verbinden. Sie betrachten gerade diese Teile unseres Antwortentwurfs als wichtig für das „diplomatic management“ der Auseinandersetzung sowohl was die Behandlung der Sowjetunion und ihrer Verbündeten als auch die gemeinsamen Bemühungen um Unterstützung und Verständnis in der öffentlichen Meinung des Westens angeht.

Die Alliierten glaubten ferner, daß es bei dieser Antwort sein Bewenden haben könnte und daß sie als abschließende deutsche Erwiderung auf die sowjetischen Vorstellungen, einschließlich der Erklärung vom 13.2.1969, angesehen werden könnte.

Die drei Botschafter<sup>8</sup> haben inzwischen den Antwortentwurf ihren Regierungen mit dem Vorschlag der Zustimmung zugeleitet und erwarten eine Antwort bis Dienstag, 18.2.1969.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>9</sup> vorgelegt mit dem Vorschlag, die Zustimmung des Herrn Bundeskanzlers herbeizuführen. Es wird ferner vorgeschlagen, den Herrn Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen<sup>10</sup> und den Herrn Regierenden Bürgermeister von Berlin<sup>11</sup> zu unterrichten. Doppel sind für diese Zwecke beigelegt.

gez. Dr. Sahm

**VS-Bd. 4449 (II A 4)**

<sup>8</sup> Roger Jackling (Großbritannien), François Seydoux (Frankreich) sowie Russell Fessenden als amerikanischer Geschäftsträger.

<sup>9</sup> Georg Ferdinand Duckwitz.

<sup>10</sup> Herbert Wehner.

<sup>11</sup> Klaus Schütz.

## 63

**Gesandter Freiherr von Stackelberg, Washington,  
an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-10933/69 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 383  
Citissime**

**Aufgabe: 15. Februar 1969, 16.20 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 15. Februar 1969, 23.23 Uhr**

Betr.: Erweiterung des ENDC<sup>2</sup>

I. Mitarbeiter wurde am Samstag, 15.2., mittags in die Abrüstungsbehörde gebeten und über die Instruktion unterrichtet, welche die amerikanische NATO-Delegation für die NATO-Ratssitzung am 19. Februar erhält. Sie besagt etwa:

- 1) Die amerikanische NATO-Delegation wird angewiesen, die Delegationen der Verbündeten über einen informellen, vertraulichen amerikanischen Vorschlag zur Erweiterung des ENDC zu unterrichten und, in der Sitzung am 19.2., um Unterstützung dieses Vorschlags zu bitten.
- 2) Aus den Ratssitzungen am 29.1.<sup>3</sup> und am 5.2. habe die amerikanische Regierung folgende Schlußfolgerung gezogen:
  - a) Es sei unter den Alliierten eine weitverbreitete Überzeugung, daß eine begrenzte, ausgewogene Erweiterung des ENDC wünschenswert sei.
  - b) Ein zusätzliches NATO-Mitglied sollte in den ENDC aufgenommen werden.
  - c) Unter den Alliierten hätten die Bundesrepublik Deutschland, Belgien und die Niederlande Interesse an der Mitgliedschaft gezeigt.
- 3) Der am 19.2. zu erörternde amerikanische Vorschlag solle wenige Tage später exploratorisch in das amerikanisch-sowjetische Gespräch eingeführt werden.
- 4) Die amerikanische Regierung schlage vor, die Bundesrepublik Deutschland als siebtes Land in den bereits erörterten ENDC-package-deal aufzunehmen, da die Bundesrepublik sich in einer strategischen Schlüsselposition befände, die die Sicherheit aller Allianzmitglieder berührte. Die amerikanische Regierung hoffe, daß die übrigen Verbündeten den Vorschlag unterstützen würden.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Menne am 18. Februar 1969 vorgelegen.

2 Mitglieder der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission waren die USA, die UdSSR, Großbritannien, Italien, Kanada, Polen, die ČSSR, Rumänien, Bulgarien, Schweden, Brasilien, Mexiko, die VAR, Äthiopien, Nigeria, Indien und Birma. Frankreich lehnte am 5. März 1962 die Teilnahme an der Konferenz ab.

Im Dezember 1968 wurde bekannt, daß die USA der UdSSR eine Erweiterung der Konferenz um sechs Mitglieder (Argentinien, Japan, Jugoslawien, Mongolische Volksrepublik, Pakistan, Tunesien) vorgeschlagen habe. Am 16. Dezember 1968 äußerte Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), Bedenken dagegen, daß die USA ihre Verbündeten vor dieser Entscheidung nicht konsultiert hätten, und bekräftigte den Wunsch der Bundesrepublik nach einer Mitgliedschaft im Abrüstungsausschuß. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 415.

3 Am 30. Januar 1969 berichtete Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), daß in der Sitzung des Ständigen NATO-Rats sich eine Mehrheit der Sprecher für eine Erweiterung der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission ausgesprochen habe. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 112; VS-Bd 4342 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1969.

- 5) Es sei anzunehmen, daß als Preis für die Aufnahme eines weiteren NATO-Partners in den ENDC ein weiteres Mitglied des Warschauer Paktes aufgenommen werden müsse. Gegebenenfalls könne die amerikanische Seite ihre Bereitschaft zu erkennen geben, Ungarn zu akzeptieren.
  - 6) Es sei zu erwarten, daß die Kandidatur der Bundesrepublik Deutschland der Sowjetunion Schwierigkeiten bereiten werde. In früheren NATO-Ratssitzungen habe die Bundesrepublik erklärt, daß sie nicht bereit sei, einer Aufnahme der DDR als Preis für die eigene Aufnahme in den ENDC zuzustimmen. Die amerikanischen Regierung werde dementsprechend natürlich jede derartige sowjetische Vorstellung zurückweisen.
  - 7) Die amerikanische Regierung werde die Kandidatur der Bundesrepublik Deutschland in den Gesprächen mit der Sowjetunion energisch unterstützen (*vigorously support*). Wenn die Besprechungen zwischen den beiden Ko-Präsidenten des ENDC<sup>4</sup> sich über dieser Frage festfahren sollten, werde die amerikanische Regierung den NATO-Rat erneut konsultieren, bevor sie weitere Schritte ergreifen werde. Sie werde den NATO-Rat darüber unterrichten, daß die amerikanische Verpflichtung (*commitment*), Japans Kandidatur zu unterstützen, in diesem Zusammenhang ein sehr wichtiger Gesichtspunkt (*major consideration*) sei.
  - 8) In früheren NATO-Ratssitzungen hätten die Niederlande die Einrichtung eines rotierenden Sitzes im ENDC vorgeschlagen. Die amerikanische Regierung sei der Auffassung, daß Belgien und die Niederlande im ENDC wertvolle Beiträge leisten würden. Sie halte den Vorschlag eines rotierenden Sitzes aber für gefährlich, weil Länder aus anderen Regionen dann aus Prestigegründen ebenfalls rotierende Sitze fordern würden; der ENDC würde damit an Erfahrung und Qualität verlieren.
  - 9) In früheren Ratssitzungen hätten mehrere Delegationen empfohlen, dahin zu wirken, daß Frankreich seinen freigehaltenen Platz im ENDC einnehme. Die amerikanische Regierung hoffe, wie in der Vergangenheit, sehr, daß dies bald geschehe. Die Entscheidung darüber, ob der französische Sitz bald besetzt werde oder weiterhin freibleibe, liege aber allein bei der französischen Regierung.
- II. 1) Nach dieser Darlegung der Grundzüge der Instruktion für die amerikanische NATO-Delegation meinte Gesprächspartner, es sei wohl leider recht zweifelhaft, ob die deutsche Kandidatur durchkommen werde. Die amerikanische Delegation werde aber im NATO-Rat am 19. 2. keine Zweifel am Erfolg der deutschen Kandidatur äußern. In der Abrüstungsbehörde rechne man nicht unbedingt damit, daß die Sowjets ausdrücklich die Kandidatur der DDR anmelden würden. Sie würden aber wahrscheinlich versuchen, die Kandidatur der Bundesrepublik durch den Hinweis zu Fall zu bringen, daß dem ENDC ohnehin zu viele mit den USA verbündete Länder angehörten.
- 2) Es sei erwogen worden, ob es zweckmäßig sei, die Sowjets wegen der Kandidatur der Bundesrepublik vor der nächsten Behandlung des Themas im NATO-Rat

<sup>4</sup> Alexej Alexandrowitsch Roschtschin (UdSSR); Gerard C. Smith (USA).

zu kontaktieren. Man habe diese Erwägung aber mit Rücksicht auf die Verbündeten fallen lassen.<sup>5</sup>

[gez.] i.V. Stackelberg

**VS-Bd. 4342 (II B 1)**

## 64

### **Ministerialdirigent Berger, z. Z. Khartum, an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-10992/69 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 30  
Cittissime**

**Aufgabe: 17. Februar 1969, 12.00 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 17. Februar 1969, 16.53 Uhr**

Betr.: Beziehungen zum Sudan; Frage der Aufwertung der Beziehungen zur „DDR“

Zum Bezugsthema habe ich in Begleitung von LR I Dr. Mez in der Zeit vom 15. zum 16. 2. Gespräche mit den folgenden Persönlichkeiten geführt:

1) Gegenüber Staatspräsident Ismail El Azhari habe ich die Befriedigung der Bundesregierung über seine Erklärung zum Ausdruck gebracht, in der er für eine baldige Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen eingetreten ist.<sup>2</sup> Gleichzeitig habe ich ihm den deutschen Standpunkt bezüglich des anderen Teils Deutschlands erklärt, daß für uns eine Anerkennung der „DDR“ als Ausland nicht akzeptabel sei. Der Bundesregierung seien gewisse Tendenzen im Sudan bekannt geworden, den Status der „DDR“ zu verbessern, was die erwünschte baldige Normalisierung unserer Beziehungen naturgemäß erschweren würde. Präsident betonte in seiner Antwort erneut seine Zusage, für Aufnahme der Beziehungen mit uns während nächster Tagung Arabischer Liga voraussichtlich im März<sup>3</sup> einzutreten. Er zeigte Verständnis für unseren Standpunkt in der Deutschlandpolitik und erklärte, daß er nicht daran dachte, den augenblicklichen Status der Vertretung der „DDR“ zu verändern. Das Gespräch fand im Beisein Beraters und Onkels des Präsidenten, Mohamed Azhari, in herzlicher Atmosphäre statt.

<sup>5</sup> Die Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 19. Februar 1969 endete mit „weitgehendem Einverständnis“ darüber, daß die Bundesrepublik als weiteres Mitglied der ENDC vorgeschlagen werden sollte. Vgl. den Drahtbericht Nr. 217 des Botschafters Grewe, Brüssel (NATO) vom 19. Februar 1969; VS-Bd. 4364 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1969.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Gehlhoff am 4. März 1969 vorgelegen.

<sup>2</sup> Am 22. Januar 1969 berichtete Legationsrat I. Klasse Mez, Khartum, Präsident El Azhari habe am Vortag angekündigt, er werde sich bei der nächsten Gipfelkonferenz der Arabischen Liga für die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den arabischen Staaten einsetzen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 11; VS-Bd. 2795 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1969.

<sup>3</sup> Die Ministerratstagung der Arabischen Liga fand vom 10. bis 12. März 1969 in Kairo statt.

Nach Abschluß des Gesprächs charakterisierte Mohamed Azhari den Außenminister Ali Abdel Rahman als eine zwielichtige und schwierige Persönlichkeit, dessen von Ägypten und möglicherweise Ostberlin „beeinflußte“ Haltung die Politik der anderen Regierungsmitglieder bezüglich der Wiederaufnahme der Beziehungen zu uns sehr erschwere. Im übrigen betonte er, daß das seinerzeitige bulgarisch-sudanesische Abschlußkommuniqué nicht die Haltung der sudanesischen Regierung wiedergäbe.<sup>4</sup>

2) Mit dem Führer der Khatmia-Sekte, Mohamed Osman El Mirghani, zu dessen Gruppe innerhalb der Regierungspartei der Außenminister gehört, habe ich ein sehr offenes Gespräch sowohl über die Frage der Wiederaufnahme der Beziehungen zu uns wie über die Aufwertung des sudanesischen Verhältnisses zur „DDR“ geführt. Mohamed Osman El Mirghani bezog sich auf das seinerzeit mit VLR I Gehlhoff und LR I Mez in Baden-Baden geführte Gespräch<sup>5</sup> und bestätigte die Ausführungen des Staatspräsidenten. Insbesondere versicherte er erneut, daß nicht beabsichtigt sei, den Status der Beziehung zur „DDR“ zu verändern und – auf meine direkte Frage – daß der Außenminister sich der Parteidisziplin zu unterwerfen habe. Im übrigen bestehe zwischen ihm und dem Staatspräsidenten volles Einverständnis über diese Fragen. Auch dieses Gespräch fand in einer sehr verständnisvollen und herzlichen Atmosphäre statt.

3) Gleich angenehm verlief ein weiteres Gespräch mit der wohl farbigsten Figur der sudanesischen Politik, dem Führer des in Opposition stehenden Flügels der Umma-Partei, Sadik El Mahdi, der mit seiner Kritik an der Regierung sehr offen war und sich für eine baldige Aufnahme der Beziehungen zu uns aussprach. Auch er sah den Inhalt des bulgarisch-sudanesischen Kommuniqués nicht als wahre Meinung der Regierung und des Präsidenten an und äußerte die Ansicht, daß dieses durch die nachfolgende spontane Erklärung des Präsidenten praktisch desavouiert worden sei.

Auch er qualifizierte den Außenminister als eine destruktive Persönlichkeit, die seiner Ansicht nach mehr ägyptische als sudanesische Interessen vertrete. Er äußerte sogar die Ansicht, daß man dem Außenminister unverantwortliche und irrationale Reaktionen zutrauen müsse, die aus der Gesamtsituation der Nahostkrise gesehen werden müßten, aus der bekanntlich die „DDR“ hier politisch zu profitieren suche. Ich habe ihm darauf unsere Besorgnis zum Ausdruck gebracht, daß dadurch unsere künftige Zusammenarbeit sehr erschwert werden würde.

4) Ein Gespräch mit dem Fraktionsführer der Oppositionspartei in der verfassungsgebenden Versammlung, Ahmed Dereig, führte zum gleichen Ergebnis

<sup>4</sup> In dem am 2. Januar 1969 veröffentlichten Kommuniqué über den Besuch des bulgarischen Staatspräsidenten Traikow im Sudan wurde ausgeführt: „Was die beiden deutschen Staaten anlangt, so gehen beide entgegengesetzte Richtungen. Während das westliche Bundesdeutschland auf [der] Seite der israelischen Aggression steht, Israel mit Waffen und Geld versorgt und sich gegen die gerechte Sache der Araber stellt, hat sich die Deutsche Demokratische Republik einer friedliegenden Politik verschrieben, steht auf der Seite der arabischen Staaten, die unter der israelischen Aggression gelitten haben, und unterstützt die gerechte Sache der Araber.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2 des Legationsrats I. Klasse Mez, Khartum, vom 7. Januar 1969; VS-Bd. 4401 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1969.

<sup>5</sup> Für das Gespräch vom 28. August 1968 vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Gehlhoff vom 30. August 1968; Referat I B 4, Bd. 315.

wie das Gespräch mit Sadik El Mahdi. Auch er vertrat die Ansicht, daß der Außenminister die Aufnahme der Beziehungen zu uns zu verhindern versuchte. So habe er eine Vorlage für Aufnahme der Beziehungen zur „DDR“ im Parlament eingebracht, nachdem von anderer Seite ein entsprechender Antrag zur Wiederaufnahme der Beziehungen zu uns vorgelegt worden sei. Da Parlament sich vom 20.2. bis zum 20.3. vertagen wird, ist noch nicht abzusehen, wie beide Vorlagen behandelt werden sollen.

5) Weiterhin führte ich ein Gespräch mit dem Staatssekretär im Außenministerium, Gamal Mohamed Ahmed. Ich unterrichtete ihn davon, daß Bundesregierung bereit sei, sich an Nahrungsmittelhilfe für den Sudan im Rahmen des Welternährungsprogramms mit dem vorgesehenen Betrag zu beteiligen<sup>6</sup>, was er sehr positiv aufnahm. Bezüglich der anderen Themen trug ich ihm unsere Auffassung wie schon bei den anderen Gesprächen vor. Gamal Mohamed Ahmed, der sehr freundschaftliche Beziehungen zum Leiter der Interessenvertretung unterhält, wurde von mir in großen Zügen über das Ergebnis meiner Gespräche mit den sudanesischen Politikern unterrichtet. Bezüglich der Beurteilung seines Außenministers neigte er mehr den Auffassungen der Oppositionspolitiker zu. Er äußerte die Auffassung, daß es im Interesse der Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Sudan wünschenswert wäre, wenn die Bundesregierung bei der Nahrungsmittelhilfe möglichst bilateral in Erscheinung trete. Im übrigen bestätigte er, daß es zwischen ihm und seinem Minister bezüglich der Aufwertung des Status der Zonenvertretung zu erheblichen Differenzen gekommen sei.

6) Hinsichtlich der Bewertung der von mir geführten Gespräche komme ich in Übereinstimmung mit LR I Mez zu dem Ergebnis, daß trotz der beruhigenden Erklärungen der verantwortlichen Politiker der Regierungspartei die Gefahr nicht vollständig gebannt ist, daß der dem Osten zuneigende Außenminister mit demagogischen Mitteln unter Ausnutzung der Gesamtsituation (Nahostkrise) im Parlament die erforderliche Mehrheit zum Beispiel für die Errichtung eines Konsulats der „DDR“ erhält, insbesondere, wenn man davon ausgeht, daß infolge der laxen Handhabung des Abstimmungsmechanismus Zufallsmehrheiten entstehen können, obgleich die uns positiv gegenüber eingestellten Politiker versuchen werden, dies zu verhindern. Bei diesen Auseinandersetzungen geht es im übrigen auch um Fragen der sudanesischen Innenpolitik, wie sich aus den Gesprächen mit den Oppositionspolitikern ergab, worüber weiterer Bericht der Vertretung vorbehalten bleibt.

[gez.] Berger

VS-Bd. 2795 (I B 4)

<sup>6</sup> Am 4. März 1969 beschloß der EG-Ministerrat ein „Durchführungsschema“ für die Nahrungsmittelhilfe nach der Internationalen Getreideübereinkunft im Rahmen der Kennedy-Runde. Danach verpflichtete sich die Bundesrepublik, insgesamt 20 000 t Weizen oder Weizenprodukte zur Verfügung zu stellen. Für den Sudan waren 6000 t vorgesehen. Vgl. den Drahterlaß Nr. 29 des Ministerialdirektors Berger; Referat III B 6, Bd. 614.

65

**Gesandter Limbourg, Paris, an das Auswärtige Amt****Z B 6-1-10982/69 geheim****Fernschreiben Nr. 374****Citissime****Aufgabe: 17. Februar 1969, 13.50 Uhr****Ankunft: 17. Februar 1969, 14.36 Uhr**

Betr.: Krise in der WEU

I. Bei einer Unterredung, die ich heute mittag aus anderem Grunde mit Beaumarchais führte, kam die Sprache auch auf die derzeitige Situation in der WEU. Beaumarchais, der zunächst die AFP-Meldung Nr. 68 aus London vom 17.2. voll inhaltlich bestätigte, erklärte, daß man die augenblickliche Lage als eine ernsthafte Krise („une crise très grave“) bezeichnen müsse. Er gab mir vertraulich Kenntnis von der Weisung, die Botschafter Seydoux und seine Kollegen in den Hauptstädten der WEU-Mitgliedstaaten soeben erhalten und die sie heute bei den jeweiligen Außenministern auszuführen hätten.<sup>1</sup> Er sagte weiter, daß Frankreich sich hintergangen fühle und daß man am Quai d'Orsay davon überzeugt sei, daß es sich um ein abgekartetes Spiel gehandelt habe („les cartes étaient jouées“). Ohne Großbritannien namentlich zu erwähnen, behauptete er, daß man bereits mit einem fertigen Plan nach Luxemburg<sup>2</sup> gegangen sei und daß man es tief bedauern müsse, daß Frankreichs Partner sich auf dieses Spiel eingelassen hätten (s'embarquer). Die Angelegenheit werde einen Schatten auf alle wichtigen Begegnungen werfen, die in den kommenden Wochen vor uns stünden und sicher auch die deutsch-französischen Besprechungen<sup>3</sup> berühren. Im übrigen werde sich der französische Ministerrat am kommenden Mittwoch mit der Angelegenheit befassen, und an seinem Ende werde eine Erklärung veröffentlicht werden.<sup>4</sup> Welchen Inhalt diese haben werde, könne er nicht sagen; sie werde sicherlich von Bedeutung sein.

Beaumarchais betonte abschließend noch einmal, daß die französische Regierung die ganze Frage äußerst ernst nehme. Dabei hätte die jetzige Krise vermieden werden können; wenn auch die in Luxemburg erzielten Fortschritte den Partnern Frankreichs als sehr bescheiden hätten erscheinen müssen, so seien

<sup>1</sup> Der französische Botschafter François Seydoux betonte am 17. Februar 1969 gegenüber Staatssekretär Duckwitz und Ministerialdirektor Frank erneut, daß die Tagung des Ständigen WEU-Rats am 14. Februar 1969 illegal gewesen sei. Die Krise der WEU werde so lange dauern, bis die anderen Staaten den französischen Standpunkt teilten. Vgl. dazu die Aufzeichnung von Frank vom 18. Februar 1969; Referat I A 1, Bd. 666.

<sup>2</sup> Am 6./7. Februar 1969 fand in Luxemburg eine Tagung des WEU-Ministerrats statt. Vgl. dazu Dok. 50.

<sup>3</sup> Die deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen fanden am 13./14. März 1969 in Paris statt. Vgl. dazu Dok. 99-103.

<sup>4</sup> Am 19. Februar 1969 gab die französische Regierung bekannt, daß Frankreich den Sitzungen der WEU so lange fernbleiben werde, bis die vereinbarte Regel der Einstimmigkeit wieder von allen WEU-Partnern akzeptiert werde. Die französische Regierung wünsche nicht, daß „das Problem des Beitritts Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt durch eine Aktion außerhalb der Sechs, z. B. im Rahmen der WEU, behandelt werde“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 400 des Botschafters Freiherr von Braun, Paris; Referat I A 1, Bd. 666.

sie doch immerhin ein kleiner Schritt vorwärts gewesen. Bei vernünftigem Taktieren hätten weitere Schritte folgen können.<sup>5</sup>

[gez.] Limbourg

**VS-Bd. 2686 (I A 1)**

## 66

### **Botschafter Pauls, Washington, an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-10113/69 VS-vertraulich**

**Aufgabe: 17. Februar 1969, 20.00 Uhr**

**Fernschreiben Nr. 389**

**Ankunft: 18. Februar 1969, 03.36 Uhr**

**Cito**

Betr.: Beurteilung der deutsch-amerikanischen Beziehungen zum Zeitpunkt  
des Nixon-Besuchs

Im Nachgang zu DB Nr. 289 vom 6.2.69 – II A 6-82.21-91.36-202/69 geh.<sup>1</sup>

I. 1) Die seit meinem Eintreffen geführten Gespräche hinterlassen den Eindruck, daß die deutsch-amerikanischen Beziehungen zur Zeit im wesentlichen in sich ausgewogen sind. Die Gespräche bestätigen weitgehend die Beobachtungen, die die Botschaft in den letzten Monaten machen konnte. In den außenpolitischen Grundsatzfragen stimmen wir und unsere amerikanischen Verbündeten überein, so insbesondere über die Notwendigkeit, die Allianz und ihr Potential zu stärken und in der Berlinfrage fest zu stehen.

2) Dieser Zustand des Verhältnisses Washington–Bonn, charakterisiert durch positiv nüchterne Wahrnehmung der Interessen, zwingt uns trotzdem angeichts unserer verwundbaren politisch-strategischen Lage dazu, die guten Beziehungen zu unserem stärksten Verbündeten vornehmlich zu pflegen, wobei

<sup>5</sup> Am 17. Februar 1969 nahm Botschafter Freiherr von Braun, Paris, Stellung zur Haltung Frankreichs gegenüber der WEU: „1) Die Westeuropäische Union ist dem französischen Staatspräsidenten und seiner Regierung seit langem ein Dorn im Auge, insbesondere aber seitdem nach französischer Auffassung versucht wird, den britischen Eintritt in den Gemeinsamen Markt sozusagen durch diese Hintertür zu ermöglichen oder zu erleichtern. Bei dieser Grundeinstellung, die vom General selbst inspiriert und von Debré geteilt wird, ist es durchaus wahrscheinlich, daß Frankreich die Einberufung und Abhaltung der Londoner Sitzung gegen sein Votum nun zum Anlaß nimmt, seine Bindungen zur WEU zu lockern, soweit der Vertrag dies zuläßt. 2) Abgesehen hiervon dürfte dem General, der das Ziel der Auflösung der Blöcke nach wie vor verfolgt, eine Schwächung der WEU auch unter dem Gesichtspunkt wünschenswert erscheinen, daß auf diese Weise der von ihm immer bekämpfte amerikanisch-britische Einfluß auf dem Kontinent weiter eingeengt werden und er selbst dem Osten und der Dritten Welt gegenüber seine Ungebundenheit demonstrieren kann. Daran werden auch die gewünschte Verbesserung des Verhältnisses zu den USA und der bevorstehende Nixon-Besuch kaum etwas ändern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 385; VS-Bd. 2686 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1969.

<sup>1</sup> Botschafter Pauls, Washington, übermittelte Gesprächsthemen für den Besuch des amerikanischen Präsidenten am 26./27. Februar 1969 in der Bundesrepublik und Berlin (West). Vgl. VS-Bd. 2749 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1969.

wir in den maßgeblichen Vertretern der neuen Administration Persönlichkeiten begegnen, die uns besonders aufgeschlossen gegenüberstehen. Alle Gespräche, die ich geführt habe – ob mit Nixon<sup>2</sup>, Kissinger<sup>3</sup>, Laird, Packard, mit Rogers<sup>4</sup>, Richardson<sup>5</sup>, mit Leddy, Helms, ob mit den Senatoren Dirksen, Javits, selbst Mansfield und Fulbright, ob mit McCloy, Goldberg, Murphy und David Rockefeller oder Speaker McCormack –, offenbaren die Bereitschaft, sich mehr in unsere Lage hineinzuversetzen, als das in der jüngsten Vergangenheit bei dem einen oder anderen Vertreter der Johnson-Administration der Fall gewesen ist. Wir verfügen hier über einen erheblichen „good will“ – ein Guthaben freilich, dessen Grundlagen in Frage gestellt werden könnten, wenn gerade unsere Freunde zu der Überzeugung kämen, bei uns kein Gegenverständnis zu finden. Desillusionierung wöge bei Freunden schwerer als bei Persönlichkeiten, die uns an sich schon distanziert gegenüberstehen.

3) Die somit in unserem Interesse liegende sorgfältige Pflege des Verhältnisses zu den Amerikanern scheint um so dringender, als gerade die Vorbereitung des Nixon-Besuchs zeigt, daß die Traktandenliste in beachtlichem Umfang durch bisher nicht realisierte Wünsche oder Wunschvorstellungen beider Seiten bestimmt wird.

II. 1) Nachstehend gebe ich eine Übersicht über die Anliegen der Amerikaner:

a) NV-Vertrag

Nachdem die amerikanische Regierung in letzter Zeit bemüht war, uns gegenüber taktvoll zu schweigen, ist bei der neuen Administration das Interesse stärker spürbar geworden, das an sich skeptisch betrachtete Vertragswerk bald unter Dach und Fach zu bringen. Sie will damit wenigstens ein sowjetisch-amerikanisches Einverständnis herbeiführen, das der Ausgangspunkt für die Lösung anderer Probleme (Nahostfrage, Vietnam, Strategic Arms Limitation Talks (SALT)) sein soll. Die Amerikaner glauben, unsere früheren Wünsche im Rahmen der Konsultation ausreichend berücksichtigt zu haben; sie sind bereit, unseren Standpunkt in der Frage der sowjetischen Interpretation der Artikel 53 und 107 der UN-Charta nachhaltig zu vertreten; sie erachten aber den Augenblick für gekommen, ihnen Klarheit darüber zu verschaffen, unter welchen Voraussetzungen die Bundesregierung den Vertrag unterzeichnet. Sie sehen gegenüber dem Risiko der möglichen Folgen einer Nichtunterzeichnung den größeren Vorteil für uns darin, zu unterzeichnen, und sie glauben, daß mit der wachsenden Zahl der Ratifizierungen unsere Lage bei Nichtunterzeichnung immer gravierender wird. Die Amerikaner erwarten eine präzise und erschöpfende Unterrichtung über unsere Vorstellungen. Dabei können wir davon ausgehen, daß der neue Präsident für die besondere deutsch-sowjetische Problematik im NV-Vertrag ein ungleich größeres Verständnis aufbringt als sein Vorgän-

<sup>2</sup> Zum Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten am 31. Januar 1969 vgl. Dok. 40.

<sup>3</sup> Zum Gespräch mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten am 4. Februar 1969 vgl. Dok. 42 und Dok. 45.

<sup>4</sup> Zum Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister am 3. Februar 1969 vgl. den Drahtbericht Nr. 249 des Botschafters Pauls, Washington, vom 3. Februar 1969; VS-Bd. 4339 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1969.

<sup>5</sup> Zum Gespräch mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium am 3. Februar 1969 vgl. den Drahtbericht Nr. 252 des Botschafters Pauls, Washington, vom 3. Februar 1969; VS-Bd. 4339 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1969.

ger<sup>6</sup>. Es empfiehlt sich, ihn offen darauf anzusprechen. Er wird in der Frage der Unterzeichnung nicht drücken und ist sich darüber klar, daß der gegenwärtige Bundestag in keinem Fall mehr die Ratifizierung in Angriff nehmen, geschweige denn vollziehen könnte.

b) Devisenausgleich

Die Devisenausgleichsfrage ist für die US-Regierung das im bilateralen Verhältnis dringendste und das am wenigsten Aufschub vertragende Problem. In dem Bezugsbericht habe ich bereits darauf hingewiesen, daß die Frage für die Administration schon wegen ihrer schwierigen Position gegenüber dem mehrheitlich demokratischen Kongreß brennend ist. Bei seiner Forderung auf Strafung der militärischen Auslandsverpflichtungen weiß der Kongreß die Grundströmung der öffentlichen Meinung auf seiner Seite. Gerade eine republikanische Regierung muß aus Gründen der Parteistruktur stärker als eine demokratische auf die Wünsche der Industrie Rücksicht nehmen; diese fordert mit Nachdruck ein stärkeres „burden sharing“ der Verbündeten, um die ihr lästige Begrenzung der Direktinvestitionen im Ausland<sup>7</sup> möglichst bald und ohne Gefahr für den Ausgleich der Zahlungsbilanz abschaffen zu können. Das Problem des Devisenausgleichs zerrt infolgedessen an den Nerven der hiesigen Verwaltung und erklärt ihre uns mitunter übertrieben erscheinenden Erwartungen. Es wäre zweifellos für den politischen Erfolg des Besuches und für die Atmosphäre der künftigen deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit sehr nützlich, wenn wir uns über Art und Umfang unserer Möglichkeiten bereits bei dem Besuch klar wären und dies Mr. Nixon gegenüber zum Ausdruck brächten. Vermögen wir uns bei dieser Gelegenheit rasch – wenn auch nur im Prinzip – zu einigen, dann haben wir – psychologisch – doppelt gegeben. Ich bitte unter diesem Gesichtspunkt, die Anregung, gegebenenfalls einen Teil der nicht rückzahlungspflichtigen Marshallplan-Zuwendungen in langem Zeitraum zurückzuzahlen, wegen der kaum zu überschätzenden politischen Wirkung auf die öffentliche Meinung und im Kongreß nochmals zu überprüfen.<sup>8</sup> Die befriedigende Bewältigung des Devisenausgleichs-Problems durch ein mehrere Jahre deckendes Arrangement würde unsere Stellung ungemein festigen und das Verlangen dauerhafter, ungeminderter US-Truppenstationierungen auf Jahre hinaus schwer angreifbar machen. Eine unzulängliche Regelung würde dagegen der von Mansfield und Symington aus anderen als finanziellen Gründen erhobenen Forderung auf Truppenabzug die Unterstützung weiter Kreise der Öffentlichkeit und im Kongreß, die solchen Vorstellungen bisher fernstehen, zuführen und unsere Interessen kritisch gefährden.

6 Lyndon B. Johnson.

7 Am 1. Januar 1968 stellte Präsident Johnson ein Programm zur Verbesserung der defizitären amerikanischen Zahlungsbilanz vor, zu dessen wesentlichen Bestandteilen Maßnahmen für eine Beschränkung direkter Investitionen amerikanischer Firmen im Ausland gehörten. Vgl. PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1968-69, I, S. 8–13. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 55–60.

8 In einem Gespräch mit dem CDU-Abgeordneten Birrenbach am 12. September 1968 fragte der amerikanische Außenminister Rusk, „ob die europäischen Länder nicht daran denken könnten, über etwa 30 Jahre die Marshallplan-Hilfe zurückzuzahlen. Das wäre eine Geste von beträchtlicher politischer Bedeutung, die allen isolationistischen Tendenzen in den USA entgegenwirken würde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1843 des Gesandten Freiherr von Stackelberg, Washington; VS-Bd. 2745 (I A 5); B 150, Aktenkopien 1968.

c) Verjährungsfrist<sup>9</sup>

Das Problem der Verjährungsfrist ist in der hiesigen Diskussion vorübergehend in den Hintergrund getreten. Man hatte hier drängendere Sorgen, – Vietnam, der Nahe Osten u.a. Es wäre aber eine gefährliche Täuschung anzunehmen, daß die Frage aus dem hiesigen Gesichtskreis verschwinden kann. Sicher wird man uns auf unsere Behandlung der Frage nicht direkt ansprechen. Ebenso sicher ist es aber, daß eine die hiesige Öffentlichkeit nicht überzeugende Lösung des Problems die innere Einstellung der maßgeblichen Politiker zu uns beeinflussen wird. Die Kritik an uns kommt gewiß in erster Linie aus jüdischen Kreisen; sie wird sich aber im entscheidenden Augenblick auf diesen Kreis nicht beschränken; sie wird zumindest den gesamten Bereich der hiesigen Massenmedien erfassen, zumal nach dem amerikanischen Strafrecht Mord grundsätzlich nicht verjährt. Ich bin bei meinen Unterredungen mit den jüdischen Führern Klutznik, Wexler und Blaustein auf Verständnis für eine ausschließliche Nichtverjährung von Exzeßtaten gestoßen. Goldberg hat das Thema nicht angesprochen.

d) NPD

Vergleichbar würde ein Einzug der NPD in den Bundestag wirken. Bei Überspringen der Fünf-Prozent-Klausel wird dieser Eintritt spektakulär sein: entweder kein Abgeordneter oder gleich mindestens 25 Abgeordnete (= 5 Prozent der Bundestagsmandate). Das letztere würde für die hiesige Öffentlichkeit zunächst ein verheerender Schock sein. Problem der Verjährungsfrist und Problem des sogenannten Neonazismus sind in ihrem Bewußtsein eng miteinander verbunden. Hinter diesem Vorgang verbergen sich die Erinnerung an das, was bis 1945 bei uns geschehen ist, und die Sorge, daß die Kräfte, denen eine Verjährungsfrist zugute käme, und die Führungskräfte der NPD eines Tages an unserer politischen Meinungsbildung beteiligt würden. Aus diesem immensen Argwohn mag sich auch – wie die Botschaft bereits früher berichtet hat – zu einem guten Teil die hiesige Abneigung erklären, uns als Teilhaber an nuklearer Macht oder nuklearen Entscheidungen zu sehen. An solchen Entscheidungen Personen beteiligt zu sehen, die die Lehren von 1933–1945 nicht verstanden haben, wäre für die amerikanische Öffentlichkeit unvorstellbar.

Diese amerikanische Liste ist nicht lang, allen Petita ist aber eines gemeinsam: Die psychologischen Grundlagen des deutsch-amerikanischen Verhältnisses sind berührt. Die amerikanische Reaktion kann empfindlich sein, wenn ein oder zwei Anliegen aus von uns zu vertretenden Gründen nicht erfüllt werden können. Sie wird so schädlich wie möglich sein, wenn wir auf keines eingehen.

2) Diese Feststellung gilt um so mehr, als wir unserem amerikanischen Bündnispartner nicht nur als Adressat seiner Wünsche, sondern auch wegen unserer empfindlichen sicherheitspolitischen und außenpolitischen Lage, als Petent mit einer langen Liste deutscher Wünsche gegenüber treten müssen, die ich kurz skizziere:

<sup>9</sup> Am 25. März 1965 beschloß der Bundestag eine Verlängerung der Verjährungsfrist für nationalsozialistische Gewaltverbrechen bis zum 31. Dezember 1969. Zur Diskussion um eine weitere Verlängerung vgl. Dok. 152.

a) Strategic Arms Limitation Talks (SALT)

Wir wünschen, frühzeitig im Hinblick auf die SALT konsultiert zu werden. Wir wünschen den Einschluß sowjetischer Mittelstreckenraketen in etwaige sowjetisch-amerikanische Abmachungen. Wir wünschen gegebenenfalls, die SALT mit Bemühungen um eine Entspannung der Verhältnisse in und um Berlin zu verbinden. Wir brauchen während der Verhandlungen die Bereitschaft der Amerikaner, engsten Kontakt mit uns zu halten.

b) Mitgliedschaft in der Genfer Abrüstungskonferenz (ENDC)<sup>10</sup>

Wir bedürfen der amerikanischen Unterstützung für unsere Mitgliedschaft in der ENDC. Die Amerikaner haben uns im Prinzip diese Unterstützung zugesagt und sind bereit, sich in eine Auseinandersetzung mit den Sowjets einzulassen. Sie fürchten allerdings, daß wir unsere Initiative nicht weiter verfolgen werden, wenn die Sowjetunion die SBZ ins Spiel bringt, und daß dann eine deutsche Verstimmung entstehen könnte, weil die Amerikaner uns angeblich nicht genug unterstützen.

c) Mitgliedschaft in dem Special Committee des Economic and Social Council (ECOSOC)<sup>11</sup>

Unsere Forderung auf Verwirklichung einer deutschen Mitgliedschaft in dem genannten Ausschuß findet volle Unterstützung der Amerikaner, die es in dieser Angelegenheit auf eine Kraftprobe mit den Sowjets im UNO-Bereich ankommen lassen, und die bereit sind, die künftigen Arbeiten der Kommission zu boykottieren, falls unsere Mitgliedschaft nicht verwirklicht wird. Ein deutsches Nachgeben in dieser Frage würde hier nicht verstanden und sich schädlich auf unser Verlangen unter b) auswirken.

d) Mitgliedschaft im Gouverneursrat der IAE<sup>12</sup>

Auch in dieser Frage rechnen wir in erster Linie auf die amerikanische Unterstützung. Die Amerikaner hegen auch hier die unter oben b) dargestellte Befürchtung.

e) Unterstützung in Moskau gegen sowjetische Interventionsforderungen – Artikel 53 und 107 der UN-Charta

Die Amerikaner sind von uns aufgefordert worden, sich unsere Forderung auf Priorität von Artikel 2 der UN-Charta gegenüber den Interventionsartikeln 53 und 107 zu eigen zu machen.<sup>13</sup>

f) Zustimmung zu dem Handelsarrangement zwischen EG und europäischen Nicht-EG-Staaten<sup>14</sup>

Wir erhoffen von Washington, daß es seine Bedenken hinsichtlich einer angeblichen oder tatsächlichen Diskriminierung der amerikanischen Wirtschaft im Falle des Abschlusses des genannten Handelsarrangements zurückstellt. Die

<sup>10</sup> Vgl. dazu Dok. 63.

<sup>11</sup> Vgl. dazu Dok. 37.

<sup>12</sup> Zu den Bemühungen der Bundesrepublik um einen Sitz im Gouverneursrat der IAE vgl. AAPD 1968, I, Dok. 9 und Dok. 10.

<sup>13</sup> Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 407 des Staatssekretärs Duckwitz vom 27. Januar 1969; Dok. 31.

<sup>14</sup> Zum Vorschlag der Bundesregierung für ein Handelsarrangement zwischen den EG-Mitgliedstaaten und den beitrittswilligen Staaten vgl. Dok. 24, Anm. 6.

amerikanischen Bedenken verlören und unser Verlangen gewinne wesentlich an Substanz, wenn wir die Briten zur Annahme des Arrangements bewegen könnten.

g) Langfristige Stationierung amerikanischer Truppen in Deutschland

Unsere Forderung ist: keine Abzüge amerikanischer Truppen aus Europa und aus der Bundesrepublik, nach Möglichkeit kein weiteres „re-deployment“ – dies zu einem Zeitpunkt, zu dem wir mit einem Erstarken isolationistischer Tendenzen (nach Vietnam) und neuen Aktivitäten der Senatoren Mansfield und Symington rechnen müssen, deren Agitation wir am wirkungsvollsten mit einem überzeugenden, mehrjährigen Devisenausgleichsabkommen begegnen können.

h) Stärkere Beteiligung an der Nuklearplanung des Westens im Rahmen der Arbeiten der Nuclear Planning Group

Die Berücksichtigung unserer Interessen hängt ausschlaggebend von der amerikanischen Haltung ab.

i) Schließlich die Forderung auf unveränderte amerikanische Unterstützung der Hauptziele unserer Außenpolitik:

Sicherheit, Berlin, Überwindung der deutschen Teilung.

III. Beide Listen sind eindrucksvoll. Beiden ist gemeinsam, daß sie sich kaum voll realisieren lassen werden. Beide enthalten aber einzelne Punkte, die elementar nationale Interessen berühren und die wegen ihrer gleichzeitigen innenpolitischen Implikationen im Falle einer Nichtberücksichtigung sofort die Frage der jeweiligen Öffentlichkeit nach dem Nutzen der Allianz mit all den sich daraus ergebenden Folgen auslösen können. Wenn wir unser Programm oder Teile von ihm realisieren wollen, müssen wir nach dem Prinzip des „do ut des“ auch den amerikanischen Katalog positiv prüfen und alles irgend mögliche tun. Gingen wir auf die amerikanischen Wünsche nicht ausreichend ein und würden wir gleichzeitig ein unverändert fortgesetztes amerikanisches Engagement für uns verlangen, dann brächten wir die Regierung Nixon gegenüber Kongreß und eigener Öffentlichkeit in eine von ihr wahrscheinlich kaum zu meisternde Lage. In absehbarer Zukunft wäre dann eine Vertrauenskrise in den deutsch-amerikanischen Beziehungen unvermeidlich. Ich brauche auf die Folgen, die dies für die Verteidigung unseres Standpunktes gegenüber dem kommunistischen Lager, aber auch gegen kritische Tendenzen im Kreise der Verbündeten haben müßte, nicht einzugehen.

2) Ich lege diese, von unserer spezifischen Interessenlage ausgehende Beurteilung vor, weil ich überzeugt bin, daß sie die für die Vorbereitung des Nixonbesuches wesentliche Gesichtspunkte erläutert.

[gez.] Pauls

VS-Bd. 2741 (I A 5)